

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgelaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (sechsgelaltene) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 25. Februar 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Ein Gewaltstreich der Wahlprüfungs-Kommission.

In der Mittwoch-Sitzung der Wahlprüfungs-Kommission kam die Wahl unfres Genossen Buchwald (Sachsen-Altenburg) zur Verhandlung. Von 43 695 Wahlberechtigten wurden 36 217 gültige, 187 ungültige Stimmen abgegeben. Davon hatte Buchwald 18 695, der Bündler v. Wöbau 14 498, der Freisinnige 2093 Stimmen erhalten, so daß Buchwald mit 586 Stimmen über der absoluten Mehrheit als gewählt proklamiert wurde. Gegen diese Wahl ist von Seiten der Bündler ein Protest eingegangen, der sich darauf stützt, daß in einer Versammlung des Deutschen Reichsvereins am 22. Januar 1903 zu Altenburg, in welcher v. Wöbau Bericht erstattete über seine Abstimmung zum Antrag Kardorff — er gehörte zu den Bündlern, welche gegen den Antrag Kardorff gestimmt hatten — der damalige altenburgische Minister und Bundesratsbevollmächtigte v. Hellendorf gegen v. Wöbau aufgetreten sei. Es heißt im Proteste wörtlich:

„Herr v. Hellendorf meldete sich zum Wort und machte dem Redner, Herrn v. Wöbau, seine Abstimmung zum Antrag Kardorff in rückfälliger Form zum Vorwurf, insbesondere mit Nachdruck bedeutend, daß v. Wöbau Seite an Seite mit den Sozialdemokraten gestimmt und durch seine Stellungnahme dargelegt habe, daß er für die bevorstehende Wahl im Altenburger Kreise nicht der geeignete Kandidat sei.“

Intensiver — behaupten die Protesterheber weiter — konnte die offizielle Agitation gegen die Kandidatur v. Wöbau nicht in Erscheinung treten, als durch die Stellungnahme Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers und Bundesratsbevollmächtigten v. Hellendorf gegeben. Zum Beweis dafür wird auf die damaligen Pressestimmen hingewiesen, namentlich auch auf die sozialdemokratische „Altenburger Volkszeitung“ und die späteren sozialdemokratischen Wahlflugblätter, die dieses Argument gegen den Bündlerkandidaten begrifflicherweise sich nicht entgehen ließen.

Interessant ist weiter in dem Protest das Zugeständnis der Führer des Bundes der Landwirte, daß ohne die Unterstützung seitens der Regierung und ihrer Beamten die händlerische Agitation erfolglos bliebe. Der Protest klebete dieses niedliche Geständnis in die betreffenden Worte:

„Während — unabweisbar ungewollt — der sozialdemokratischen Partei ein bequemes und in hohem Grade zugräftiges Agitationsmittel dargeboten worden war, war durch die markante Stellungnahme Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers v. Hellendorf die Agitation auf Seiten des Reichsvereins in den Städten für längere Zeit vollständig lahmgelegt.“

Die später gemachten Anstrengungen hätten den Nachteil nicht wieder wettmachen können, so daß der Einfluß desselben auf den Wahlausfall klar zu Tage liege, weshalb die Wahl für ungültig erklärt werden müsse.

Der Bündler v. Wöbau war in einer Versammlung des Bundes der Landwirte zu Altenburg am 10. Januar 1903 zum Kandidaten ernannt worden. Im gleichen Saale fand am 22. Januar die von dem konservativen Reichsverein einberufene Versammlung statt, in welcher dann der Minister v. Hellendorf oben erwähnte Opposition machte. Nach dem Berichte der konservativen „Altenburgischen Landeszeitung“, der ebenfalls dem Proteste beigelegt war, trat der Minister gegen den Abgeordneten v. Wöbau auf, weil er „nicht g laube, daß Herr v. Wöbau (infolge seines schroffen Auftretens gegen den Zollerz) bei der bevorstehenden Reichstagswahl die Mehrheit erhalte“, v. Wöbau könne deswegen „nicht als geeignete Persönlichkeit für einen Kompromißkandidaten gelten“, er „erschwere das Zustandekommen einer Einigung der Ordnungsparteien“ gegen die Sozialdemokratie, denn bei seiner Abstimmung gegen den Antrag Kardorff „habe v. Wöbau Seite an Seite mit der Sozialdemokratie gestanden“, dem „Vorgehen der Umstürzpartei habe aber ein Ende gemacht werden müssen“.

Man sieht also, das Auftreten des konservativen Herrn Staatsministers in einer konservativen Versammlung war von der Absicht geleitet, im Interesse der konservativen Partei und des Bundes der Landwirte einen andren Kandidaten zu erhalten, damit der Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten verhindert werde.

Liegt also — nach Auffassung der Wahlprüfungs-Kommissionsmehrheit — eine amtliche Wahlbeeinflussung vor, so jedenfalls eine amtliche Wahlbeeinflussung zu Gunsten der Konservativen gegen die Sozialdemokraten.

Der Referent — der hauerbündlerische Abgeordnete für Heilbronn Dr. Wolff — stellte sich auf den Boden des Protestes; ohne dieses Auftreten des Ministers hätte der Bündlerkandidat mehr Stimmen erhalten; ein Teil der Beamten, namentlich der Keineren, die vielleicht heimlich sozialdemokratisch gestimmt seien, hätte jedenfalls nach solchem Auftreten des Ministers für den Sozialdemokraten gestimmt, ebenso ein Teil der Keinen Bauern aus Kerger über den Minister, andre, z. B. Kleinbürger, hätten vielleicht für den Freisinnigen gestimmt, noch mehr Wähler hätten sich wahrscheinlich der Abstimmung überhaupt enthalten — kurz: bei der geringen Mehrheit wäre sehr wohl die Möglichkeit einer Stichwahl gegeben gewesen, wenn eben nicht der Minister durch sein Auftreten der Sozialdemokratie genügt hätte.

Der Korreferent (Fischer-Berlin) vertrat den bisherigen Standpunkt der Wahlprüfungs-Kommission: 1. daß ihrer Entscheidung nur die Vorgänge von der Zeit der Ausschreibung der Wahl bis zum Abschluß derselben unterliegen; 2. daß eine Kassation der Wahl infolge amtlicher Wahlbeeinflussung nur stattfinden könne, entweder

wenn sie zu Gunsten des siegreichen Kandidaten stattgefunden habe, nicht aber, wenn sie gegen den siegreichen Kandidaten geübt worden sei; oder aber wenn anzunehmen sei, daß ohne die amtliche Wahlbeeinflussung der unterlegene Kandidat gesiegt hätte, nicht aber, wenn die Partei, zu deren Gunsten die Wahlbeeinflussung stattgefunden habe, gleichwohl in der Minderheit geblieben sei.

Was nun die Frage der amtlichen Wahlbeeinflussung selber betreffe, so habe die Majorität der Kommission und des Hauses es bisher grundsätzlich abgelehnt, in der allgemeinen Ausübung eines staatsbürgerlichen Rechtes durch einen Beamten an sich schon eine ungesetzliche Wahlbeeinflussung zu erblicken; nur wenn ein solcher in einseitiger Weise zu Gunsten einer bestimmten Partei oder gegen eine bestimmte Partei bezw. deren Kandidaten seine Amtsgewalt und seinen Einfluß mißbrauche, habe bisher die Majorität den Begriff der unzulässigen Wahlbeeinflussung als gegeben erachtet. Das sei hier aber nach Lage der Dinge nicht geschehen. Wollte aber die Mehrheit ihren bisherigen Standpunkt verlassen und jetzt den Grundsatz festlegen, daß die Beamten bei allen Wahlen jeglicher öffentlicher Bethätigung und Bedeutung ihrer politischen Anschauungen sich zu enthalten haben, so würden die Sozialdemokraten solch einem allgemein verpflichtenden Beschlusse sich anschließen. Wogegen sie sich wenden, sei die Praxis, nur in den Fällen von diesem Grundsatz Gebrauch zu machen, wenn es sich handle um Kassation sozialdemokratischer Wahlen, die trotz amtlicher Wahlbeeinflussungen zu stande gekommen seien.

Die Mitglieder der Centrumspartei haben natürlich, ihrer gewohnten Taktik entsprechend, auch hier rundweg abgelehnt, eine grundsätzliche Festlegung herbeiführen zu lassen; sie wollen immer den Specialfall, die „besonderen Verhältnisse“ beurteilen; natürlich: bei der Wahl Vallerstrens haben sie Kamele geschluckt, hier suchen sie ihre Virtuosität darin, Wäden zu zeigen. Der Hirtenbrief des Kardinal-Erzbischofs Kopp, die Drohung der Pfarrer auf der Kanzel mit Verweigerung der Absolution, wenn statt der Stimmgabel für Vallerstren solche für den Polen abgegeben würden, die polizeiliche Abtreibung der Säle durch Drohung von Konzeptionsentziehung zc. — das waren ihnen alles haltlose Behauptungen, nicht einmal der Untersuchung wert; wenn aber hier ein halbes Jahr vor der Wahl ein konservativer Minister in einer konservativen Versammlung auftritt und, um den sozialdemokratischen Sieg zu verhindern, einen hierzu nach seiner Ansicht besser geeigneten konservativen Kandidaten verlangt, so erklärt der Centrumsmann: die Motive gehen uns gar nichts an, die Thatsache steht fest. v. Wöbau hat ca. 1400 Stimmen verloren, der Sozialdemokrat hat 4000 gewonnen, ergo ist die Wahlbeeinflussung ihm zu gute gekommen, außerdem sind über 7000 Wähler gar nicht zur Wahl gegangen. Zwar sind alle diese Schlussfolgerungen falsch; die Wahlbeteiligung war stärker als bei der letzten Wahl: 83,5 Prozent gegen 76 Prozent im Jahre 1898; die Stimmen der Sozialdemokraten sind bei jeder Wahl gestiegen, die der Bündler bezw. Konservativen von Wahl zu Wahl gefallen; die Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen in Altenburg entspricht der in ganz Deutschland, genau so wie sie von 1887 auf 1890 sogar von 4000 auf 10 000 gestiegen war; von einem Uebergang der für Wöbau weniger abgegebenen 1400 Stimmen kann um deswillen keine Rede sein, weil der freisinnige Kandidat ca. 1500 Stimmen mehr erhalten als 1898 und fast 2000 mehr als 1893 — thut nichts: die Sozialdemokratie hat gesiegt, ergo hat sie gesiegt infolge jenes Auftretens des Ministers.

Die Konservativen mußten bei diesem Umsturz aller bisherigen Grundsätze der Wahlprüfungs-Kommission natürlich auch ihr Päcklein bringen. Zwar pflegen sonst die Konservativen regelmäßig das Recht der Beamten zu betonen, ihre politische Anschauung ebenso gut wie andre Staatsbürger zu betheiligen, sie bestreiten sonst regelmäßig sogar Begriff und Wirkung der amtlichen Wahlbeeinflussung, selbst wenn alle andern Parteien darüber einig in ihrem Urteil sind; sie betrachten es sonst sogar als ihr Recht, Minister, Regierungspräsidenten, Landräte bis herunter zum Nachtwächter für ihre Kandidaten eintreten zu sehen und bestreiten jede Wirkung solcher amtlichen Wahlbeeinflussung, wenn diese amtliche Wahlbeeinflussung zu ihren Gunsten gewirkt hat; hier aber hat der sozialdemokratische Kandidat gesiegt — und nun finden die konservativen Wahlkommissionsmitglieder plötzlich, diese Ausübung des Staatsbürgerrechts ein halbes Jahr vor Ausschreibung der Wahlen sei als amtliche Wahlbeeinflussung aufzufassen, und da der konservative Kandidat trotzdem nicht gesiegt hat, muß die sozialdemokratische Wahl kassiert werden.

Daß die Rationalisten wie in allen Fragen, auch hier gegen eine grundsätzliche Festlegung sich wandern, ist natürlich, sie wollen sich das Recht wahren, von Fall zu Fall — unzufallen.

So wurde denn nach sehr eingehender und erregter Debatte, bei der nur die Sozialdemokraten und der Freisinnige Bargmann sich gegen den Umsturz der bisherigen Praxis der Wahlprüfungs-Kommission für diesen speziellen Fall aussprachen, mit den Stimmen des Centrum, der Konservativen, Rationalisten und Reichspartei gegen die Stimmen der drei Sozialdemokraten und des Freisinnigen Bargmann die Wahl unfres Genossen für ungültig erklärt.

Die Thatsachen stehen nach dem Beschlusse der Mehrheit der Wahlprüfungs-Kommission nunmehr so:

Wenn für einen bürgerlichen Kandidaten Minister, Landräte oder andre Beamte eintreten, so unterliegt die Frage, ob das eine amtliche Wahlbeeinflussung darstelle, erst nach der Prüfung weiterer „begleitender“ Umstände, falls die Wahl mit dem Siege des bürgerlichen Kandidaten endet; siegt aber trotz solchen Eintretens oder amtlicher Wahlbeeinflussung der sozialdemokratische Kandidat, so muß die Wahl kassiert werden — eben weil ein Sozialdemokrat gewählt ist.

Gesagt wird das freilich nicht so offen, aber alle die schiefen Argumente sind Fischezereien, welche die Willkürakte der Majorität überhellen sollen. Alle bisherigen Grundsätze der Kommission sind über den Haufen geworfen, und bloß deshalb, weil es dadurch möglich wurde, einen Sozialdemokraten zu entfernen.

Die Wahlprüfungs-Kommission hat mit diesem Mehrheitsbeschlusse geradezu eine Prämie darauf gesetzt, amtliche Wahlbeeinflussung zu inszenieren; Erfolg hat sie immer: entweder durch den Sieg des Ordnungskandidaten oder durch die — Kassation der sozialdemokratischen Wahl.

Das ist die Konsequenz des Falles Hellendorf-Buchwald.

Eine angebliche schwere japanische Niederlage

wird wieder einmal von Petersburg aus gemeldet. Die offiziöse russische Telegraphen-Agentur verbreitet nach einer Wolffschen Mitteilung folgende Nachricht:

Sueden wird aus Port Arthur gemeldet, daß ein erneuter Angriff der japanischen Flotte abgefohlen worden ist. Vier japanische Panzerschiffe und zwei japanische Transportschiffe sind zum Sinken gebracht. Besonders das Panzerschiff „Retwisan“ hat sich mit Ruhm bedeckt.

An der Nachricht fällt zunächst auf, daß sie zu erwähnen vergißt, von wem die Meldung ausgeht. Eine Meldung Megejewo wäre doch zweifellos als solche charakterisiert worden. Klingt es ferner schon ungläubhaft, daß vier japanische Panzer zum Sinken gebracht worden seien, so begreift man erst recht nicht, wie zwei japanischen Transportschiffen dies Schicksal widerfahren sein soll. Denn mit Transportschiffen werden die Japaner doch schwerlich den russischen Panzern und schweren Küstenbatterien zu Leibe zu rücken versucht haben! Das ganze Gerücht aber wird doch als Angriff der japanischen Flotte auf Port Arthur dargestellt. Und nur bei einem direkt bei Port Arthur sich abspielenden Kampfe könnte ja der auf Grund geratene Panzer „Retwisan“ — gewissermaßen als Strandbatterie — in Aktion getreten sein. Die russische Nachricht enthält also so viel Unwahrscheinliches, daß man erst ihre anderweitige Bestätigung abwarten müssen wird!

Rutschwang.

Die Konsuln in Rutschwang beschloffen, eine Neutralitätserklärung des Hafens von Rutschwang zu fordern, weil dortselbst eine japanische Landung erwartet wird und die Russen die Stadt verteidigen wollen; man befürchtet durch ein Bombardement die Zerstörung von internationalen Eigentum.

Die Londoner Morgenblätter halten Japan für berechtigt, Rutschwang einzunehmen, weil die Russen es bereits besetzt haben. Man ist der Meinung, daß eine Neutralitätserklärung gleichbedeutend wäre mit einer Parteimahme zu Gunsten Russlands. In Peking ist eine Panik ausgebrochen, die die Flucht der meisten Einwohner zur Folge hat.

Vormarsch der Japaner.

Shanghai, 24. Februar. (Meldung der „Agence Havas“.) Laut Nachrichten aus Korea haben die in Tschemuipo ausgeschifften japanischen Truppen, ungefähr 30 000 Mann, sich zwischen Soul und Pjöng-Yang entwicelt; letzten Or haben ihre Avantgardenschon passiert. Infolge von Lawetter sind die Wege in Korea teilweise sehr schlecht, was den Transport von Lebensmitteln und Munition erheblich erschwert.

Das Völkerecht.

Der russische Minister des Auswärtigen hat in einem Rundschreiben an die Vertreter Russlands im Auslande Japan in folgenden Punkten des Völkerechts- und Vertragsbruchs beschuldigt.

Japan habe
 1. vor der Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Russland seine Truppen in dem selbständigen Reich Korea, welches sich neutral erklärt hatte, gelandet,

2. mit einer Abteilung ihres Geschwaders am 8. Februar, d. h. drei Tage vor der Kriegserklärung, auf zwei russische Kriegsschiffe einen Angriff gemacht, die sich im neutralen Hafen Tschemuipo befanden und deren Kommandanten von dem Abbruch der Beziehungen mit Japan nicht unterrichtet waren, da die Japaner böswillig die Uebermittlung russischer Telegramme durch das dänische Kabel verhinderten und die Leitung des koreanischen Regierungs-Telegraphen unterbrachen (Einzelheiten des empörenden Angriffes auf die oben erwähnten russischen Schiffe sind in den veröffentlichten amtlichen Telegrammen des russischen Gesandten in Soul enthalten).

3. trotz der bestehenden internationalen Regeln vor der Eröffnung der kriegerischen Aktion russische Handelsschiffe, welche sich in neutralen koreanischen Häfen befanden, als Kriegsbeute gefangen genommen.

4. dem Kaiser von Korea durch den japanischen Gesandten in Seoul erklärt, Korea befände sich nunmehr unter japanischer Verwaltung, und ihm angekündigt, daß, wenn er sich nicht fügen sollte, japanische Truppen seinen Palast besetzen würden.

5. durch Vermittelung des französischen Votshalters den russischen Vertreter in Soul aufgefordert, mit dem Personal der Gesandtschaft und des Konsulats das Land zu verlassen.

Da die kaiserliche Regierung der Ansicht sei, daß alle angeführten Thatsachen einen empörenden Bruch des geltenden internationalen Rechtes bilden, halte sie es für ihre Pflicht, bei allen Mächten gegen die Handlungweise der japanischen Regierung Protest einzulegen in der festen Ueberzeugung, daß alle Mächte, welchen die ihre Beziehungen

garantierenden Grundsätze wert sind, Rußlands Standpunkt teilen werden.

Dieser Protest gegen Japans Völkerrechtsbruch schließt sich der famosen Friedenspostille würdig an. Er wird freilich nur das Uebelzuden der fremden Staaten hervorrufen.

Japan selbst verteidigt sich in einem amtlichen Communiqué gegen den Hauptvorwurf, ohne vorherige Kriegserklärung die Feindseligkeiten begonnen zu haben, wie folgt:

Was den Vorwurf betrifft, welcher in dem letzten russischen Communiqué wiederholt wird, daß die japanische Regierung vor einer formellen Kriegserklärung die Feindseligkeiten eröffnet habe, so wird darauf erwidert, daß einerseits im Völkerrecht eine formelle Kriegserklärung nicht unbedingt als notwendig erachtet wird, wie das Beispiel Rußlands im Jahre 1877 gegen die Türkei beweist, andererseits aber die Note, in welcher der japanische Gesandte dem russischen Minister des Aeußeren den Abbruch der Verhandlungen notifiziert, die Absicht der japanischen Regierung, militärische Maßregeln zu ergreifen, deutlich genug auspricht. Der Schlußsatz lautet: „Indem die kaiserliche Regierung diesen Entschluß (die Verhandlungen abzubrechen) gefaßt hat, behält sie sich das Recht vor, nach ihrem Ermessen solche Aktionen einzuleiten, wie sie dieselben zur Befestigung und zur Verteidigung ihrer bedrohten Stellung sowie zum Schutze ihrer wohlbegründeten Rechte und legitimen Interessen für notwendig erachtet wird.“

Das französische Bürgertum und der Krieg.

Paris, 23. Februar. (Fig. Ver.) Die Empfindsamkeit der bürgerlich-radikalen Parlamentarier gegenüber jeder demagogisch-schaubühnischen Geze hat sich wieder einmal in traurigen Sätzen gezeigt. Nur daraus ist es zu erklären, daß die „radikale Linke“ der Deputiertenkammer auf Jaurès Rede in Saint-Étienne mit einem feierlichen Treuschwur für die russische Alliance geantwortet hat.

Zunächst die Bemerkung, daß nicht das in der Schlussfugung des Kongresses von Saint-Étienne votierte Jaurès'sche Manifest, sondern seine Versammlungsrede am Vorabend des Kongresses den schauwühlerischen Jörn entsaßt hat. Die Rede klingt nämlich für schauwühlerische Ohren erheblich verlegendender als das Manifest. Ja, zwischen der ersteren und dem letzteren ist in Bezug auf die Alliance ein sachlicher Unterschied vorhanden, der den Unterschied zwischen einer oratorischen Auslassung in einer Volksversammlung und einem diplomatischen Document entspricht. In der Rede heißt es nämlich nach dem stenographischen Bericht der „Tribune“ von Saint-Étienne (einer Jaurès'schen freundlichen Zeitung): „... Nachdem dieser Sturm (des ostasiatischen Krieges) vorübergegangen ist, werden wir nach und nach die Bande einer ausschließlichen und unvorsichtigen Alliance lockern können (peu à peu relâcher les liens), die aufgehört hat, eine Schutzwehr zu sein, wenn sie es gewesen ist, um eine Gefahr und eine Drohung zu werden...“

Also auch in der Versammlungsrede sprach Jaurès nicht von einer „Kündigung“ der Alliance — wie der Telegraph in der Depesche des Korrespondenten der „Petite République“ das Wort „Kündigung“ irrtümlich wiedergegeben hat — sondern von einer „Lockerung“ derselben in späteren Zeiten. Die Verächtlichmachung der „Petite République“ hat jedoch nichts geholfen. Von der national-liberalen Presse schon gar nicht zu sprechen, hat er in der auswärtigen Politik hochoffizielle „Temps“ wegen der in Aussicht genommenen „Lockerung“ der Alliance Jaurès dem „Gericht des Patriotismus“ überliefert. Und die braven Radikalen meldeten sich prompt zum Richteramt, um ihren eignen patriotischen Ruf zu retten, da sie mit Jaurès in demselben „Bloc“ sitzen. Der rechte Flügel des Blocs, die „demokratische Union“, und die gemischte Gruppe der „radikalen Union“ wiederholten den franzo-russischen Schwur mit besonders lebhafter Begeisterung. Nur die Linksradikalen haben — wenigstens bis auf weiteres — sich geweigert, den Schwur zu leisten. Sie werden wohl gemerkt haben, daß die patriotische Desavouierung der Jaurès'schen Rede, wie einige radikale Zeitungen richtig sagen, entweder sinnlos sei oder aber darauf hinauslaufe, Frankreich zu einer Einmischung in den Krieg zu Gunsten Rußlands für verpflichtet zu erklären. . .

Indes ist die knochengebeißene clerikal-nationalistische Opposition mit dem franzo-russischen Treueid der Radikalen noch immer nicht zufrieden. Sie erklärt, den Patriotismus der letzteren nicht für echt erachten zu können, ehe sie — das Kabinett Combes gestürzt haben. Denn das Kabinett stehe nicht auf der Höhe der nationalen Kosakenstimmung. Am offensivsten aber haben die Nationalisten ihre Karten aufgedeckt, indem ihre Fraktion eine Interpellation beschlossen hat, die im Interesse der „Landesherrschaft“ den Rücktritt des Marine-Ministers Pelletan fordern will. Die demagogische Bande schützt mit gewohntem Cynismus die vaterländischen Interessen vor, um ihre eignen reaktionären Geschäfte zu beforgen.

Es kann nicht mehr zweifelhaft sein, daß die national-liberalen Kriegsbegehren innerpolitischen reaktionären Berechnungen entspringt. Haben doch dieselben no: o: nistischen Blätter in früheren Situationen die russische Alliance selbst heruntergesetzt, sobald es ihnen nämlich in ihren parteipolitischen Agram postete. Jetzt aber heißt es wieder wie in den Hüttenreden der Jarenalliance: „Keiner ist Patriot, der nicht auf die Alliance schwört!“

Offiziell hat sich Frankreich für neutral erklärt — in derselben lakonischen Form übrigens wie die deutsche Regierung, im Gegentrag zur langen und eindringlichen Neutralitätsdeklaration im spanisch-amerikanischen Kriege. Aber die gewerbsmäßigen Patrioten und ihre feigen Nachahmer sprechen und handeln so, als ob Frankreich bereits für Rußland Partei ergriffen hätte. So hat auf die Initiative des berüchtigten Arthur Meyer, des Direktors des kerikal-monarchistischen „Gaulois“, das Syndikat der Pariser Zeitungsdirektoren eine Geldsammlung eröffnet aus schließlich zu Gunsten der russischen Verwundeten. Und auf der Syndikatsversammlung hat einzig der Direktor der „Action“, G. Börenger, gegen die einseitige und daher unschädliche, Japan herausfordernde Geldsammlung votiert. Desgleichen sammelt die senatorische Linke Geld ausschließlich für die russischen Verwundeten, von der gleichen Geldsammlung der hiesigen Milice der russisch-chinesischen Dank schon gar nicht zu sprechen.

Rebenbei: In den Substitutionslisten glänzen an erster Stelle mit dem Namen jüdischer Vorseher- und Finanzgeößen — wohl aus Dank für die Judenmeßerei in Sibirien und anderswärts. An der jarentendlichen Stimmungsmache in der Presse ist am bedeutsamsten die Enthüllung des „Figaro“ über den diplomatischen Depeschentausch zwischen Paris und Petersburg zur Zeit des englisch-französischen Konflikts wegen Fashoda (1898). Danach wäre Rußland bereit gewesen, an Frankreichs Seite gegen England zu kämpfen. Und zwar ist der „Figaro“ in der Lage, den authentischen Text der vertraulichen Depeschen zu veröffentlichen! Es ist also klar, daß hinter dem „Figaro“ das Antwärtige Amt von Paris oder Petersburg stehen muß. Der frühere Marine-Minister Lanessan spricht im „Sicde“ offen vom „gouvernemental“ Ursprung der tendenziösen Enthüllungen, die daher in erster Linie die neuliche Vorseherpanik ermöglicht hätten. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Februar.

Reichstag.

Wider alles Erwarten kam der Reichstag heute noch nicht zum Justizetat. Nachdem das Haus gestern auf Ermahnung des Präsidenten mit bemerkenswerter Geschwindigkeit den Etat des Reichs-Eisenbahnamtes erledigt hatte, blieb es heute bei der Verwaltung der Usch-Bohringischen Reichs-Eisenbahnen stehen. Nicht weniger als sechs in den Reichs-Landen gewählte Abgeordnete fühlten sich verpflichtet, zum Teil wiederholt zu längeren Ausführungen das Wort zu ergreifen. Die Abgeordneten Riff und Blumenthal von den Freisinnigen, Wiltberger und Jaunez von den Liberalen und der Hospitant der National-Liberalen, Herr Schlumberger, traten für die Interessen des Reichslandes ein; ganz zum Schluß versuchte auch noch der Reichs-parteilose Dr. Höffel zum Wort zu kommen.

Im Mittelpunkt der Debatte stand, wie nach den gestrigen Erklärungen des Ministers B u d d e in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses zu erwarten war, das Koalitionsrecht der Eisenbahner. Auf eine Anfrage des Abg. Müller-Meinungen (fr. Vp.) hielt es der Minister zunächst für das klügste, zu schweigen. Als ihm dann aber unsere Genossen S i l d e n b r a n d und M o l l e n b u h r scharfer zu Leibe gingen, ludte er sich über den Widerspruch seiner früheren Ausführungen im Reichs- und Landtage dadurch hinwegzubeselzen, daß er die Frage für eine rein theoretische erklärte und betonte, er hätte noch nie mit einem seiner Arbeiter deswegen einen Konflikt gehabt. Von der durch die Veröffentlichung eines Geheimvertrages bekannt gewordenen Verbindung seiner Verwaltung mit Unternehmer-Organisationen will er trotz genauester Kenntnis aller Erlasse nicht das mindeste wissen.

Außerdem brachten unsere Genossen, unterstützt von dem mit unserer Hilfe gewählten Demokraten Blumenthal, die schlechte materielle Lage der Reichs-Eisenbahnarbeiter zur Sprache. Auch hier wusch der Minister seine Hände in Unschuld: Er habe das redlichste Bemühen, alles mögliche heute für „seine“ Arbeiter zu erreichen, aber der Reichs-Schatzsekretär bereite keine edelsten Absichten. Ganz patetistisch rief er aus: „Ich werde jederzeit für meine Arbeiter kämpfen.“ Hoffentlich macht er seine schönen Versprechungen wahr; in seiner bisherigen Amtstätigkeit hat man freilich von seinen Bemühungen um die Arbeiterwohlthat sehr wenig gemerkt.

Als er die Angaben unsrer Genossen Mollenbühr über die Höhe der Unfallziffern bei der Reichs-Eisenbahn bestritt, stellte sich als Ergebnis der Kontroverse heraus, daß die Unfallziffern pro Kopf höher, pro tausend Kilometer niedriger seien als im Reiche. Damit wurde festgestellt, daß die Reichs-Eisenbahnbeamten die längsten und weitesten Fahrten zurückzulegen haben.

Rebenbei wurde über die Einführung der vierten Wagenklasse im Reichslande und über ein Expropriationsgesetz zu Gunsten der dortigen Kleinbahnen diskutiert. Bei dieser Gelegenheit bereitete Herr Schlumberger, der bekannte national-liberale Abgeordnete für Mülhausen, dem Hause einige angenehme Viertelstunden. Sachlich wachte dieser vielfache Millionär den größten Beifall unsrer Fraktion, als er für eine Expropriation der Besitzenden zu Gunsten der Allgemeinheit eintrat — er meinte es natürlich nur in Bezug auf das zu Kleinbahnen nötige Land.

Ganz besonders drollig aber wirkte die Form, in der er „sein geistiges Eigentum“ vortrug. Nachdem es ihm im vorigen Jahre bei der Zolltarif-Debatte bekanntlich mißlungen war, sich auf einer der elektrischen Vogenlampen als Trapezkünstler zu zeigen, bewies er heute hervorragende Fähigkeiten zum Pantomimiker und Exzentriker. Er schnitt dem Präsidenten die sonderbarsten Gesichtser, hüpfte die Rednertribüne herauf und herunter und stürmte wie ein Wettläufer durch den Sitzungssaal.

Auch der Abg. Blumenthal, der wieder, um nicht aus der Gewohnheit zu kommen, mit seinen clerikalen Reichstagswahl-Begnern einen lebhaften Zusammenstoß hatte, sorgte, halb durch gelungenen Wortwitz, halb unfreiwillig durch Naiveität, für die nötige Erheiterung.

Morgen dürfte der Rest des Reichs-Eisenbahn-Etats rasch erledigt und dann der Justiz-Etat in Angriff genommen werden. Dabei dürften unsere Genossen den Ministern v. Hammerstein und Schönstedt die nötige Antwort auf ihre neulichen Ausführungen über den Königsberger Geheimbunds-Prozess und die russische Spitzelwirtschaft erteilen. —

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch die Beratung des Etats der Justizverwaltung fortgesetzt. In der sogenannten Generaldebatte, die sich an den Titel Ministergehalt anknüpfte, unterhielten sich die Herren zunächst über einen Antrag Seydel (natl.) u. Gen., der die Regierung auffordert, baldmöglichst gegen solche Ausschreitungen des Automobilsports vorzugehen, durch welche eine Gemeingefahr gegen Leben, Gesundheit und Eigentum der Bevölkerung hervorgerufen wird. Nach einstimmiger Annahme des Antrages wandte sich die Debatte den Verhältnissen der Richter zu. Abg. Keruth (fr. Vp.) hatte einen Antrag eingebracht, die Regierung um eine Vorlage zu eruchen, welche unter Abänderung des Gesetzes über die Regelung der Richtergehälter die Richter und Staatsanwälte im Gehalt den höheren Verwaltungsbeamten gleichstellt und für alle Richter und Staatsanwälte das System der Dienstaltersstufen einführt; ferner in den nächsten Etat eine der Bevölkerungszunahme und der Steigerung der Geschäfte entsprechende Anzahl von Richter- und Staatsanwaltschaften und den hierzu sowie zur Durchführung des ersten Antrages erforderlichen Mehrbedarf an Geldmitteln einzustellen.

Wie immer, wenn es sich um Gehaltserhöhungen oder Vorseherstellung von Beamten handelt, verhielten sich auch diesmal die angeblich so beamtenfreundlichen Konservativen dem Antrage gegenüber ablehnend. Auch die Regierung machte in der Hauptsache finanzielle Bedenken geltend. Obwohl der Antrag keine Aussicht auf Annahme hat, wurde er doch einer Kommission überwiesen.

Donnerstag wird die Beratung des Justizetats fortgesetzt. —

Zollsituationen.

Dem „Offenbacher Abendblatt“ ist eine Abschrift des geheim gehaltenen Entwurfes des Warenverzeichnis zum neuen Zolltarif auf den Redaktionsstisch gestiegen, und sichtlich deßte, wie bekanntlich nur einmal sozialdemokratische Blätter sind, kann sich unser Partei-Organ nicht verlagern, daraus einzelne charakteristische Teile zum Abdruck zu bringen. Nach diesen Auszügen hat man am grünen Tisch gar niedliche Pläne zur Erleichterung der Einfuhr und der Zollabfertigung ausgeheckt. Was der neue Zolltarif nicht

an Einfuhrhindernissen enthält, bringt das neue Warenverzeichnis und die dazu gehörige „Anleitung zur Zollabfertigung“, eine Art Instruktionbuch für die Zollbeamten.

Eine der heilsamsten Vorschriften betrifft die Zollabfertigung von Maschinenteilen. Nach dem jetzigen Warenverzeichnis werden auch Maschinenteile wie Maschinen verzollt, wenn sie als solche erkennbar sind, außer ihrer Verwendung zur Zusammenfügung von Maschinen einen andren Gebrauch nicht zulassen und bei andren Tarifnummern nicht besonders namhaft gemacht sind. In Zukunft sollen alle allein eingehenden Maschinenteile nach dem Stoff, aus dem sie gearbeitet sind, verzollt werden. Nur für die Teilsendungen ganzer Maschinen werden die Zollsätze für Maschinen zugestanden. Da aber die ersten Teilsendungen vielfach nicht bis zum Eingange der letzten am Eingangsort verbleiben und in einer Fabrik Aufstellung finden, in deren Nähe kein Zoll- oder Steueramt sich befindet, so ist diese Vergünstigung illusorisch.

Ferner heißt es in der betreffenden Anweisung: „Der Eingangsmeldung einer zerlegt eingehenden Maschine, oder, sofern diese in Teilsendungen eingeführt wird, der Anmeldung der ersten Teilsendung ist eine vollständige Zeichnung der Maschine nach Grundriß usw. sowie ein Verzeichnis der Hauptbestandteile nach Beschaffenheit, Nummern und Einzelgewicht und eine ungefähre Angabe des Gesamtgewichts der kleinen Nebenbestandteile beizufügen. Alle Teilsendungen sind innerhalb einer Frist, welche bei der Anmeldung der ersten Teilsendung zur Verzollung angegeben ist und zwei Monate nicht übersteigen darf, bei der gleichen Zollstelle vorzuführen.“

Die Feststellung des Zolles für die in Teilsendungen eingehenden Maschinen erfolgt erst nach dem Eingange der letzten Teile. Für die vorher eingehenden Teile ist der Zoll zu hinterlegen oder sicherzustellen, und zwar, wenn der Zoll für die Teile bei Nichtberücksichtigung ihrer Zugehörigkeit zu den vollständigen Maschinen höher sein würde, mit dem höheren Betrage. Sind innerhalb der angegebenen Frist nicht alle Teile zur Verzollung gestellt worden, so werden die bereits eingeführten Teile nach Beschaffenheit des Stoffes verzollt, soweit nicht im Tarif etwas andres bestimmt ist.

Der endgültigen Festsetzung des bei der Verzollung einer zerlegt eingehenden Maschine anzuwendenden Zollsatzes hat in der Regel eine nach der Zusammenlegung der Maschine auf Kosten des Zollpflichtigen vorzunehmende Revision zu dem Zweck vorherzugehen, von der Zugehörigkeit aller eingeführten Teile Ueberzeugung zu nehmen.“

Noch rigorosere sind die Vorschriften über die Pferde-Einfuhr. Bekanntlich besteht bis jetzt für Pferde der einfache Stückzoll; Pferde unter 2 Jahren werden mit 10 M., ältere mit 20 M. pro Stück verzollt. Der neue Zolltarif führt den Wertzoll ein: für Pferde im Werte unter 1000 M. beträgt der Zoll 50 M. pro Stück, im Werte von 1000—2500 M. gleich 180 M., für noch wertvollere Säule 300 M.; doch dürfen nach näherer Bestimmung Pferde im Werte bis 300 M. und mit weniger als 140 Meter Stockmaß zum Zollsatz von 30 M. für das Stück eingeführt werden. Diese Bestimmungen haben Veranlassung zu einer Reihe Verordnungen gegeben, für die der Ausdrud Arabwinkeln noch zu milde erscheint.

In den Vorschriften heißt es z. B.: „Die Verzollung von Pferden findet bei den von den obersten Landes-Finanzbehörden dazu ermächtigten Zollstellen an bestimmten Tagen statt, welche von den Zolldirektionsbehörden im Einvernehmen mit der von der Landesregierung hierzu bestimmten Verwaltungsbehörde festgesetzt werden. Dabei können in Falle der Verzollung an der Grenze für die Einfuhr auf der Eisenbahn bestimmte Züge, für die übrige Einfuhr aber begrenzte Abfertigungsumfunden vorgeschrieben werden.“

Die dadurch entstehenden Kosten sind von dem Einbringer zu tragen.

Der Einbringer hat in der Eingangsmeldung entweder den Wert der Pferde oder diejenigen Wertgrenzen der Tarifnummer 100 anzugeben, innerhalb welcher dieser Wert liegt. Wenn er die Abfassung der Pferde zu dem Zollsatz des Absatzes 2 der Nummerung zu Tarifnummer 100 (d. h. zum Zoll von 30 M. D. Red.), so hat er außerdem in der Eingangsmeldung die Größe der Tiere nach dem Stockmaß anzugeben.

Sobald der angemeldete Wert die höchste Wertgrenze nicht überschreitet, ist bei der Zollstelle behufs Festsetzung der Zollsätze stets eine Wertabschätzung der Pferde durch einen Oberbeamten der Zollverwaltung in Gemeinschaft mit einem beamteten Tierarzt oder mit einem andren Sachverständigen vorzunehmen, welcher von der zuständigen Regierungsbehörde ernannt oder verpflichtet wird.

Ist die Zollstelle mit einem Oberbeamten nicht besetzt, so ist der Bezirks-Oberkontrolleur oder ein andrer ihm gleichgestellter oder übergeordneter Beamter der Zollverwaltung heranzuziehen.

Falls der Zollpflichtige eine anderweitige Wertabschätzung beantragt, so hat er zur Vermeidung des Verlustes seines Anspruchs auf eine solche dies alsbald protokolllarisch zu erklären und den von der Eingangsstelle ermittelten Zollbetrag zu hinterlegen. Dabei ist ihm zugleich zu eröffnen, daß er die durch die nochmalige Wertabschätzung entstehenden Kosten zu tragen habe, falls diese zu seinen Ungunsten ausfalle. Zur Deckung dieser Kosten kann von ihm die Hinterlegung oder Sicherstellung eines angemessenen Betrages verlangt werden.

Dem Abfertigungspapier ist eine genaue Beschreibung des Pferdes unter Hervorhebung etwaiger besonderer Kennzeichen und unter Angabe seines Stockmaßes beizufügen. Außerdem ist das Tier mit einem Identitätszeichen zu versehen. Jedoch kann auf Antrag des Einbringers von der Anlegung eines solchen abgesehen werden, wenn das Pferd alsbald in Gebrauch genommen werden soll und gegen die Zuverlässigkeit des Antragstellers keine Bedenken bestehen.

Ferner hat die Zollstelle dem Einbringer zu Protokoll zu eröffnen, daß er das Pferd bis zum Austrag der Sache zur Verfügung der Zollbehörde zu halten habe, und daß, wenn er durch vorherige anderweitige Verfügung über das Tier die nochmalige Wertabschätzung wesentlich erschwere, seine Wertabschätzung als zurückgezogen angesehen werden würde.“

Recht billige Forderungen. Vielleicht kehren sich noch einige kleine Erweiterungen andringen. Wir würden z. B. der Regierung empfehlen noch außerdem zu verlangen, daß von jedem zur Einfuhr bestimmten Gaul der Zollbehörde zwei Photographien im sogenannten Salonformat eingereicht werden müssen, und zwar zur Feststellung der Farbe des betreffenden Pferdes sorgfältig koloriert. Damit aber nicht trotzdem Verwechslungen vorkommen, muß jedem Pferd eine gleiche Photographie auf den Hinterteil gefestigt werden nebst einem Identifikations-Zertifikat, das von mindestens einem Geheimrat, einem Zollinspektor, dem Leiter einer Pferdezahlanstalt und drei Tierärzten unterzeichnet ist. —

Deutsches Reich.

Um den sozialdemokratischen Parteivorstand streiten die reaktionären Blätter in grotesk erheiterndem Wettstreit. Der Parteivorstand soll nach der Bedeutung des preussischen Justizministers an der Verbreitung russischer, „staatsgefährlicher“, „anarchistischer“ Schriften teilgenommen haben. Es gilt für die Reaktionspresse, diese Enthüllung gegen den verhassten Vorstand der verhassten Partei gründlich auszunutzen. Im Eifer des Gefechts begegnet aber den Verfolgungsbeifügen das Mißgeschick, daß sie gegeneinander laufen und einer des andren Wasse niederschlagen. Die „Konservative Korrespondenz“ erklärt offiziell im Namen ihrer Partei, es sei durch den Justizminister festgestellt, daß der Parteivorstand an der Herstellung und Verbreitung der „hochverräterischen“ Schriften beteiligt sei. Die „Konservative Korrespondenz“ wünscht erwartungslos, daß das Strafverfahren gegen die Vorstandsmitglieder eröffnet werde.

Die „Verf. Polit. Nachr.“ münzen den Fall umgekehrt. Sie sagen sich, daß jene Hoffnungen aussichtslos sind. Also gilt es, den Vorstand zu schmähen, weil — er nicht die angeblichen Verbrechen

Begangen hat. In diesem besonderen Falle glauben wir dem „Vorwärts“ aufs Wort, sagen die „Berl. Polit. Nachr.“, denn die Vorstandsmitglieder sitzen behäbig im Reichstag und hielten sich, ihr beglücktes Wohlleben durch Aussicht auf Unannehmlichkeiten oder gar Strafbarmachung stören zu lassen. Der Vorstand bleibt „in ewigen Festen an goldenen Tischen“ und läßt die armen Arbeiter in die Gefahr ziehen.

Der Parteivorstand hat die einzige Gelegenheit verpaßt, sich die Verherrlichung durch die „Berliner Politischen Nachrichten“ zuzuziehen. Alles Lob würde über seine Häupter sich ergehen, wenn er der Reaktion den Gefallen thäte, Unsinnsigkeiten zu begehen, die seinen Grundfragen zuwiderlaufen, die aber die Wünsche der Reaktion erfüllen.

Es ist töricht, wie die Konserwativ-Scharfmacherischen Helden, da sie gegen den Vorstand mächtig auszuholen gedenken, sich gegenseitig die Schwerter aus der Hand schlagen und an den eignen Hieben niederfallen.

Minister und Bauernbündler.

Man schreibt uns aus Stuttgart: Eine heftige und gereizte Zeitungsfehde ist zwischen dem bauerbündlerischen Reichstags-Abgeordneten Dr. Wolff und dem württembergischen Staatsminister Dr. v. Bischoff entbrannt. Wolff hatte im Reichstag einem „Vertreter der württembergischen Regierung“ die Aeußerung zugeschrieben, daß in die Handelsverträge höchstens ein Viertel der im Zolltarif aufgestellten Viehzölle Aufnahme finden würde. Auf eine Antzeimpelung im württembergischen „Staats-Anzeiger“ bezeichnete er den Minister v. Bischoff als diesen Regierungsvertreter und führte als Zeugen einen im November v. J. vor-geordneten Domänenpächter an, der die angeblich bei einer Tischrede in Weidlingen gefallene Aeußerung gehört habe. Der Minister antwortete mit einer mit seinem Namen gefestigten ungemessen scharfen Erklärung, in der er Dr. Wolff als den Typus der „bezahlten Wortführer“ des Bundes der Landwirte bezeichnete und ihn der „ehrwürdigen“ Lüge zick. Der Minister citierte wörtlich die einzige in seiner Heißinger Rede enthaltene Stelle, die sich auf die Fülle bezieht. Diese beschränkt sich auf die einfache Feststellung, daß der in den Zolltarif aufgenommene Viehzoll von 18 Mark um mehr als das dreifache über die Zollsätze hinausgeht, die von den landwirtschaftlichen Gauerbänden Württembergs in ihren vom Ministerium eingeforderten offiziellen Gutachten aufgestellt wurden. Zehn Gauerbände forderten einen Viehzoll von 5 Mark, ein einziger einen solchen von 8 Mark pro Doppelcentner. Dr. Wolff versucht nun einen Rückzug, indem er am 22. cr. im „Staats-Anzeiger“ eine zweite Erklärung veröffentlicht, in der er darauf hinweist, daß die vom Minister als Lüge bezeichnete Behauptung schon am 14. Dezember in einem Artikel des württembergischen Organs der Bündler enthalten gewesen sei, leider aber unwidersprochen geblieben ist. Ihn antwortet in derselben Nummer der Minister, daß es interessanter gewesen wäre, wenn Wolff aufgeklärt hätte, warum diese agitatorisch so verwendbare angebliche Aeußerung ein halbes Jahr nach der Rede unerwähnt geblieben und erst ausgetraut worden sei, als der einzige Zeuge, der sich ihrer angeblich entsinnen konnte, am 21. November 1903 gestorben war. Die lange, ungemessen scharfe, mit heftigen Ausfällen gepimelte Antwort des Ministers schließt mit der Wendung, daß das Auftreten Wolffs nicht geeignet erscheint, das Urteil des Ministers über die Agitationsweise der „bezahlten Wortführer des Bauernbundes“ zu modifizieren.

Die bayrischen Wahlrechtskämpfe. Am Mittwoch erklärte im Landtag Ministerpräsident v. Podewils, daß das Ministerium von den Grundzügen der bisherigen Regierungspolitik nicht abgewichen sei, daß es seines Amtes mit größter Objektivität ohne Rücksichtnahme auf eine Partei zur Förderung des allgemeinen Wohles walte. Die Schaffung kleinerer Wahlkreise entspreche dem Wunsche aller Parteien Wagner (lib.) rief: Das ist nicht wahr! Präsident Drexler bezeichnet diesen Zwischenruf als unzulässig. Der Ministerpräsident fährt fort, der Wunsch nach Schaffung kleinerer Wahlkreise sei auf dem Wege der Verwaltungsmäßigkeit erfüllbar. Das bejahe die Regierungserklärung, die er zu Beginn der Debatte abgegeben habe. Die Angriffe dagegen seien unbegründet. Was die Angriffe auf seine Person betreffe, so sei keine auf seinen Einfluß zurückzuführende Thatsache wahrzunehmen, welche im Gegensatz zu den Grundzügen der bisherigen Regierungspolitik stehe.

S. I. (C.) folgt unter Polemik gegen die Liberalen nochmals alle Gründe zusammen, welche das Centrum bestimmen, an der Vorlage und Wahlkreiserteilung festzuhalten. Weder (fr. Vgg.) lehnt den Entwurf ab, damit die historische Stellung des Bauernstandes nicht zu Gunsten der Städte und der Socialdemokratie beeinträchtigt werde. Müller-Rüchsen (Soe.) betont, daß in Bezug auf das Wahlrecht alle socialdemokratischen Organisationen in Bayern geschlossen und einig seien, und weist die Angriffe der Liberalen auf das Bündnis zwischen Socialdemokratie und Centrum zurück. Nachdem er seine Rede unter lebhafter Polemik gegen die Liberalen geschlossen, wird ein Antrag Daller auf Schluß der Generaldiskussion durch die Centrumstimmen angenommen. Die Specialdiskussion beginnt am Donnerstag.

Lotterieterrorismus. Der Vorstand des „Deutschen Flottenvereins“ veranstaltet eine „Gesellschafts-Lotterie“, deren Lose nur an Mitglieder des Vereins abgesetzt werden — direkt wenigstens. Der Reingewinn der Lotterie soll zu Seemannshäusern, Seemannsmissionen etc. verwendet werden. Der Vorstand animiert die Mitglieder in dringendster Weise zur Losentnahme und sagt schließlich: „Schließlich bemerken wir, daß u. a. unser Schahner, Se. Königl. Hoheit Prinz Heinrich von Preußen, im laufenden Jahre für die Seemannshäuser eine sehr ansehnliche Zuwendung seitens des Deutschen Flottenvereins erwartet und daß Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Oldenburg daselbe für den Schulkreisverein erhofft.“

Ob die aktiven Offiziere des Flottenvereins diese Art des Vorstandes des Flottenvereins, zum Anlaß von Losen zu animieren, nicht als gelinden Terrorismus empfinden werden?

Militärjustiz. Wegen Soldatenmishandlung wurde von dem Kriegsgericht in Trier ein Unteroffizier des Infanterie-Regiments Nr. 161 zu sechs Wochen Mittelarrest verurteilt. Es wurde von einer Gefängnisstrafe abgesehen, weil es sich nach der Ansicht des Gerichts „nur um leichte Fälle“ handelte. Das nämliche Kriegsgericht verurteilte einen Soldaten wegen Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft — in Wirklichkeit handelte es sich um einen dummen Streich — zu sechs Monaten Gefängnis. Der Soldat hat bei der in einem Wirtshause veranstalteten Kaiser-Geburtstagsfeier seiner Compagnie während der Rede des Compagniechefs diesem die letzten Worte immer nachgesprochen, und als der Festredner aufforderte, das Gelobnis der Treue dem obersten Kriegsherrn zu erneuern, sagte der Soldat: „Das thue ich nicht!“ Er führte zu seiner Entschuldigung an, daß er angetrunken und sich seiner Worte nicht bewußt gewesen sei — was ihm jeder — Civiltist aufs Wort glauben wird.

Von einer milden Strafe, die das Dresdener Kriegsgericht verhängte, hat der „Vorwärts“ vor einigen Wochen berichtet. Der Unteroffizier Scharnke, der einen Rekruten wegen einer dummen Antwort zu Ohrfeige und zu Boden stieß, daß dieser sechs Wochen im Lazarett lag und eine dauernde Zerstörung des Trommelfells davontrug, wurde damals zu 43 Tagen Gefängnis verurteilt. Jetzt setzte das Ober-Kriegsgericht die Strafe sogar auf drei Wochen Mittelarrest herab. Es handelte sich eben wieder um einen „milder schweren Fall.“

Die nochmalige Verhandlung des Draufhütter Wahlkreis-Trosses begann am Mittwoch vor der dritten Strafkammer des Deutschen Landgerichts unter dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors Dr. Pilling. Das im September gefällte Urteil vor dem Reichsgericht zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht

zurückverwiesen worden. Staatsanwalt Zipper vertritt die Anklage; angeklagt sind 22 Personen. Für die Verhandlungen sind vier Tage in Aussicht genommen.

Großherzogtum Sachsen-Weimar. Wie stellt sich die großherzoglich sächsische Regierung zur Gewährung von Anwesenheitsgeldern an die Reichstags-Abgeordneten und was für Instruktionen hat sie in dieser Angelegenheit ihrem Vertreter im Bundesrat erteilt? Diese Frage richtete jetzt im Landtag der Abgeordnete Wandert an das antworbende Staatsministerium. Vor drei Jahren führte derselbe weiter aus, habe die Regierung sich auf diese Frage ausgelassen, er hoffe, daß nuncmehr die Regierung so weit sei, um eine Antwort geben zu können. — Die Regierung — so antwortete der Herr Staatsminister Rothe — habe in dieser Angelegenheit dem Bundesrats-Bevollmächtigten noch keine Instruktion erteilt, da diese Frage überhaupt noch nicht an die Regierung gekommen sei. (?) —

Ausland.

Frankreich.

Ein Opiastkredit. In Deputiertenkreisen heißt es, die Regierung beabsichtige vom Parlament einen Kredit von 10 Millionen Francs zu verlangen zur Verbilligung des Verteidigungszustandes von Saigon als Stützpunkt für die ostasiatische Flotte Frankreichs.

England.

Gegen die Konkurrenz der Russen. Unter der Arbeiterschaft Englands macht sich eine tiefgehende Bewegung gegenüber den Absichten der Regierung, in Sibirien Kolonien einzuführen, bemerkbar. Da das Unterhaus den Antrag auf Verbot der Einfuhr von Russen in die neuerrichteten Kolonien abgelehnt hat, rufen sich die Arbeiter zu großen Demonstrationen. Solche Demonstrationen Versammlungen sind seitens des Parlamentarischen Komitees im Hyde-park geplant. Die Arbeiterschaft beklagt, daß, wenn die Russen einmal in Transbaikal zugelassen sind, diese auch bald in England Eingang finden werden. Es sei das der erste Schritt zur Wiedereinführung der Sklaverei.

Die Akten des Herrn v. Hammerstein.

II.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Herrnsdorf i. M., den 23. Februar 1904.

Werter Genosse!

Gegenüber den Erklärungen des preussischen Ministers des Innern, die er gestern im Abgeordnetenhaus abgegeben hat, sehe ich mich zu folgender Nichtigstellung genötigt:

Ich habe weder im auswärtigen Amt noch im Ministerium des Innern jemals gebeten, von der Ausweisung Abstand zu nehmen, oder die Ausweisungsfrist zu verlängern. Ich habe nur meine Beschwerde persönlich vorgetragen und über die Ausweisungsangelegenheit Auskunft erhalten.

Als ich am 20. Januar d. J. Kenntnis erhielt von den Aeußerungen des Freiherren v. Nächstofen vom 19. Januar, begab ich mich sofort nach dem auswärtigen Amt, protestierte bei dem Chef der geheimen Registratur Hr. III wie dem Herrn v. Jacobs gegen diese Aeußerungen, insbesondere gegen meine Kennzeichnung als Anarchist, und betonte, daß die auf meine Frau bezügliche Mitteilung des Freiherren v. Nächstofen unzutreffend sei. Meine Frau sei ebenso wie ich über die „Hausführung“ unterrichtet gewesen, und habe die behauptete Erklärung gegenüber dem Beamten niemals abgegeben.

Ich wurde nach dem Ministerium des Innern und zwar zu dem Polizeidirektor Eckhardt geschickt, dem ich eine gleiche Versicherung abgab.

Ich erklärte mich zu jeder Auskunft bereit, sofern eine Strafverfolgung gegen Woly eingeleitet werden sollte. Herr Eckhardt bezeichnete das als ausgeschlossen, da die dreimonatliche Verjährungsfrist verstrichen sei.

Bei dieser und mehreren späteren Unterredungen mit Herrn Eckhardt und dem Geheimrat Heinrichs im Ministerium des Innern habe ich stets betont, daß das Material sich in den Händen der socialdemokratischen Reichstagsfraktion befinde und ich anheimstellen müsse, sich dort oder bei dem Rechtsanwalt Dr. Liebnecht zu informieren. Ich habe also niemals die Offenlegung des Materials verweigert, sondern nur — und zwar auf Anraten meines Vertreters, Dr. Liebnecht, — abgelehnt, das Material anders als durch die Vermittlung der Reichstagsfraktion oder Dr. Liebnechts, die genau informiert waren, auszuantworten.

Ich hob bei einer der letzten Unterredungen ausdrücklich hervor, daß Herr Dr. Liebnecht das Material mit meiner ausdrücklichen Genehmigung mitzuteilen bereit sei.

Herr Eckhardt bezeichnete es als nicht wahrscheinlich, daß man Lust haben werde, bei dem Anwalt zu recherchieren; darüber habe er selbst indessen nicht zu befinden.

Ich nahm an, daß durch meine eingangs wiedergegebene Erklärung der unrichtigen Darstellung über die angebliche Aeußerung meiner Ehefrau ein für allemal ein Ende bereitet sei und unterliehe es daher, mich dieserhalb auch sogleich an die Öffentlichkeit zu wenden, was nach der wiederholten Unterstreichung jener unrichtigen Darstellung durch den Minister des Innern allerdings nicht umgangen werden kann.

Dr. M. Wettschesloff.

Ferner geht uns folgende Zuschrift zu:

Werter Genosse!

Nachdem es der Herr Minister des Innern für angezeigt gehalten hat, mich im preussischen Abgeordnetenhaus öffentlich anzugreifen, wird er sich gefallen lassen müssen, daß ich mich öffentlich gegen diese Angriffe wehre. Ich will durch diese Aeußerung aber keineswegs anerkennen, daß die Ausfälle und Darlegungen des Ministers auf kritische und unbefangene Menschen irgend welchen Eindruck machen können.

Herr v. Hammerstein behauptet, ich hätte „geantwortet“, daß ich jede Auskunft verweigere, und mich nicht vernehmen lassen wolle; wenn der Minister aber irgend einen höheren Beamten zu mir schicken wolle, dann würde ich vielleicht bereit sein, dem nähere Auskunft zu geben.

Das ist unklar, ich habe dem Minister überhaupt nicht „geantwortet“, weil ich von ihm nicht gefragt worden bin. Ich habe mich niemals geweigert, irgend eine Auskunft zu geben oder mich vernehmen zu lassen, sondern mich ausdrücklich bereit erklärt, und zwar durch den Mund des Herrn Dr. Wettschesloff, jede erforderliche Auskunft zu geben. Wenn der Regierung an einer Aufklärung des Sachverhalts gelegen wäre, hätte sie wohl den Weg zu mir gefunden. Das Reichspostamt hat diesen Weg, der allein sachgemäß war, aus eigenem Antrieb gewählt und beschritten. Es mag eine Raubtat von mir gewesen sein, zu glauben, daß, was einer obersten Reichsbehörde recht ist, einem preussischen Minister billig sei.

Daß ich zu einer näheren Aufklärung der Sache wohl im stande gewesen wäre, dürfte inzwischen publik geworden sein.

2. Der Minister behauptet, der Vorgang, bei dem mir auf dem Heimweg vom Gericht von einem Spizel über die Achsel in meine Arme hineingeschoben wurde, habe sich vor Jahr und Tag abgespielt, und sei erst jetzt, nachdem nähere Feststellungen wegen der Länge der Zeit nicht mehr möglich seien, der Öffentlichkeit unterbreitet worden.

Das ist unklar. Der Vorgang hat sich Ende Oktober 1903, d. h. vor nunmehr knapp vier Monaten, ereignet und ist am Tage danach sofort im „Vorwärts“ eingehend besprochen worden. Dort ist auch der Grund angegeben, aus dem ich des Wurschen leider nicht habhaft werden konnte.

3. Der Minister behauptet, ich hätte ohne jede nähere Begründung den Versuch eines Unbekannten in meinem Bureau als russisches Polizeimannöver bezeichnet.

Das ist unklar. Die ausführliche Begründung meiner Auf-fassung ist in dem von dem Minister besprochenen Artikel wieder-

gegeben. Der Minister hat offenbar den Artikel überhaupt nicht gelesen und sich von seinem Geheimrat unzutreffend unterrichten lassen. Sonst wüßte er, daß der betreffende Gentleman den mich aufsuchenden russischen Studenten, bevor er unter einem nachgewiesenen Vorstand mein Bureau betrat, schon durch die ganze Stadt auf Schritt und Tritt verfolgt hatte. — Nur in einem Punkte könnte der Herr Minister recht behalten. Es ist nämlich durchaus nicht ausgeschlossen, ja selbst wahrscheinlich, daß in den Fällen 2 und 3 die Spizel keine russischen, sondern deutsche Polizei-Agenten waren. Der Minister mag wählen.

4. Der Minister des Innern behauptet, im Falle Krassloff und Schekoldin sei die Straftat, nämlich die Fälschung falscher Pässe und falscher Namen erst nachträglich ermittelt worden und unmittelbar nach ihrer Ermittlung seien die Russen dem Richter vorgeführt worden.

Das trifft nicht zu. Mir ist, als ich unmittelbar nach der Verhaftung den Dirigenten der VII. Abteilung des hiesigen Polizeipräsidiums aufsuchte, von diesem bereits der Thatbestand der beiden Russen zur Last gelegten strafbaren Handlung mitgeteilt worden, und zwar gerade zur Motivierung der polizeilichen Haft. Auf meine Frage, ob denn ein Strafverfahren eingeleitet werden solle, wurde mir von demselben Herrn eröffnet, das sei nicht beabsichtigt, man werde die Verhafteten festhalten, bis man über ihre Persönlichkeit im klaren sei und sie dann, wenn sich nicht ein Anlaß zur Auslieferung geben würde, aus Preußen ausweisen. Erst später, also mehrere Tage, nachdem ein hinreichender Verdacht der erwähnten Straftaten begründet war, ist das Strafverfahren eingeleitet worden.

Uebrigens hat nach ausbrüchlicher Mitteilung des erwähnten Dirigenten der Minister selbst diese ganze Angelegenheit geleitet.

5. Der Minister hat behauptet, die Ausweisung des Dr. Wettschesloff sei „in der allerhumansten Form“ erfolgt.

Diese allergrößte Humanität des Herrn v. Hammerstein bestand darin, daß Dr. Wettschesloff am 31. Dezember v. J. die Ausweisungsbefehl für sich, seine Frau, die krank war, und seine Kinder, von denen eines gleichfalls bettlägerig war, mit einer Frist von sechs Tagen (sage und schreibe: sechs Tagen) bei Vermeidung der „zwangsweisen Beförderung nach der russischen Grenze“ erhielt. Dr. Wettschesloff wohnte seit circa 4 Jahren in Berlin und Hermsdorf; eines seiner Kinder besuchte die Schule. — Diese Befehle gegen die Ausweisungsbefehl ist vom Landrat zurückgewiesen. — Allerdings hat Dr. Wettschesloff am 22. d. M. eine neue, die frühere aushebende Ausweisungsbefehl mit einer Frist von 25 Tagen erhalten, in der jene Androhung zwangsweiser Beförderung fehlt.

Ich würde Ihnen für den Abdruck obiger Zeilen verbunden sein.

Ihr

Dr. A. Liebnecht.

Herr Theodor Weber, Hermsdorf, erklärt u. A.:

Meiner Erinnerung nach war es im Frühjahr 1902, als ich mich zufällig in dem trefflichen Lokal zu Hermsdorf befand, und zwar, soviel ich mich entsinne, in den frühen Nachmittagsstunden. Ich beobachtete damals zwei Herren im gleichen Lokal, die sich in lebhaftester Unterhaltung befanden und von denen der eine besonders angeregt war, den ich späterhin als den „Baron“ genauer kennen gelernt habe. Es war dies die erste Beobachtung, die ich in Bezug auf die Beteiligte der Russen in Hermsdorf gemacht habe.

Späterhin kam ich mit Woly mehrfach in Gespräche über die sogenannten Hausjudungen. Ich fragte ihn, woher kann man denn eigentlich wissen, daß jemand Anarchist ist? Er entgegnete, dann wird eben Hausjudung abgehalten. Ich fragte, ob das auch bei Dr. Wettschesloff geschehen sei, was er bejahte. Nunmehr hat ich ihn, mir zu sagen, in welcher Weise man die Hausjudungen abhalte und er beschrieb mir wie folgt: Es wird erwartet, bis alle weg sind, dann holt man einen Galoffler und läßt sich die Thür aufmachen, der kriegt dann 10 bis 20 Mark Schweigegeißel. So wird es überall gemacht. Er rühmte sich noch, daß er genau Bescheid wisse, wie es in der Wohnung von Dr. Wettschesloff aussehe, und beschrieb mir auch mehrere Einzelheiten, die ich demnächst, als ich Zutritt in der Wohnung von Dr. Wettschesloff fand (bei geschäftlichen Besuchen) bestätigte fand. Dies Gespräch fand statt, noch bevor Herr Dr. Wettschesloff seine gegenwärtige Wohnung bezog, so daß die Hausjudung ungewisselhaft stattgefunden haben muß in der alten Wohnung Auguste Victoriastr. 17.

Bei Rubel berichteten die Spizel regelmäßig und Woly schon längere Zeit, bevor er dauernd nach Hermsdorf übersiedelte.

In Ergänzung meiner obigen Aussage bemerke ich: Woly beschrieb mir, wenn etwas gefunden werde, dann werde es sofort mit Beschlag belegt. Wenn man nichts finde, so bringe man alles wieder in schöne Ordnung, damit niemand etwas merkt.

Woly hat bei mir gewohnt von Ende Juli oder Anfang August bis zum 4. oder 5. Oktober 1902. Während dieser Zeit ist er fast täglich morgens zwischen 9 und 1/2 10 Uhr fortgegangen. Seinen Mitteilungen entnahm ich, daß er hierbei das Postamt aufzusuchen pflegte. Des weiteren habe ich beobachtet, daß Woly vielfach mit verschiedenen Postboten in der Annielpolde zusammen war, wo er auch Stat spielte. Auch sonst habe ich ihn in der Unterhaltung mit Postbeamten öfter beobachtet, insbesondere auf der Straße. Es geschah dies vielfach in der Weise, daß Woly, der sich hundlang in der Annielpolde aufzuhalten pflegte, weil sie einen guten Beobachtungspunkt darstellte und eine rasche Verfolgung des etwa vorbeigehenden Dr. Wettschesloff ermöglichte, heraustrat und die vorbeigehenden Postbeamten anhelt.

In der ersten Zeit der Anwesenheit des Woly in Hermsdorf, also im August, kam eines Morgens, etwa zwischen 11 und 12 Uhr, N.N. eilig in meine Wohnung hinaufgestürzt, wo sich Woly in seinem Zimmer befand und rief: „Schnell runter kommen, er fährt ab, er hat eine gelbe Tafel.“ Woly machte sich sofort zu recht und eilte hinunter. Ich sah zum Fenster hinaus und wurde gewahrt, wie Dr. Wettschesloff schon wieder vom Bahnhof zurück kam und in der Richtung nach dem Postamt ging. Er war hierbei schon nahe am Postamt. Demnächst sah ich, wie Woly hinter Dr. Wettschesloff, der aber ein erhebliches Stüd voran war, herging. Ehe Woly noch an der Ecke bei der Annielpolde war, war Dr. Wettschesloff bereits im Postamt. Bald darauf kehrte Woly zurück und teilte mir mit, Wettschesloff habe soeben telegraphiert: „Zug verpaßt, komme morgen (oder morgens).“

Herr Dr. Wettschesloff trug, als ich ihn auf der Straße sah, eine gelbe Reiterstulpe. Meiner Auffassung nach ist es ausgeschlossen, daß Woly noch zu einer Zeit das Postamt erreichte, wo sich Dr. Wettschesloff dort befand. Jedenfalls hatte Dr. Wettschesloff ausgiebig Zeit, das Telegramm niederschreiben und abzugeben, bevor ihn Woly erreichen konnte.

Dr. Wettschesloff erklärt hierzu: Ich entsinne mich bestimmt, daß, während ich im Postamt depechierte, sich keine andre Person dort befand. Ich bin stets sehr vorsichtig und bin bei jeder Gelegenheit gewiß ganz besonders vorsichtig gewesen. Uebrigens ist meine Handschrift eine solche, daß ich es für ausgeschlossen halte, daß sich eine Person beim schlüssigen „über die Schulter sehen“ den Inhalt hätte einprägen können!

Weber fährt fort:

Wenn Woly von der Post kam, ging er manchmal sofort in die Annielpolde, wo er dann bis Mittag sitzen blieb, das heißt bis Dr. Wettschesloff nach Berlin gefahren war. Manchmal äußerte er zu mir, unmittelbar nachdem er von der Post zurückgekommen war: Heute war es sehr wichtig, oder dergleichen. Einmal teilte er mir in heller Freude mit, heute habe er etwas Gutes herausbekommen: Dr. Wettschesloff habe gerade soeben eine Depesche bekommen von der russischen Grenze. Er schrieb hierbei den Wortlaut der Depesche auf, der dahin ging: Sofort Geld senden, sonst passiert etwas!

Dr. Wettschesloff erklärt hierzu: Ich erhielt die fragliche Depesche nicht, wie ich ursprünglich angegeben hatte, aus Bajorien, sondern aus Schirwind, und nicht, wie ich anfangs irrig gemeint hatte, Ende August, sondern am 24. September 1902. Die Depesche traf bei mir in früher Morgenstunde ein, und ich fuhr unmittelbar darauf nach Berlin, wo ich vom Postamt 4 in der Invalidentrasse einen Geldbetrag von 40 M. absandte. Hierbei bin ich keinesfalls in einer

Weise beobachtet worden, daß etwa die an mich gerichtete Depesche auf diese Weise zur Kenntnis des Volkes hätte gelangen können. Ich hatte die an mich gerichtete Depesche vom Augenblick ihres Eintreffens an bei mir in der Tasche. Ich habe keinesfalls die an mich gerichtete Depesche bei Niederschrift der Antwortdepesche neben mich offen hingelegt.

Der Weber erklärt: Woly ist fast niemals vor 8, 1/2 Uhr aufgestanden, und ich entsinne mich keines Falles, wo er vor 1/2 10, auherstensfalls 9 Uhr heruntergegangen sei. An diesem Tage jedenfalls ist er nicht besonders früh weggegangen, und die mir von ihm gemachte Mitteilung hat, wie ich bestimmt weiß, um die Mittagszeit stattgefunden. Es ist ausgeschlossen, daß er etwa vor 8 Uhr oder auch nur vor 9 Uhr durch Erbrechen des Briefkastens bei Dr. Wettschesloff sich Kenntnis von der Depesche verschafft hat.

Dr. Wettschesloff erklärt zu letzterem Punkte: Ich habe niemals eine Depesche in meinem Briefkasten vorgefunden. Die hier fragliche Depesche habe ich, wie ich ganz bestimmt weiß, persönlich vom Postbeamten in Empfang genommen. Die Depesche enthält keine Angabe des Absenders.

Meine Depesche war adressiert: Gastwirtschaft NN zu Schirwind für Herrn X. Etwa vierzehn Tage nach der Geldsendung haben in Schirwind bei dem NN Recherchen über die Depesche, die Geldsendung und die Persönlichkeit des X stattgefunden.

Weber erklärt weiter: Woly war, wie bemerkt, schon mehrfach, bevor er dauernd in Hermsdorf Wohnung nahm, in Hermsdorf zu Recherche gewesen. Etwa einen Monat, bevor er bei mir einzog, erschien Seltsmann, der damals in Hermsdorf war, bei mir und bat um eine Wohnung für einen guten Freund (oder Kollegen?). Ich wies die Bitte ab. Nach vier Wochen etwa kam Woly indessen mit Saß und Paß, mit seiner Frau und seinen zwei kleinen Schwägerinnen von damals elf und dreizehn Jahren an und bat mich, ihn aufzunehmen, weil ihm die Aussicht gerade hier so besonders gut gefallen. Ich ging schließlich darauf ein. Er hatte monatlich 30 M. zu zahlen; sein Zimmer ging nach dem Platz am Bahnhof hinaus, so daß er alle vom und zum Bahnhof Gehenden beobachten konnte. Bald gewann ich sein Vertrauen und er erzählte mir alle möglichen dienstlichen Angelegenheiten. Unter anderem berichtete er, daß für ihn besonders wichtig sei, Dr. Wettschesloff auf seiner Reise nach Ausland verhaften zu lassen, dann würde er 500 M. bekommen. Woly war auch besonders stolz darauf, daß er zu den sogenannten schweren Sachen benutzt werde. Er nannte den Dr. Wettschesloff „mein Herr“. Einmal glaubte er, Dr. Wettschesloff sei unbedacht entkommen und teilte mir bedauernd mit: „Mein Herr ist weg“. Damals unternahm er mit zwei Personen, unter denen sich ein Postbeamter mit Namen Jod befand, der gegenwärtig wegen Verbrechens im Amte in Strafkast sitzt, den Versuch, vom Hofgarten aus in die Wohnung des Dr. Wettschesloff hineinzugehen und zwar indem er oder seine Helfershelfer einen Baum bestiegen. Woly wurde, als er abfuhr, von einer Anzahl von Bekannten zum Bahnhof begleitet, darunter von mir, von einem Postbeamten, der in Hermsdorf noch wohnt, aber jetzt in Waldmannslust tätig ist. Wir sahen längere Zeit zusammen in dem Wartesaal bei Krüger und tranken zusammen. Hierbei nahm Woly den Postbeamten einmal beiseite. Ich sah, wie er ihm Geld in die Hand drückte, und hörte noch die Worte: „Also wenn etwas vorkommt, geben Sie mir Nachricht, Sie wissen Bescheid.“

Woly ist, wie ich bemerken will, von mir polizeilich überhaupt weder an- noch abgemeldet worden. Es ist dies auf ausdrückliche Veranlassung von Woly gesehen, der sich nach seiner Mitteilung selbst auf der Polizei angemeldet hat, und zwar unter dem Namen „Janßen“ oder „Woly, genannt Janßen“. Seine Postsendungen waren adressiert: „Janßen“ oder „Woly, genannt Janßen“, oder „Woly“.

Woly hat mir mehrfach versichert: wenn ich dem Dr. Wettschesloff Bescheid sagen würde, so würde ich bestraft werden. Ich wurde dadurch in der That zunächst veranlaßt, keinen Mund zu halten. Schließlich aber, als ich von verschiedenen Seiten hörte, Dr. Wettschesloff sei doch gar kein böser Mensch, hielt ich es für meine Pflicht, ihn zu warnen und that dies durch Vermittlung der Frau Heidenreich. Insbesondere sah ich mich veranlaßt, ihn auf diesem Wege zu einer besonderen Vorsicht in seiner Korrespondenz zu bestimmen.

Dr. med. R. Wettschesloff. Theodor Weber.

Verfammlungen.

Alkoholisismus und Klassenkampf.

Am Dienstag sprach Dr. Fröhlich aus Wien in einer vom Vertrauensmann des fünften Wahlkreises einberufenen Volksversammlung, die im Schweizergarten tagte und sehr gut besucht war. Der Vortrag des Genossen Fröhlich hatte die Tendenz, nachzuweisen, daß der Alkoholisismus — nicht nur der unmäßige, sondern besonders der mäßige — ein Feind der Arbeiterklasse infolgedessen ist, als er ihren Befreiungskampf aufhält. Der Vortragende trat zunächst der Ansicht entgegen, daß mit der Beseitigung des sozialen Elends auch der Alkoholisismus mit seinen schlimmen Folgen schwinde, und daß deshalb der von der Sozialdemokratie geführte Kampf für Erziehung besserer sozialer Zustände zugleich ein Kampf gegen den Alkoholisismus sei, den man daher nicht besonders bekämpfen brauche. Diese Anschauung bezeichnet der Redner als irrig. Wenn das soziale Elend die einzige Ursache des Alkoholisismus wäre, dann müßte er ja in jenen Volksschichten, welche in guten Verhältnissen leben, nicht vorhanden sein; er übt aber auch in diesen Kreisen seine verheerende Wirkung aus. Andererseits ist zu beachten, daß doch gerade die Frauen zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitsträften gehören, daß sie also zu denen gehören, die unter den schlechtesten sozialen Verhältnissen leben; trotzdem ist der Alkoholisismus unter den weiblichen Geschlecht nur sehr wenig verbreitet. Es ist allerdings richtig, daß in den Gegenden, wo die Arbeitslöhne am niedrigsten und die Arbeitsbedingungen am ungünstigsten sind, viel Alkohol genossen wird, aber die schlechten sozialen Verhältnisse sind es nicht allein, welche die Verbreitung des Alkoholisismus bedingen; es kommt noch ein Umstand hinzu, nämlich die Gelegenheit, Alkohol zu genießen, und der Aberglaube, daß der Alkohol eine stärkende Wirkung auf die körperlichen und geistigen Kräfte ausübe. So lange dieser Aberglaube herrscht, so lange die Trinklust der Männer fortbesteht, kann der Alkoholisismus nicht allein durch den Kampf gegen das soziale Elend beseitigt werden. Will man den Alkoholisismus bekämpfen, so muß man Aufklärung darüber verbreiten, daß der Alkohol kein Stärkungsmittel ist, sondern daß er im Gegenteil die größten Schädigungen der Volksgesundheit zur Folge hat. Die vorhandenen Wirkungen, welche der Alkohol ausübt, stehen hinter denen der Schwindsucht nur wenig zurück. Während jeder lebende erwachsene Mann (über 20 Jahre) an der Schwindsucht stirbt, fällt jeder zehnte derselben Altersstufe dem Alkohol zum Opfer. In der Altersklasse zwischen 30 und 40 Jahren stirbt jeder fünfte Mann an den Folgen des Alkoholisismus. Das ist durch statistische Erhebungen in der Schweiz festgestellt. Für Deutschland, wo wie in dieser Hinsicht keine Statistik haben, dürfte ungefähr dasselbe gelten. Bei der Bekämpfung des Alkoholisismus darf man nicht nur gegen den Schnaps zu Felde ziehen und das Bier in Ruhe lassen. Wenn auch der Schnaps sechs- bis achtmal soviel Alkohol enthält wie das Bier, so ist doch der Biergenuss nicht minder schädlich wie der Schnapsgenuss, denn das Bier wird ja in viel größeren Mengen genossen wie der Schnaps; der Wintertrinker führt also seinem Körper ebenso große Mengen reinen Alkohols zu, wie der Schnapsrinker. Thatsächlich ist der Bieralkoholisismus heute ebenso verbreitet wie früher der Schnapsalkoholisismus. Der Alkohol ist ein Feind der Arbeiterklasse; nicht nur da, wo er unmäßig genossen wird und den Menschen zum Süßer macht, sondern hauptsächlich da, wo man ihn mäßig genießt. In kleinen Mengen erzeugt der Alkohol eine gewisse Stimmung; er täuscht den Arbeiter über seine drückende Lage hinweg, er legt sich wie ein Schleier über das Gehirn des Arbeiters, der in der

durch Alkoholisismus erzeugten zufriedenen Stimmung gar nicht sieht, wie schlecht es ihm geht. Jeder denkende Arbeiter weiß, daß gerade die mäßigen Genossenschaftstrinker weder für die gewerkschaftliche Organisation noch für die politischen Bestrebungen der Arbeiterklasse zu haben sind. Der Alkohol macht sie so zufrieden, daß sie kein Verlangen nach einer Änderung ihrer Verhältnisse haben. Die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen ist aber die Vorbedingung des Strebens nach Verbesserung. Da nun der Alkohol die Arbeiter zufrieden macht, so ist er ein Feind der Arbeiterklasse und eine Stütze der heutigen Gesellschaft. Man kann sich gegen diese Folgen des Alkoholisismus nur dadurch wehren, daß man keinen Alkohol trinkt. Mit dem Prinzip der Mäßigkeit ist erfahrungsgemäß nichts gegen den Alkoholisismus auszurichten, denn jeder glaubt mäßig zu sein, und so bleibt alles beim alten. Da der Alkohol, auch wenn er mäßig genossen wird, das Gehirn, die Waffe der Arbeiter im Kampf für ihre Klassenforderungen, abstumpft, so muß unsere Losung lauten: Weg mit dem Alkohol.

Der Vortrag des Genossen Fröhlich fand sehr lebhaften Beifall. In der Diskussion nahmen nur zwei Redner das Wort, von denen der eine dem Vortragenden zustimmte, während der andere, Genosse Müller, die Ansicht vertrat, daß der Alkoholisismus eine Folge der schlechten sozialen Verhältnisse sei, und da wir diese als Sozialdemokraten bekämpfen, so hätten wir keine Ursache, einen besonderen Kampf gegen den Alkohol zu führen. Der Redner berief sich hierbei auf den Genossen Weber, der auf einem Parteitage gesagt habe, mit solchem Kleinram wie die Bekämpfung des Alkohols könne die Sozialdemokratie sich nicht befassen. — Diesen Ausführungen trat Genosse Fröhlich entgegen. Besonders hielt er die Verufung auf Weber nicht für überzeugend. Bei aller Anerkennung der Bedeutung Webers müsse er sagen: Eine Angelegenheit von der Bedeutung des Alkoholisismus, der jedem zehnten Manne das Leben koste, sei kein Kleinram.

Unternehmer und Koalitionsrecht. Das Beispiel der Grimmitzhauser Fabrikanten, den Arbeitern die Mitgliedsbücher ihrer Gewerkschaftsorganisation abzunehmen, scheint auch auf Berliner Unternehmungskreise ausbreitend gewirkt zu haben. Am Montag mußte sich eine vom Metallarbeiter-Verbande einberufene Vertikalsammlung der Firma Buhle u. Co., Kronleuchterfabrik, Ritterstr. 12, mit einem derartigen Fall beschäftigen. Der Verbandsvertreter Behrend schilderte die Sache folgendermaßen:

Seit etwa 14 Tagen werde in der Abteilung Salewski der genannten Firma ein förmlicher Druck auf die Arbeiter auszuüben versucht, aus dem Metallarbeiter-Verbande auszutreten. Neu eingestellte Arbeiter werden von dem Meister befragt, ob sie auch Verbandsmitglieder seien, und wenn diese es bejahen, so wird ihnen der Austritt unter nicht mißzuverstehenden Andeutungen auf die eventuelle Dauer des Arbeitsverhältnisses nahegelegt. Der gute Meister erwidert sich dann den etwaigen unheimlichen Arbeitern gegenüber zur weiteren Regelung der Sache, indem er sie auffordert, die Verbandsbücher ihm mit getrost auszuhandigen. Aufsteigende Bedenken der Leute gerirent er mit dem Bemerkten, er habe schon „einen ganzen Paßen“ solcher Bücher in Händen! Zu dieser Sachdarstellung bemerkte der Referent, seines Wissens sei dies der erste Fall in Berlin, wo Unternehmer bezw. deren Angestellte sich in solcher Art den Arbeitern gegenüber benehmen. Wohl sei es vorgekommen, daß Mitglieder des Röhrenmänner-Verbandes und auch andere Unternehmer hin und wieder Vertrauensmänner oder Kommissionsmitglieder der Arbeiterorganisationen aus den Betrieben direkt oder indirekt hinausgemahregelt haben, jedoch einen solchen Eingriff in das Koalitionsrecht der Arbeiter, ihnen durch einen solchen Druck auf den Magen die Verbandsbücher abzunehmen, habe bis jetzt noch kein Berliner Unternehmer riskiert. Diesen Uebergriffen eines untergeordneten Vertriebsangestellten gegenüber seien unbedingte einschneidende Abwehrmaßnahmen am Platze. — Die zahlreich erschienenen Arbeiter der Firma pflichteten den legieren Ausführungen bei, weil sie nicht gewillt sind, eine etwaige Uebertragung der Praktiken des Meisters Salewski auch auf die anderen Abteilungen des Betriebes ruhig hinzunehmen. Im übrigen aber sprachen sie ihre scharfe Mißbilligung darüber aus, daß es noch Berliner Metallarbeiter geben könne, die sich derartige Eingriffe eines Unternehmerbediensteten in ihre Organisationsrechte überhaupt gefallen lassen. Gewünscht wurde ferner, daß sich die Verbandsleitung noch eingehender mit der Angelegenheit befassen möge.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Die Verbandsstelle Berlin hielt am Sonntag im Riesensaal der Neuen Welt ihre Generalversammlung ab, die von gegen 4000 Personen besucht war. Der Jahresbericht der Ortsverwaltung wurde den Mitgliedern in einer 68 Druckseiten starken Broschüre zugestellt. Wir haben denselben auszugswiese schon in unserer Sonntagsnummer wiedergegeben. Der größte der Streiks, der der Gärtler und Drücker, ging, wie der Bevollmächtigte Cohen in seinem Bericht bemerkte, zwar verloren, mochte den Arbeitgebern jedoch die Stärke der Arbeiterorganisation so sichtbar, daß sie es für notwendig erachteten, ihre eigene Organisation noch härter als bisher zu gestalten. Die aus einer Veröffentlichung in der letzten Nummer der „Hilfe“ zu entnehmen ist, haben die Metallwaren-Fabrikanten einen Plan entworfen, der an Rigorosität die bisherigen Bestimmungen ihrer Organisation weit übertrifft und das bei Lohnbewegungen so häufig von Unternehmenseite geforderte Recht, „Herr im eigenen Hause“ zu sein, bei Lohnkämpfen und Streiks vollkommen vernichtet. Die Unternehmer wollen einen Streik- und Aussperrungsfonds errichten, wozu jeder Arbeitgeber wöchentlich pro Arbeiter einen Beitrag von 15 Pf. zahlen soll, was bei den ca. 12000 in der Branche thätigen Arbeitern im Jahr 93 600 M. ergeben würde. Der Fonds soll jedoch auf 600 000 M. erhöht werden. Bricht bei einem Unternehmer ein Lohnkampf oder Streik aus, so hat der Unternehmer dies sofort der Vertrauenskommission zu melden, die dann in der Werkstätte alle Anordnungen trifft, die sie für notwendig erachtet, und verfügen kann, daß zunächst 10 Prozent der noch thätigen Arbeiter ausgesperrt werden, nach Verlauf einer Woche abermals 10 Proz., nach einer weiteren Woche 20 Proz. und dann noch 30 Proz., im ganzen also 70 Proz. der Arbeiter ausgesperrt werden, vorbehaltlich weiterer Beschlüsse. Der Arbeitgeber soll dann eine Unterfützung erhalten, und zwar bei bis zu 2000 Arbeitern 7,50 M. pro Arbeiter wöchentlich, von 2000 bis zu 3000 Arbeitern 8 M., bei über 3000 Arbeitern 4 M. pro Arbeiter. Den Arbeitgebern, die unter 20 Arbeiter haben, soll diese Unterfützung ohne weiteres, den übrigen auf Antrag gewährt werden. Auch den unorganisierten Arbeitgebern, die durch Einschreibung in die Bücher der Fabrikanten sich als unorganisiert bezeichnen, soll Unterfützung gewährt werden, und zwar werden hierfür ähnliche Unterfützungssätze wie die im Statut des Metallarbeiter-Verbandes festgelegten aufgeführt. Der Hauptzweck dieser ganzen Einrichtung ist, wie ausgesprochen wird, die „Ausschaltung der organisierten Arbeiter“. Es handelt sich hier also um eine permanente Kriegserklärung. Das Ziel wird wohl kaum erreichbar sein, da es doch unmöglich erscheinen muß, von den 12000 in der Branche thätigen Arbeitern und Arbeiterinnen, die ungefähr 11000 organisierten einfach „auszuschalten“. — Traurig ist es, daß die Metallarbeiter nicht nur mit dem Unternehmertum um ihr Koalitionsrecht kämpfen müssen, sondern auch im verflochtenen Jahre einen schweren Kampf mit den Postbesitzern um das gesetzlich gewährleistete Vereins- und Versammlungsgesetz zu führen hatten. Wenn auch die aus vollkommenen nützigen Gründen erfolgten Verbote von Versammlungen vom Oberverwaltungsgericht schließlich aufgehoben wurden, so war doch der Zweck der Polizei, die Versammlungen zu der Zeit, wo sie für die Arbeiter notwendig waren, zu verhindern, erreicht. Des weiteren mußte bemerkt werden, daß der Kampf um das Koalitionsrecht ein harter und fast unaufhörlicher Kampf um das Recht des Streikpostenschießens geführt werden, der teils zu Verurteilungen, teils zu Freisprechungen der Beteiligten führte. — An den Jahresbericht schloß sich eine rege Debatte, die sich wesentlich auf die Kait beim Gärtler- und Drückerstreik bezog. — Die Ergänzungswahlen zur Ortsverwaltung hatten folgendes Ergebnis:

Gegen wenige Stimmen wurden wiedergewählt als: erster Bevollmächtigter Cohen, zweiter Kassierer Hennig, Revisor Bernice und Kassierer Mengz und Korikowski. Als Bureaubeamte wurden wiedergewählt Scheffler, Heine, Müller und Pawlowitsch. — Schließlich nahm die Versammlung noch folgende Resolution einstimmig an:

„Die heute in der Neuen Welt versammelten 3500 bis 4000 Mitglieder des deutschen Metallarbeiter-Verbandes sprechen dem russischen Proletariat und der russischen studierenden Jugend für ihre gegenwärtige Agitation zur Befreiung von dem russischen Zarismus ihre begeisterte Sympathie aus.“

Weihensee. Anlässlich der bevorstehenden Wahlen zur Gemeindeverwaltung fand am 18. Februar im Saal der Weihensee eine gut besuchte Versammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Genossen Rosenow durch Erheben von den Plätzen. Hierauf referierte Genosse Dr. Südekum in fesselnder Weise über das Thema: „Die Aufgaben der Gemeinde“. Die Versammelten folgten den Ausführungen des Redners mit großer Aufmerksamkeit und erntete derselbe für seinen Vortrag ungeteilten Beifall. In der Diskussion ergriffen zuerst die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Genossen Taubmann und Schumann das Wort. Beide Redner erörterten an der Hand ihrer Erfahrungen unter vielfacher Zustimmung der Anwesenden die Schäden und Mängel der Interessentvertretung in der Gemeindeverwaltung. Von den spärlich anwesenden Gegnern meldeten sich zur Diskussion ein Herr Böttner und ein Herr Goldstein. Der erstere hatte mit seinen krausen Ausführungen nur einen Heiterkeitserfolg und entfernte sich, ehe ihm geantwortet werden konnte. Herr Goldstein erklärte sich im ganzen mit unserem Programm einverstanden, lehnte es aber ab, in seinen Kreisen hierfür Propaganda zu machen; er wünschte, daß man von unserer Seite Kandidaten auch aus ehrenhaften bürgerlichen Kreisen aufstelle. Von Taubmann wurde ihm treffend erwidert, daß man von uns nicht verlangen könne, für die Herren die Arbeit zu thun. Es fand nunmehr die Aufstellung der Kandidaten statt. Es wurden aufgestellt für die dritte Abteilung, wo zwei Hausbesitzer in Frage kommen, die Genossen Franz und Thiermann, für die zweite Abteilung die Genossen Sorret, Penkert, Schmutz, Taubmann und Recke, für die Weihensee Genosse Bloß. Mit der Aufforderung, bei den Wahlen energisch für die oben Genannten einzutreten und eventuell auch in die zweite Abteilung Drosche zu legen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Köpenick. Am Mittwoch, 17. Februar, tagte hier eine öffentliche Versammlung für alle in den Dampf-Waschanstalten beschäftigten Personen. Frau Emma Jhrer-Bankow sprach über „Die Mißstände in den Waschanstalten Köpenicks“. Die Referentin zeigte an der Hand zahlreicher Materialien, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung für die Arbeiterinnen Köpenicks nicht innegehalten werden. Die Arbeiterinnen arbeiten von früh 5 bis abends 9—10 Uhr bei einem täglichen Verdienst von 1,25 M. inklusive Kost. Pausen finden nicht statt und wird das vom Chef gelieferte Mittagbrot in einem für die Wäsche bestimmten Trodenraum eingenommen und gleich nachdem weitergearbeitet. Die männlichen Arbeiter verdienen pro Woche 18 bis 20 M. Die Arbeitszeit der Arbeiter beginnt früh 3 Uhr und kommen dieselben erst gegen 12 bis 1 Uhr nachts von Berlin zurück. Die Radstrafe müssen sie größtenteils auf dem Wagen verbringen. Bei freier Station bekommen dieselben pro Woche 4,50—6,00—9,00 M. Nach angestellten Berechnungen soll der Gewinn der Köpenicker Waschanstaltbesitzer derartig sein, daß man den Wochenlohn der Arbeiter als Trinkgeld betrachten kann. Rednerin schloß mit einer Aufforderung, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. (Beifall.) In der Diskussion beteiligten alle Redner die Ausführungen der Referentin. Einige hoben noch hervor, daß absolut keine Gelegenheit vorhanden sei, auch fehlen für die Arbeiterinnen die Ankleideräume. Eine Arbeiterin erzählte, daß ihre Schwester 3 Tage bei einem Waschanstaltbesitzer gearbeitet hat, darauf wurde sie krank. Sie schickte nun zum Chef und ließ das für die drei Tage verdiente Geld holen. Sie bekam für die drei Tage 60 Pf., pro Tag 20 Pf. Ein Herr Margraf, ehemaliger Inhaber einer Waschanstalt, jetzt Waldmeister, erzählt, daß die Arbeiter es hier sehr gut hätten. Man sollte nicht von Berlin herbeikommen und die mit den Fabrikanten in Frieden lebenden Arbeiter aufheben. Genosse Werner erwiderte dem Herrn, daß die Köpenicker Arbeiter es fast hätten, von den Herren Unternehmern weiter derartig ausgebeutet zu werden. Er könne nachweisen, daß von früh 5 Uhr bis nachts 11 Uhr gearbeitet ist, sogar ganze Nächte durchgearbeitet wurde. Genosse Keller empfahl den Anschluß an den Verband der Wäschebranche und trat sofort 35 Mitglieder bei.

Friedrichshagen. Die hiesige sozialdemokratische Arbeiter-Bildungsverein hielt am Sonntag, den 20. Februar, seine außerordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Genossen Rosenow in üblicher Weise gelehrt. Der Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter während der letzten zwei Jahre wurde vom Genossen Barth gegeben. Ergänzt wurden seine Ausführungen durch die Genossen Sonnenburg und Kramm und drückte die Versammlung ihre Zufriedenheit mit ihrer Tätigkeit aus. Als Kandidat für die Neuwahl in der dritten Abteilung wurde wieder Genosse Barth aufgestellt. Als Kassierer wurde Genosse Margrau, als erster Schriftführer Genosse Albert Schulz gewählt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stadtverordnetenwahl in Kassel. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden die sozialdemokratischen Kandidaten Schöne, Guhn, Wedde und Bachmann gewählt.

Dementierter russischer Sieg.

Petersburg, 24. Februar, 9 Uhr 27 Min. abends. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Ueber die Zurückweisung des japanischen Angriffes auf Port Arthur war bis 9 Uhr abends eine amtliche Bestätigung hier noch nicht bekanntgegeben.

Petersburg, 24. Februar. (B. Z. B.) Die Japaner haben gestern den Versuch gemacht, vier mit Brand- und Explosivstoffen gefüllte Dampfer nach Port Arthur hineinzubringen. Dieser Versuch ist dank der Wachsamkeit der russischen Flotte zu nichte geworden. Die Dampfer haben nicht nur keinen Schaden angerichtet, sondern sind dabei selbst zu Grunde gegangen. Zwei von den Schiffen sind gesunken und zwei geflohen. Von den japanischen Torpedobooten, welche diese Dampfer begleiteten, sind zwei von der russischen Flotte vernichtet worden.

Stockholm, 24. Februar. (B. Z. B.) Im Reichstage ist von dem Sozialisten Branting und Genossen ein Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts für jede unbescholtene männliche Person, die das 21. Lebensjahr erreicht hat und keine Armenunterstützung bezieht, eingebracht worden. Branting hat ferner den Antrag gestellt, daß die Regierung in der nächsten Reichstagsession in Verbindung mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts eine Vorlage einbringe, nach welcher die ungleiche Behandlung von Stadt und Land bei den Wahlen aufgehoben, das ganze Land in neue Wahlkreise eingeteilt, in jedem Wahlkreise nur ein Abgeordneter gewählt werden und bei den Wahlen absolute Majorität entscheiden soll. Der Reichstag hat aus Anlaß des russisch-japanischen Krieges Karlström, Järöund, Sjöte und Stockholm für Kriegsgefangenen erklärt.

Patras, 24. Februar. (B. Z. B.) Der 60jährige König Gianopoulos verfuhrte wegen geschäftlicher Differenzen den Advokaten Dudoemis mittels einer Dynamitpatrone zu töten, wobei beide schwer verwundet wurden.

Reichstag.

41. Sitzung. Mittwoch, 24. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratssitzung: Puppe. Die zweite Etatsberatung wird fortgesetzt beim Etat der Verwaltung der Eisenbahnen.

Abg. Erzberger (C.): Ich möchte anregen, daß die Verwaltung der elsaß-lothringischen Bahnen in ihrer jährlichen Uebersicht und auch in Zukunft über die Urlaubszeit der mittleren und unteren Beamten sowie genauere Angaben über Arbeitszeit und Löhne. Das Verzeichnis der Verwaltung, die Dienstzeit einzuschränken, verdient Anerkennung. Immerhin kommen noch Arbeitszeiten von über 12 Stunden vor. Das ist zu viel. Manche Arbeiter haben im Monat nur einen einzigen Ruhetag. Es sollte in der Regel auf sechs Arbeitstage immer ein Ruhetag fallen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.): Am 4. März 1903 hat der Eisenbahnminister auf eine sozialdemokratische Anregung erklärt, bezüglich des Koalitionsrechtes der Eisenbahnarbeiter unterscheidet er wie sein Vorgänger drei Gruppen: 1. im eigentlichen Eisenbahnbetrieb angestellte Arbeiter, 2. eigentliche Betriebswerkstätten Arbeiter und 3. Arbeiter, die nicht eigentlich in Betriebswerkstätten angestellt seien. — Den ersten beiden Gruppen will der Eisenbahnminister das Koalitionsrecht nicht zugestehen, der dritten Gruppe will er es nicht abprechen. Ich möchte den Minister um eine authentische Interpretation dieser Unterscheidung bitten, damit juristisch festgestellt werde, für welche Kategorien von Eisenbahnarbeitern nach der Aufhebung des Ministeres § 6 der Gewerbeordnung nicht gelten solle. Für diese Kategorien gilt dann selbstverständlich das Landesrecht, für die Reichs-Eisenbahnen also das elsaß-lothringische Landesrecht. In Preußen —

Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Ich bitte Sie, nicht auf die preussische Eisenbahn-Verwaltung einzugehen. Wir beschäftigen uns mit den Reichs-Eisenbahnen.

Abg. Dr. Müller-Reinigen: Ich wollte eben die Brücke schlagen. Präsident Graf Ballestrem: Bitte, schlagen Sie die Brücke. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fortfahrend): Es besteht eine Personalunion zwischen der Verwaltung Preußens und den elsaß-lothringischen Bahnen. Die Erklärung des Eisenbahnministers wird also für beide Eisenbahnverwaltungen authentisch sein.

Abg. Riff (fr. Sp.): Die Arbeiter in den Werkstätten der Eisenbahnen, welche als Fabrikarbeiter anzusehen sind, unterstehen zweifellos der Gewerbe-Ordnung und haben somit das Koalitionsrecht; die übrigen Angestellten der Eisenbahnen unterstehen der Gewerbe-Ordnung nicht. Uebrigens haben die Ausführungen des Herrn Vorredners für elsaß-lothringische Bahnen wohl nur prophylaktische Bedeutung, denn es ist mir nicht bekannt geworden, daß die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen ihren Arbeitern das Koalitionsrecht geschildert hätte. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) — Leider bringt der Etat für 1904 keine nennenswerte Aufbesserung der Gehälter der Eisenbahnbeamten in elsaß-Lothringen. Die Diätäre klagen, daß sie allzu lange auf ihre Anstellung zu warten haben und daß ihnen für die Bemessung des Dienstalters nicht die ganze Zeit der diätarischen Anstellung angerechnet wird. So gelangen die Beamten erst mit 60 Jahren in den Besitz des höchsten Gehalts. Außerdem bestehen Ungleichheiten in Bezug auf das Dienstaltersstufen-System, die nicht zur Förderung der Kollegialität beitragen. Redner wünscht des weiteren gleich hohe Bezahlung der männlichen und weiblichen Hilfsarbeiter, da auch ihre Arbeitszeit die gleiche ist. — Ueber die Personentaxe will ich mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses nicht ausführlich sprechen. Ich betone nur, daß die Vorenthaltung der Vergünstigungen, wie sie in Baden und Württemberg gewährt sind, fortgesetzt zur wirtschaftlichen Schädigung der elsaßischen Bevölkerung führt und auch nicht im Interesse der Eisenbahn-Verwaltung selbst liegt. — Die Wagen viertes Klasse sollten modern ausgestattet und auch in die Schnellzüge eingestellt werden. Auch der kleine Raum, der auf die Vermittlung dieser Klasse angewiesen ist, hat ein Interesse daran, sein Ziel so schnell wie möglich zu erreichen. (Bravo! links.)

Preussischer Eisenbahnminister Puppe: Es war durchaus dankenswert, daß die Abg. Erzberger und Riff Wünsche der Eisenbahn-Beamten und Arbeiter hier vorgebracht haben. Dazu sind die Abgeordneten berufen. Nur durch eine innige Verbindung der Verwaltung und des Personals können soziale Verbesserungen beim Eisenbahnpersonal erreicht werden. Ich habe manches für die Beamten und Arbeiter bessern können, aber auch auf viele Wünsche verzichten müssen. Die Reichs-Eisenbahnverwaltung ist aber kein selbständiger Faktor innerhalb der Reichsverwaltung. So ist es natürlich, daß es nicht dazu kommen konnte, daß die Beamten der Verwaltung wünschlos gegenüberstehen. (Heiterkeit.) Das Personal besteht aus Menschen, und ich möchte kaum wünschen, daß die Menschen wünschlos werden. (Heiterkeit.) In der Reichs-Eisenbahnverwaltung ist die Zahl der Arbeiter um 34 Proz. erhöht, die Zahl der auf Sonntage fallenden Dienstbesetzungen um 61 Proz. Die schlechteste besoldeten Beamten, die Bahnwärter, sind in ihrem Einkommen um 100 M. erhöht worden; ferner ist die Pension bzw. Pensionsberechtigung der Lokomotivführer und Heizer erhöht. Die etatsmäßigen Stellen sind in einem Jahre um 456 vermehrt worden. Diese Vermehrung kommt namentlich den Beamten des äußeren Dienstes zu gute. Ich stehe in ständiger, persönlicher Fühlung zu den Arbeiterauschüssen. Viele Wünsche dieser Ausschüsse habe ich bereits erfüllen können. Ich habe mich mit den Arbeitern auch eingehend über die Löhne unterhalten. Alle Ausschüsse haben mir erklärt, daß die Arbeiter in der Privatindustrie schlechter gestellt sind als in Eisenbahndienst. Die Arbeiterwohnungen sind vermehrt worden. Arbeiterwohnungen enthalten durchschnittlich einen Raum von 45 Quadratmeter, Wohnungen von Unterbeamten von 60 Quadratmeter, Wohnungen mittlerer Beamten von 80 Quadratmeter. Auch den Wohlfahrteinrichtungen, wie den Wärdern, gilt meine volle Fürsorge. — Die vierte Klasse ist in elsaß-Lothringen noch nicht eingeführt. Ich habe nur die von Preußen einlaufenden Wagen vierter Klasse bis zu den reichsländischen Endstationen weiter laufen lassen und angeordnet, daß diese Wagen vierter Klasse auch in elsaß-Lothringen benutzt werden können. Bisher mußten die Insassen der vierten Klasse an den elsaß-lothringischen Grenzstationen aussteigen und ein Billet dritter Klasse zur Weiterfahrt lösen, während die vierte Klasse einmal in elsaß-Lothringen selbst eingeführt werden kann, hängt von der Personenverkehrs-Reform ab. Diese aber haben Maybach und Thiele in 15 Jahren nicht zu stande bringen können. Es hat also keine großen Schwierigkeiten damit.

Abg. Wittberger (li.): Die Einführung der vierten Wagenklasse in elsaß-Lothringen wäre sehr wünschenswert. Die Gründe, die früher gegen diese Einführung geltend gemacht wurden, kommen heute nicht mehr in Betracht, da diese Klasse bedeutend verbessert worden ist. Redner wünscht eine bessere Verbindung zwischen den Rheinlanden und der Pfalz.

Abg. Dr. Janney (li), auf der Tribüne fast unverständlich) tritt u. a. für die Vesserstellung der Beamten der elsaß-lothringischen Eisenbahnen ein.

Abg. Dr. Dahlem (C.) betont gegenüber dem Abg. Riff, daß die unteren Beamten der Reichs-Eisenbahnen besser gestellt seien, als die Beamten aller übrigen Eisenbahnverwaltungen. Dagegen ist das Wagenmaterial in elsaß-Lothringen durchaus nicht so gut, wie es Herr Riff darstellte.

Abg. Schlumberger (natl.): Die Einführung der vierten Klasse in elsaß-Lothringen würde eine entschiedene Verbesserung bedeuten. — Die Wünsche der einzelnen Beamtenkategorien müssen gründlich geprüft werden. Redner trägt eine Reihe von Einzelwünschen vor. (Präsident Graf Stolberg rüht die Glode; der Redner dreht sich mit unglaublicher Geschwindigkeit um, legt beide Hände als Schalltrichter an die Ohren und blüht erwartungsvoll zum Präsidenten empor. Stürmische, andauernde Heiterkeit.)

Präsident Graf Stolberg (mühsam erst bleibend): Herr Abgeordneter, ich wollte Sie nur bitten, diese Dinge bei den einzelnen Titeln vorzubringen. (Heiterkeit.)

Abg. Schlumberger (fortfahrend): Ich fahre nun weiter (große Heiterkeit) und sage: Der Herr Minister hat mich vor zwei Jahren als ein bescheidenes Areal bezeichnet. (Stürmische Heiterkeit.) Das hat mich zwar etwas gekitzelt (erneute Heiterkeit), aber ich muß doch meine damaligen Wünsche wegen der Befestigung der Niveau-Übergänge in elsaß-Lothringen wiederholen. Redner wünscht schließlich Ausbau des Kleinbahnenetzes und der Privatbahn-Anschlüsse in elsaß-Lothringen. Ich hoffe sicher, daß diese Wünsche erfüllt werden. Ich habe es meinen Wählern natürlich schon vorher versprochen. (Stürmische langandauernde Heiterkeit.) Die Bevölkerung wird ungeduldig! Jetzt ist Aussicht, daß es keine 20 Jahre mehr dauert (Heiterkeit) oder höchstens sechshundert Tage. (Erneute Heiterkeit.) Redner drückt sich mit tiefer Anbeugung hinter das Rednerpult zurück und schwingt die geballte Faust des rechten Armes tief nach unten; dann taucht er plötzlich mit heftigem Auf zu voller Höhe empor und redt den Arm zur Decke, wobei er in die hastigen Worte ausbricht: „Helfen Sie der Bevölkerung!“ (Allgemeine Vergnügtheit; fröhliches Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Blumenthal (südd. Sp.): Der Minister hat elsaß-Lothringen ein fremdes Land genannt. Man könnte also die heutige Debatte eine Auslandsdebatte nennen. (Oh! rechts.) Gerade in elsaß-Lothringen sollte man der Bevölkerung jede Enttäuschung ersparen. Wenn der Minister dort die vierte Klasse nicht einführen will, so mag er doch die dritte Klasse um die Hälfte verbilligen. (Heiterkeit.) Der Minister sagte, die Arbeiter dürften nicht wünschlos sein. Nun: dann gewähre er im weitesten Umfange das Koalitionsrecht! (Sehr richtig! links.) In den Vereinen kommen die Wünsche der Arbeiter am besten zum Ausdruck. Die Stellung des preussischen Eisenbahnministers ist insofern der Personalunion auch für elsaß-Lothringen von Wichtigkeit. Deshalb hat Dr. Müller-Reinigen diese Frage mit Recht aufgeworfen. Je mehr den Eisenbahnarbeitern Freiheit, ihre Wünsche vorzubringen, gegeben wird, desto mehr wird die Unzufriedenheit abnehmen. Man nehme der Koalition den Reiz der Verbotsenergie! — Die Unterbeamten müssen ein Gehalt bekommen, mit dem sie ohne Nahrungsvorsorgen standesgemäß leben können. Insbesondere darf es nicht erforderlich sein, daß die Beamtenfrauen zum Verdienst beitragen. Gerade in dem so verantwortlichen Eisenbahnbetrieb muß der Dienst der Beamten und Arbeiter nach Verdienst belohnt werden. In den unteren Regionen des elsaß-lothringischen Eisenbahnpersonals ist so gut wie niemand mit seinem Gehalt zufrieden. Redner befragt im weiteren eine Anzahl von Petitionen einzelner Eisenbahnbeamten-Kategorien. U. a. wünschen die Eisenbahn-Werkführer den Werkmeistern gleichgestellt zu werden, diese aber wünschen selbst aufgebessert zu werden. (Heiterkeit.) Dann habe ich zu sprechen von einer Petition — (Zuruf rechts: Gehört in die Petitionskommission!) Nein; da würde es ja begraben sein. Das will ich eben nicht. Ich spreche auch nicht von den Petitionen als solchen, sondern nur von dem Material, das darin enthalten ist. (Heiterkeit.) Eine Petition beschwert sich darüber, daß ledige Frauen im Eisenbahndienst so lange nicht fest angeheftet werden, als männliche Bewerber für die betreffenden Stellen vorhanden sind. Auch die Wagnisaufseher haben mancherlei Wünsche. Endlich möchte ich noch erwähnen, daß eine arme Barrierewärterin, die sich an mich gewandt hat, keinen Pfennig Entschädigung dafür erhält, daß sie Tag und Nacht ihren Dienst verleiht. Damit habe ich einen Teil der mir zugegangenen Beschwerden vorgebracht. Möge die Verwaltung ihnen bald Rechnung tragen! (Bravo! links.)

Abg. Hildenbrand (Soc.):

Aus den Ausführungen des Herrn Vorredners geht hervor, daß das große Wohlwollen, das der Herr Minister gegenüber den Beamten und Arbeitern hier proklamiert hat, doch nicht so ergiebig sein kann, wie es nach seiner Rede den Anschein hatte. Was will es betreiben, wenn der Minister sagte, daß die zwölfstündige Arbeitszeit in einem Jahre um 7,2 Prozent verringert worden ist. Wie groß die Zahl derjenigen Eisenbahnangestellten ist, die doch 12 Stunden beschäftigt werden, ist daraus nicht zu ersehen. Und wenn jedes Jahr nur 7 1/2 Prozent weniger zwölf Stunden arbeiten, dann dauert es ja noch eine Ewigkeit, bis die zehnständige Arbeitszeit allgemein durchgeführt ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Thatsache, daß die Ausgaben für das Personal sich von 35 000 auf 40 000 M. erhöht haben, will bei einer derartigen Verwaltung gar nichts belegen. Infolge der Verkehrssteigerung ist doch auch die Zahl der angestellten beträchtlich vermehrt worden. Der Minister möchte nachweisen, wie sich die Lohnverhältnissen im einzelnen gestalten. Als eine besondere Wohlthat freilich es der Herr Minister hin, daß die Werkstätten-Arbeiter auch bei schlechter Konjunktur fortbeschäftigt werden. Leider hat er nicht gesagt, daß sie auch mit demselben Lohne beschäftigt werden. Weiter hätte ich eine Bitte vorzutragen. In dem letzten Jahre hat sich eine große Bewegung in Süddeutschland auf eine allgemeine Eisenbahn-Tarifreform herausgebildet. Württemberg, Bayern, Baden haben eine ganze Reihe von Tarifverbesserungen geplant. Diese Verbesserungen kommen nur wegen der Stagnation bei den reichsländischen und den mit diesen ja durch eine Personal-Union verbundenen preussischen Eisenbahnen nicht recht vom Fleck. Es wäre wünschenswert, daß sich der Chef der Reichs-Eisenbahn bei den gemeinsamen Konferenzen entgegenkommender zeigen möge. Wir wünschen billige Tarife für die ganze Bevölkerung, wie sie Baden durch die Kilometerhefte eingeführt hat. Die Velleitheit der 4. Klasse, die der Minister betonte, gilt nicht der 4. Klasse als solche, sondern dem dreifachen Tarif. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Am Demerlenwertefest aber war, was der Minister nicht gesagt hat. Für Preußen hat er ja in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses eine Aeußerung gethan, wonach den Eisenbahnen das Koalitionsrecht überhaupt nicht gewährt werden soll. Aber in elsaß-Lothringen haben die Arbeiter längst eine Organisation geschaffen. Ich glaube herausgehört zu haben, daß man mit ihrer Wirkung nicht so unzufrieden ist. Es wäre zweifellos wünschenswert, daß der Herr Minister auch dem Reichstag, wo die Vertreter des allgemeinen Wahlrechts und nicht die des Dreiklassen-Wahlrechts sitzen, eine Erklärung über das Koalitionsrecht der Arbeiter abgibt. Auch beim Postetat waren sich ja alle Parteien darüber einig, die Beamten nicht als Staatsbürger zweiter Klasse behandeln zu lassen. Schon der Vorredner hat die Notwendigkeit gründlicher Verbesserung der materiellen Lage der Eisenbahnmacher hervorgehoben. Wir wollen, daß sie frei über ihre Person verfügen und sich um ihre Familie anständig ernähren können. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Preussischer Eisenbahnminister Puppe: Ich habe bereits vorhin erklärt, daß ich alle von den Beamten vorgebrachten Wünsche sorgfältig prüfen werde. Auch mir erfüllt der Etat nicht alle Wünsche, die ich für das mir unterstellte Personal habe. Er ist ein Kompromiß aller Verwaltungen und unterliegt der Kontrolle des Reichs-Schatzamt. Ich werde selbstverständlich immer für meine Arbeiter und Beamten arbeiten; wie weit ich dabei Erfolge haben werde, hängt ja von der Etatsausstattung ab. — Auf die Einzelheiten kann ich erst in der Petitionskommission eingehen; denselben werde ich mir alle

Wünsche für nächstes Jahr merken und für meine Angestellten kämpfen, so viel ich kann.

Ich habe vergessen, auf die Anfrage des Dr. Müller-Reinigen wegen des Koalitionsrechtes zu antworten. Das, was ich in der Sitzung vom 4. März hier über das Koalitionsrecht gesagt habe, halte ich voll ausreicht und brauche dem nichts hinzuzufügen. Es ist ganz deutlich und klar. Ich habe nicht ausführlich geantwortet, weil Herr Riff meine Aeußerungen durchaus richtig kommentiert hat. Im übrigen ist es eine rein theoretische Deduktion, da ich gar nicht genügend gewesen bin, bei den Reichseisenbahnen irgendwie einzufahren. Ich habe weder einen Arbeiter entlassen müssen, noch irgend welchen Koalitionen entgegenzutreten brauchen, weil die Arbeiter sich in durchaus ordentlicher Weise zusammengethan haben, um ihre Wünsche auszusprechen. Ich habe auch in Preußen, wie der soeben in Kassel gegründete große Verband beweist, gegen Verstrebungen, die auf die Verbesserung der Lage der Beamten und Arbeiter gerichtet sind, gar nichts einzuwenden. Um das Koalitionsrecht handelt es sich in dieser Frage gar nicht. Ich möchte damit diesen Gegenstand verlassen, zumal er gar nicht zu den Reichseisenbahnen gehört. (Beifall rechts.)

Das von Herrn Schlumberger so eingehend besprochene Kleinbahnenetz ist von dem elsaß-lothringischen Landesausfluß abgelehnt worden. Das reichsländische Bahnenetz soll nach einem einheitlichen Programm planmäßig ausgebaut werden. Daß das Wagenmaterial in den Reichsländern vielfach minderwertig ist, gebe ich zu. Ich hoffe, im nächsten Etat mehr Mittel für die Anschaffung von Material zu erlangen. Mit Tarifermäßigungen kann eine so kleine Eisenbahnverwaltung wie die reichsländische nicht gut vorangehen. Die Kilometerhefte halte ich für einen betrieblichen Rückschritt.

Abg. Hildenbrand sprach von einer zwölfstündigen Arbeitszeit. In den Werkstätten aber haben wir nur 10 Stunden Arbeitszeit, die ich vor einigen Wochen noch reduziert habe auf 9 1/2 Stunden. Viele Betriebsbeamte haben nur 8 Stunden Dienstzeit. Es ist auch ein Irrtum, daß ich unerschütterliche weise die Arbeitslöhne der Arbeiter vergrößert hätte, während die Beamten ihre bisherigen Bezüge weiter belämen. Wenn der Betrieb zurückgeht, so verlieren auch die Beamten, indem sie bei den Kilometergeldern und Jahrgeldern Einbuße erleiden. Eine unterschiedliche Behandlung zwischen Beamten und Arbeitern zu Ungunsten der Arbeiter liegt durchaus nicht vor.

Abg. Wattenдорff (C.) protestiert gegen die Behauptung des Abg. Blumenthal, daß in der Petitionskommission Petitionen begraben würden und daß die Mitglieder dieser Kommission von Dingen sprächen, von denen sie nichts verständen.

Abg. Wollenbuhr (Soc.):

Das Koalitionsrecht ist doch keine theoretische Frage, sonst würden die Arbeiter nicht solches Gewicht darauf legen, es zu bekommen, und die Unternehmer darauf, es den Arbeitern zu nehmen. Ebenso wie die Eisenbahnverwaltung sich mit den Unternehmern-Verbänden koalitiert und Arbeiter ganz nach den Befehlen der Unternehmer entläßt, so muß sie auch ihren Arbeitern das Recht der Koalition zugestehen. Das Koalitionsrecht ist für die Eisenbahn-Angestellten um so notwendiger, da doch noch mancherlei Mängel bestehen. Herr Puppe hat in seinen Angaben absolute und relative Zahlen ganz durcheinander geworfen, so daß es nicht möglich war, sich ein richtiges Bild zu machen. Was die Unfälle betrifft, so sind zum Beispiel nur in den Direktionsbezirken Berlin und Danzig die Unfälle relativ höher als in den Reichsländern. Im übrigen Norddeutschland und in Süddeutschland sind sie viel niedriger. Die Angaben des Ministers über die Löhne waren auch nicht zu kontrollieren, doch hat man ja aus der Unfallstatistik einen gewissen Anhalt. Aus den an die Witwen bei Unfällen gezahlter Arbeiter gezahlten Entschädigungen geht hervor, daß der durchschnittliche Jahres-Arbeitsverdienst der reichsländischen Eisenbahnarbeiter 145 M. betragen muß, so daß also jetzt jedenfalls auch noch niedrigere Löhne gezahlt werden. Am vertwerflichsten ist es, daß die Eisenbahnverwaltung die Krise dahin ausnützt, daß sie die Löhne der Arbeiter kürzt. Das ist unsonstiger zu verteidigen, da ja die Eisenbahntarife nicht ermäßigt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Minister Puppe: Von einer Verbindung der Reichs-Eisenbahnverwaltung mit den Unternehmerverbänden ist mir nichts bekannt. Es wird bei der Anstellung von Arbeitern nur darauf geachtet werden, daß sie einen ordnungsgemäßen Ausweis über ihr letztes Arbeitsverhältnis beibringen. Eine schriftliche Bescheinigung über den Grund des Ausscheidens aus der Stellung wird entsprechend dem bestehenden Gesetz nicht verlangt. Theoretisch habe ich die Besprechung des Koalitionsrechtes der Eisenbahner nur genannt, weil es bisher nie inibiert worden ist. Die Angaben des Herrn Vorredners über die Zahl der Unfälle waren nicht richtig. Diese sind bei den Reichseisenbahnen geringer als bei den bayerischen, sächsischen und badischen Bahnen. Man darf auch nicht beliebige Eisenbahnstationen vergleichen, wie der Herr Vorredner es gethan hat, sondern muß die Verkehrsstärke in Betracht ziehen.

Die Unfallziffer ist bei den Reichs-Eisenbahnen noch etwas geringer als bei den bekannt gewordenen übrigen deutschen Bahnen, 5,33 zu 6,21, wenn die Verkehrsstärke bei den Reichs-Eisenbahnen 23 Proz. höher ist. Daß die Unfallziffer unabhängig ist von der Länge der Dienstzeit, habe ich neulich schon im preussischen Landtag nachgewiesen. Auch die Behauptung des Herrn Wollenbuhr ist unrichtig, daß wir die Krise zur Verminderung der Löhne bei gleicher Arbeitszeit ausgenützt haben. Die Arbeiter konnten gar nicht daselbe leisten, weil nicht so viele Lokomotiven zu reparieren waren. (Bravo! rechts.)

Abg. Blumenthal (südd. Sp.), [mit lautem Lachen und Unruhe rechts empfangen]: Ich habe noch nichts gesagt, was einen Teil dieses Hauses zu solchem Wohlwollen berechtigen könnte (Heiterkeit). Es wird doch noch erlaubt sein, daß ein persönlich Angelegener sich hier verteidigt. Auch Herr Wattenдорff wird sich bei ruhiger Ueberlegung, soweit er deren fähig ist, überzeugen, daß er mir Unrecht gethan hat. Ich habe nicht gesagt, daß die mangelnde Arbeitskraft der Petitionskommission (südd. in den jetzigen Zuständen sei. (Oh! im Centrum.) Wenn auch die gesamte Centralstation, 100 Mann jeder stärker als der andre (Heiterkeit), dies als meine Aeußerung konstatiert und affirmiert, so beweist das doch nur, daß ein gewisser Teil des Hauses geneigt ist, mich sehr ungenügend zu beurteilen. (Heiterkeit und Beifall links.) Die Petition, die Herr Wattenдорff glaubte mir geben zu müssen, ist doch ganz wirkungslos. (Oh! rechts und im Centrum.) Wenn er ein Verhältnis zog zwischen der Arbeitskraft der Kommissionsmitglieder und meiner, so rechnet er mit unbelannten Haltungen. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Er weiß gar nicht, welchen Fleiß ich entwickeln würde, wenn ich Mitglied der Petitionskommission wäre. Mit meinen Wählern werde ich mich schon darüber auseinandersetzen, daß ich geglaubt habe, trotz der, wie ich nun weiß, kolossalen Arbeitskraft der Petitionskommission die Beschwerden der Eisenbahnarbeiter hier im Plenum vorbringen zu müssen. (Heiterkeit und Beifall links.) Redner polemisiert des weiteren gegen das Verlangen des Abg. Schlumberger nach einem Expropriationsgesetz zu Gunsten der Kleinbahnen.

Abg. Wollenbuhr (Soc.): Der Minister sagte, ihm sei von einer Verbindung der Reichs-Eisenbahnverwaltung mit den Unternehmerverbänden nichts bekannt. Ich weiß wohl, daß aus den betreffenden Schriftstücken das Wort „Geheim“ steht. Aber ich hätte nicht gedacht, daß sie so geheim wären, daß selbst der Chef der Verwaltung nichts davon weiß. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Ueber die Unfälle habe ich lediglich nach der und zugegangenen Druckache über das Jahr 1903 gesprochen. Darin sind die Eisenbahnunfälle nicht nach 1000 Kilometer, sondern nach Kopf und Zahl der versicherten Arbeiter berechnet. Danach beträgt der Durchschnitt der Unfälle auf 1000 ver-

fikerte Arbeiter bei allen Eisenbahn-Verwaltungen zusammen 8,23, bei der Reichs-Eisenbahnverwaltung 10,27. Wenn bei der Berechnung auf 1000 Jugkilometer Eisenbahnstrecken gerade der Durchschnitt aufweist, bei Berechnung auf 1000 Versicherte aber mehr als den Durchschnitt, so beweist das, daß die eisenbahnärztlichen Bahnarbeiter durchschnittlich eine größere Zahl von Jugkilometern zu fahren haben, als der Durchschnitt bei allen Eisenbahnverwaltungen beträgt. Die eisenbahnärztlichen Eisenbahnarbeiter sind also schlechter gestellt als die Eisenbahnarbeiter im allgemeinen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Minister Bode: Mir sind sämtliche geheime Aktenstücke nicht nur zugänglich, sondern auch bekannt. Die Voraussetzung des Vorredners bezüglich dieser geheimen Aktenstücke oder einer Verbindung mit den Unternehmern ist vollständig hinfällig und nicht bewiesen. Zweitens hat der Vorredner auf Grund der Statistik des Reichs-Versicherungsamtes seine Angaben gemacht; diese Statistik umfaßt nicht nur die Eisenbahnunfälle, sondern auch die Verletzungen in den Werkstätten, die mit Eisenbahnunfällen ja gar nichts zu thun haben. (Hört! hört! rechts.) Damit fällt auch die Behauptung des Vorredners, daß die Betriebssicherheit in den Reichslanden geringer sei als anderswo.

Abg. Erzberger (Soz.) bemerkt gegenüber dem Abg. Plumenthal, Petitionen würden nicht in der Petitionskommission begraben, sondern im Plenum, wenn dieses keine Zeit mehr für die Petitionen habe.

Abg. Schlumberger (natl.): Gegenüber Herrn Plumenthal nur ein Wort. Gewiß ist die Expropriation ein Unrecht. Aber die Sonderinteressen haben auch ihre Grenzen. (Lebhaft Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Das allgemeine Wohl geht über Sonderrechte! (Stürmische Heiterkeit und großer Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Wattenhoff (C., Vorsitzender der Petitionskommission): Von einem „Begraben“ von Petitionen kann weder in der Kommission noch im Plenum die Rede sein. Es bleiben immer nur ganz geringe Reste unerledigt. (Bravo! und Heiterkeit.)

Abg. Plumenthal (fr. Sp., mit Heiterkeit empfangen): Das Wort „beziehen“ will ich gar nicht aufrecht erhalten. Ich bilde mir auch gar nicht ein, die Gebräuche des Reichstags genau zu kennen; im Gegenteil, ich bin bestrebt stets neu zu lernen und habe auch heute wieder mit großem Nutzen den Verhandlungen beigewohnt. (Große Heiterkeit.) Herr Schlumberger hat sich heute zum erstmaligen Mal bei den ungetriebenen Beifall der Socialdemokraten errungen, indem er auftrat als Mann des Fortschritts, der am starren Eigentumsbegriff nicht festhält. Hoffentlich tritt er nun auch in seinen Fabriken als Reformator auf. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Der Herr Minister hat die authentische Interpretation seiner früheren Ausführungen über das Koalitionsrecht der Eisenbahner nicht gegeben, ich muß also annehmen, daß er nicht in der Lage ist, eine solche authentische Interpretation zu geben. (Sehr gut! links.) Damit schließt die Diskussion.

Präsident Graf Ballestrem: Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat Abg. Schlumberger.

Abg. Schlumberger begibt sich eiligst von seinem Platz auf die unterste Stufe der Tribünenrampe und beginnt: Herr Plumenthal —

Präsident Graf Ballestrem: Wollen Sie doch lieber bitte etwas höher heraufkommen! (Große Heiterkeit.)

Abg. Schlumberger hüpfte mit einem einzigen Satz auf die oberste Stufe der Treppe und sagt: Herr Plumenthal sagte, ich hätte mich für die Expropriation ausgesprochen. Allerdings: aber für eine solche im Allgemeininteresse, nicht zu Gunsten einer Klasse! (Bravo! und Heiterkeit.) Abg. Schlumberger stürmt von der Treppe hinunter und eilt unter stürmischer Heiterkeit des Hauses durch die Bankreihen hindurch.

Das Ordinarium wird bewilligt. Darauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Recht des Eisenbahnetats; Justizetat.)

Schluß 6 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Budgetkommission. Die Budgetkommission setzte am Mittwoch die Beratung des Etats des ostasiatischen Expeditionscorps fort. Der Referent Graf v. Oriola geht näher auf die sogenannten Feuerungszulagen ein. Sie betragen für Offiziere und höhere Beamte pro Mann und Tag 10 M., für Unterbeamte und Portepce-Unteroffiziere 4 M., für andre Unteroffiziere 1,75 M. und für Mannschaften 1 M. Bis 1903 war diese Feuerungszulage noch „besser“ abgestuft: Offiziere und höhere Beamte 14,20 M., für Unterbeamte und Portepce-Unteroffiziere 4 M., für Unteroffiziere 1 M. und für Mannschaften 75 Pf. (!) Nach einem Antrage Baasche wird von jetzt ab die Feuerungszulage für Offiziere und höhere Beamte 9 M. pro Tag betragen; die andre Säge werden in der bisherigen Weise belassen. (Für Offiziere scheint die Feuerungszulage eine Art Sportzulage zu sein! Red. d. Wort.)

Für die große Zahl der Intendantenbeamten, die sich im Trost der Befehlsbrigade befinden, wurde u. a. als Begründung angeführt, daß infolge der Währungsverschiedenheiten sehr viel Rechenarbeit in Ostasien zu leisten sei; es müsse fortgesetzt multiplicität und dividirt werden. Antrag wird, zwei Intendantenräte und vier Intendantensekretäre zu streichen, wodurch ungefähr 60 000 M. im Jahre gespart würden. General Gallwitz teilt als das Ergebnis einer gründlichen Prüfung mit, daß eigentlich der Weg, am Beamtenpersonal zu sparen, nicht gangbar sei; die Verwaltung wolle Vorschläge zu Ersparnissen an löchlichen Ausgaben machen. Das Rechnungswesen sei sogar noch stark im Rückstand, fast um ein ganzes Jahr. Man suche auch die fremden Verhältnisse zu studieren und verlange viele schriftliche Berichte von den Beamten. Nur einen Intendantensekretär könne man erübrigen, wenn die Reste aus früheren Jahren aufgearbeitet seien.

Abg. Müller-Julda: Die Streichung ist erst vom 1. Oktober 1904 ab beantragt, so daß Zeit vorhanden ist, einen Beamten zurückzuziehen. Ob man auch beim Kriege gegen Frankreich für jedes einzelne Regiment einen derartigen Trost mitgenommen habe? Gerade die Einrichtung einer so großen Verwaltung lasse den Verdacht nicht aufhören, daß man sich dauernd in China einrichten wolle. Bald jede man, man sei dort im Kriegszustand, bald wieder im Friedenszustand — eins könne denn doch nur sein. Abg. Müller-Julda meinte, man müsse den Etat ganz gründlich prüfen, ganz gleich, ob der Etat rechtzeitig fertig werde oder nicht, und wenn es noch vier Wochen dauere. General Gallwitz weist auf die Einflüsse des Klimas, auf die Gesundheit der Beamten hin und warnt vor unangelegten Vergleichen. Eine Angliederung der Verwaltung an die deutsche Centrale sei nicht leicht und jedenfalls auch nicht billiger. Der Beamtenkörper sei unbedingt nötig; die beantragte Absetzung sei nicht acceptabel. Kriegsminister v. Einem plaidiert für einen „Mittelweg“ in den Streichungen. Abg. Deumer versucht durch Bezugnahme auf ausländische Verhältnisse die Forderung der Regierung zu rechtfertigen. Abg. Müller-Julda läßt 50 Proz. seiner Abstrichforderung fallen und verlangt nur noch die Streichung von einem Intendantenrat und zwei Intendantensekretären — „Mittelweg“. Der Kriegsminister verwahrt sich dagegen, daß seine Ausführungen im Gegensatz zu denen des Generals Gallwitz stehend angesehen würden; er habe nur das schlimmste verhindern wollen, daß durch allzu große Streichungen die ganze Arbeit lahmgelegt werde. General Gallwitz sagt, daß eine Teilung der Arbeit zwischen der Intendantur in China und der Centrale in Berlin unmöglich sei. Der Rechnungshof des Deutschen Reiches habe in einem einzigen Jahre 1624 Monia gegen das ostasiatische Expeditionscorps gezogen. Das müsse doch alles aufgearbeitet werden. Sollte durchaus gestrichen werden, dann müsse es am besten noch bei den oberen Stellen. Abg. Müller-Julda schränkt seinen Antrag weiter um 66 2/3 Proz. ein, indem er nur an der Streichung eines Intendantenrates festhält. Diesen

Antrag unterstützen die Referenten, die Kommission nimmt den Antrag an.

Bei dem Etat der Militär-Justizverwaltung der ostasiatischen Befehlsbrigade beantragt Abg. Müller-Julda die Streichung eines Ober-Kriegsgerichtsrats und eines Militärgerichtsschreibers, Ersparnis zusammen ca. 20 000 M. Der Referent tritt für die Regierungsvorlage ein, weil sonst kein ordentliches Gericht gebildet werden könne. Müller-Julda macht dagegen darauf aufmerksam, daß ein ordentliches Gericht in Kiautschou vorhanden sei, das man in Anspruch nehmen könne. — Ein Regierungskommissar tritt für die Vorlage ein. Der Kommandeur der Brigade habe die gerichtlichen Funktionen eines Armeebefehlshabers und danach müsse auch der richterliche Apparat eingerichtet werden. Abgeordneter Dr. Sadelum fragt an, wie stark das Sondergericht der ostasiatischen Befehlsbrigade beschäftigt gewesen ist. Abg. Gröber meint, daß die begutachtende Tätigkeit sehr wohl von Kiautschou aus gemacht werden könne. Auf die Anfrage des Abg. Dr. Sadelum teilt ein Kommissar mit, daß im vorigen Jahre 27 Verurteilungen vorgekommen seien (alle 14 Tage ein Fall! Red. d. Wort.). Abg. Müller-Julda weist nach, daß ein Militärgerichtsschreiber in China ungefähr 10 000 Mark Kosten jährlich verursache. Abg. Gröber weist darauf hin, daß die 27 Fälle denn doch keine Verschärfung für ein Gericht seien. Jeder Fall koste demnach ein paar Tausend Mark. Abg. Müller-Julda meint, nach den Auskünften müsse man eigentlich („eigentlich“?!) Red. d. Wort.) zum Streichen des ganzen Militärjustiz-etats kommen; da das aber nicht zu erreichen sei, so möge man wenigstens — den einen Oberkriegsgerichtsrat durch einen Kriegsgerichtsrat ersetzen. Der Kriegsminister möchte später erwägen, ob die Kompetenz des ostasiatischen Generals herabgesetzt werden könne; wenn die Brigade dort dauernd stationiert bleibe, so sei das ohnehin nötig. Nachdem der Referent für Bewilligung eingetreten war, schließt sich auch der Korreferent an; in Rücksicht darauf zieht Abg. Müller-Julda seinen Antrag zurück. (Alte Centrumstimme! Redaktion des Wortes.) Abg. Müller-Sagan bemerkt, daß ihm berichtet worden sei, die Verschärfung des Oberrichters in Kiautschou sei sehr gering; deshalb sei doch ernsthaft die Uebertragung der gesamten Gerichtsbarkeit nach Kiautschou zu erwägen. — Die Position wird bewilligt!

Beim Titel „Generalkab“ beantragt der Abg. Müller-Julda die Streichung eines Staboffiziers und eines Hauptmanns. General Sixt v. Armin behauptet die Notwendigkeit eines Generalkabes für die Brigade. Abg. Müller-Julda bietet wiederum 50 Proz. Ermäßigung seines Abstrichantrages an. Nach einigen „Aufklärungen“ modifiziert er seinen Antrag so, daß nur der Hauptmann gestrichen werde. So wird beschloffen.

Beim Titel 10 des Kapitels 15, das den Bestand der Truppe feststellt, beantragt der Abg. Müller-Julda erhebliche Abstriche: 4 Majore, 7 Compagniechef, 13 Oberlieutenants. General Sixt v. Armin legt dar, daß die Militärverwaltung auf eine eigne Depotdirektion bestehen bleiben müsse. Eine Verminderung der Staboffiziere sei nicht angängig. 13 Oberlieutenants könnten wegsfallen, wenn dafür Lieutenants eingesetzt würden. Abg. Dr. Baasche meint, es müßte mindestens von den acht Bataillonskommandeuren, die nur vier Bataillone zu kommandieren hätten, einer gestrichen werden; bei 13 Compagnien rund 23 Hauptleute sind aufgehört! Auch dabei seien Ersparnisse zu machen. Die Beratung wird abgebrochen und auf Donnerstag vertagt.

Die Petitionskommission des Reichstags verhandelte in ihrer letzten Sitzung eine Petition betreffend die Einführung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit unter Anschluß der Meister (Vorführer) von dieser Versicherung; sie soll dem Reichsfinanzminister Material überweisen werden. Desgleichen eine andre Petition, welche die Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe betrifft.

Ferner lagen Petitionen vor, welche die Einführung des Befähigungsnachweises für das gesamte Handwerk fordern. Die Kommission beschloß Uebergang zur Tagesordnung.

Derselbe Beschluß wurde gefaßt bezüglich einer Petition, nach der der Befähigungsnachweis für Maschinenisten und Heizer eingeführt werden soll.

Aus Anwesenheitswegen wird petitioniert um Verschlechterung der Gewerbe-Ordnung durch strenge Befragung des Streitpostens und Verhäufung der Strafbestimmungen. Die Kommission beschloß auch hier Uebergang zur Tagesordnung.

Eine Petition des Centralverbandes deutscher Gewerbevereine fordert weiteren Schutz des Koalitionsrechts; Strafbestimmungen für die Verhinderung des Koalitionsrechts und Ausbeutung der Koalitionsfreiheit auch auf die in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter usw. Diese Petition soll nach dem Beschlusse der Kommission dem Reichsfinanzminister zur Erwägung überwiehen werden.

Sechster Verbandstag der Steinseher, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands.

Braunschweig, 23. Februar 1904.

Ueber den vierten Punkt der Tagesordnung: „Pflastersteingehalt und Schiffahrtsgaben in ihrer Bedeutung für das Steinsehergewerbe“ referierte Knoll-Berlin. Er empfiehlt die Annahme folgender Resolution:

Der am 21. Februar 1904 und folgende Tage in Braunschweig tagende VI. Verbandstag des Verbandes der Steinseher, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands

frei von jeder parteipolitischen Stellungnahme, unbefehligt von jeder handelspolitischen Doktrin, lediglich vom Standpunkte als Produzenten ausgehend, im Interesse der Erhaltung des Steinsehergewerbes als eines Zweiges der gesamten deutschen Produktion und der in demselben beschäftigten Arbeiterschaft, zugleich in Uebereinstimmung mit Vorgesern und Leitern zahlreicher größter deutscher Steinbruch- und Straßenbau-Unternehmungen und größten deutschen Kommunalverwaltungen, erklärt:

Der im deutschen Zolltarif festgesetzte Zoll auf ausländische, factwärts eingehende Pflastersteine ist in seiner Wirkung ein reiner Prohibitivzoll schärfster Art. Die Wirkung desselben ist gleichbedeutend mit dem völligen Ausschluß ausländischer Pflastersteine-materials. Ein dreidarbiger Ertrag desselben ist infolge der hohen Transportkosten für deutsches Steinmaterial aber ausgeschlossen, die infolge des Zolles eintretende Verteuerung auch des inländischen Pflastersteine-materials ist daher gleichbedeutend mit einer Steigerung der Herstellungskosten für Pflasterarbeiten um 15 bis 20 Proz. und darüber hinaus, eine Verteuerung, die unschbar und unmittelbar die Verdrängung des Steinpflasters durch andre Pflasterarten, namentlich Asphalt, im Gefolge haben muß. Eine derartige Umwälzung in der Straßenbautechnik unter gleichzeitiger vollständiger Lahmlegung eines Produktionszweiges herbeizuführen kann aber nicht Aufgabe und Zweck einer sich national nennenden Handelspolitik sein.

Durch diese Umwälzung aber, wie auch weiter durch die Repressivmaßnahmen des Auslandes ist eine Ausbeutung des Absatzgebietes der deutschen Stein-Industrie ausgeschlossen, wie es von den Vertretern des Pflastersteingehaltes auch ausdrücklich ausgesprochen ist, daß es sich für sie dabei nicht sowohl um eine Ausbeutung des Absatzes als darum handelt, selbst bei geringerem Absatz höhere Preise zu erzielen — ein Verlangen, das durch irgend eine Notlage der deutschen Steinbruch-Industrie in Wahrheit nicht begründet werden kann.

Aus allen diesen Erwägungen ergibt sich, daß der Pflastersteingehalt in Deutschland — außer einer Handvoll Interessenten — niemandem Nutzen, dagegen aber vielen Tausenden von Arbeitern des deutschen Steinsehergewerbes und der deutschen Stein-Industrie, zugleich auch den zahlreichen Kleinmeistern des Steinsehergewerbes, schwersten, unerblickbaren Schaden bringen muß. Den wirklichen Nutzen von dem Pflastersteingehalt hätten nur die im Auslande mit ausländischem Kapital betriebenen Asphaltgruben und Straßenbau-Unternehmungen.

Die gleiche Wirkung auf das Steinsehergewerbe, wie der Pflastersteingehalt, hätte auch die Einführung von Schiffahrtsgaben auf natürlichen Wasserstraßen. Gemeinam mit dem das deutsche Steinsehergewerbe nahezu völlig lahmlegenden Pflastersteingehalt würden solche Abgaben dasselbe vollends ruinieren.

Der VI. Verbandstag des Verbandes der Steinseher, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands, als die berufene Vertretung der Arbeiterschaft des deutschen Steinsehergewerbes, erwartet daher von dem gesetzgebenden Körperschaften des Deutschen Reiches, daß dieselben beim Abschluß von Handelsverträgen auf die Interessen des deutschen Steinsehergewerbes Rücksicht nehmen; insbesondere erklärt der Verbandstag, daß nicht nur der vorgelegene, sondern — bei dem relativ geringen Wert und der Schwere des in Betracht kommenden Materials — überhaupt jeder Zoll auf Pflastersteine von prohibitiver Wirkung ist und deshalb die dem Steinsehergewerbe drohende dringende Gefahr nicht durch eine Ermäßigung, sondern nur durch völligen Wegfall des Zolles beseitigt werden kann.

Der Verbandstag ermächtigt den Centralvorstand, alle in der Sache nötigen Schritte zu unternehmen.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Zu den Positionen 5 und 6 der Tagesordnung wurden, nachdem sie von Knoll begründet waren, eine Anzahl von Leitungen beschloffen, von denen wir die wichtigsten hier wiedergeben wollen:

Der Verband der Steinseher, Pflasterer und Berufsgenossen erklärt sich nach wie vor zum Abschluß eines Tarifvertrages auf paritätischer Grundlage bereit. Derselbe ist zum Abschluß eines derartigen Vertrages namens der Arbeiterschaft berechtigt, da demselben zur Zeit ca. 50 Prozent der Arbeiter des Steinsehergewerbes (Steinseher und Hammer) angehören.

Solange ein allgemeiner Tarif nicht zu erreichen ist, sind möglichst lokale Tarifverträge anzustreben. Dieselben gelten als Zwischenstufen zur Erreichung der unter 2 aufgestellten Grundforderung und sind deshalb möglichst kurzfristig abzuschließen.

Bei den Lohn- und Lohnstarifbewegungen der nächsten drei Jahre sind — unter Zugrundelegung der zum großen Teile schon jetzt anerkannten Lohn- und Arbeitsverhältnisse — folgende Forderungen zu stellen:

1. für Großstädte (über 100 000 Einwohner, einschl. Vororte), Mindest-Stundenlohn für Steinseher 75 Pf., für Hammer 60 Pf.;
2. für Orte von 50 000—100 000 Einwohner (einschl. Vororte), Mi.-Leit.-Stundenlohn für Steinseher 70 Pf., für Hammer 55 Pf.;
3. für Orte von 20 000—50 000 Einwohner Mindest-Stundenlohn für Steinseher 65 Pf., für Hammer 50 Pf.;
4. für Orte mit unter 20 000 Einwohner Mindest-Stundenlohn für Steinseher 60 Pf., für Hammer 45 Pf.

Die Dauer der täglichen Arbeitszeit soll nicht mehr als neun Stunden betragen.

Ueberlandarbeit soll entsprechend den den Arbeitern durch dieselbe erwachsenen erhöhten Ausgaben höher bezahlt werden. Dem Umfassen der Ueberzeitarbeit ist durch möglichst hoch bemessene Zuschläge prohibitiv entgegen zu wirken.

Die Lohnsätze sub 1—4 und Arbeitszeit können stufenweise zur Durchführung gelangen.

Zur Sicherung der bestehenden Tarifverträge und weiteren Ausdehnung derselben haben Centralvorstand (durch Herausgabe einer diesbezüglichen Denkschrift) und lokale Verwaltungen fortgesetzt auf die in Betracht kommenden Behörden dahin einzuwirken, daß öffentliche Straßenbauarbeiten nur an solche Unternehmer vergeben werden, welche den Nachweis führen können, daß sie die bestehenden Lohnstarifverträge anerkennen. Wo es thunlich ist, kann dieses Einwirken auf die Behörden auch zugleich oder gemeinsam mit dem Unternehmer geschehen.

Unter Punkt 7. „Wie betreiben wir unsere Agitation“, begründet der Vorsitzende, Genosse Knoll, einen vom Centralvorstand gestellten Antrag, einen dritten besoldeten Beamten als Gauleiter für Rheinland und Westfalen anzustellen. Der Antrag ruft eine sehr lebhaft Debatte hervor, die die Sitzung am Nachmittag vollständig ausfüllt und mit der Annahme des Antrages endet. Außerdem wird auf Antrag Knoll beschloffen, den Filialen, die aus eignen Mitteln einen Beamten anstellen wollen, die Kosten für Agitation aus der Centralkasse zu bezahlen. Als dritter besoldeter Beamter wird der Hauptkassierer angestellt.

Marktpreise von Berlin am 23. Februar 1904

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

	18.10	17.08	18.10	17.08
*Weizen, gut D.-Gr.	18,10	17,08	Stroh, neue D.-Gr.	7,00
mittel	18,02	17,08	Weiden, Reule 1 kg	1,80
gering	17,94	17,00	do. Rauh	1,40
*Roggen, gut	13,80	13,76	Schweinefleisch	1,60
mittel	13,72	13,68	Kalbfleisch	1,80
gering	13,64	13,60	Dammelfleisch	1,80
†Gerste, gut	14,10	13,20	Butter	2,60
mittel	13,10	13,20	Eier	60 Stüd
gering	12,10	11,20	Karpfen	1 kg
†Hafer, gut	15,50	14,60	Hale	3,00
mittel	14,50	13,60	Hammer	3,00
gering	13,50	12,70	Nichte	2,40
Nichtstroh	4,00	3,50	Barfische	1,80
Heu	7,40	4,90	Schleie	3,00
Erbsen	40,00	28,00	Niele	1,40
Speisebohnen	50,00	26,00	Kreble	1,40
Linien	60,00	25,00	Kreble per Schock	15,00

* ab Bahn.

† frei Wagen und ab Bahn.

Briefkasten der Redaktion.

Schneider. 1. Der Ort heißt Scranton, Hauptstadt des County Lackawanna in Nordamerika, Staat Pennsylvania, liegt 210 Kilometer von New York. 2. Suchen Sie das beste amerikanische Konsulat auf, um Ihre Briefadresse festzustellen. Englisch schreiben. 3. Die Porto- und Rückportofrage regeln Sie auf dem Postamt. — **Wanne 1.** (G. A.) Leider ist Ihre Fragestellung falsch. Wahrscheinlich meinen Sie, daß die eine Biege-Isale um 20 Gramm zu viel wiegt, so daß an Ware nicht 500, sondern nur 480 Gramm abgemogen werden. — **W. G.** (1912) 1. Machen Sie vier kleine Verläufe mit Lauge und Sodawasser, im Restfall mit grüner Asche. 2. Davon kann nicht die Rede sein, dazu hat der Staat weder die Macht noch irgend ein Recht. — **Wismutfrage.** Für das größere Publikum geöffnet, sobald das Parlament keine Sitzungen mehr abhält. Während der Sitzungen erhalten Sie ebenfalls Einlaß, auch Karten. Näheres durch die Posterei. — **S. 2.** 1. Ein solches Mittel ist uns leider nicht bekannt. — **W. B. 56.** Auskunft können Sie erhalten zwischen 11 und 1 Uhr auf der Redaktion. — **C. J. 30.** 1. bis 3. Schreiben Sie sich an einen zuverlässigen Bogelhändler bezüg. an einen Tierarzt. — **H. C.** Ohne jede nähere Kenntnis der Person läßt sich das nicht sagen. Bleibst orientieren Sie sich selbst im Adreßbuch. (II. Bd. 2. Teil Seite 134—139). — **H. G. 100.** Auskunft erhalten Sie durch Herrn Eugen Simonowski, Hochstr. 46. — **H. M. 100.** Wohlmal: Nicht Kürassiere, sondern Oularen. — **Kalender.** Der julianische Kalender blieb hinter dem gregorianischen seit 1700 um 11, seit 1800 um 12, seit 1900 um 13 Tage zurück, die sich in entsprechender Zeit auf 14 Tage vermehren werden. — **H. N. Rein.** — **Edi.** Ja. — **W. C.** 1. Rein. 2. Rein. — **H. 1.** Ja. 2. Ja. — **H. 1.** Rein. 2. Ja. — **Bibel.** Am guten Tage sei guter Dinge, und den Bösen nimm auch für gut. (Pred. Salomo 7, 15). — **H. W.** Hans Leuz: Aus dem Buchhause. Zu beziehen durch Buchhandlung Bormarts. — **G. 1874.** Vermerkt: Die Accorarbeit in Deutschland. Leipzig, Dunder u. Humblot. Das ist ein neues Specialwerk. Sonst über Arbeitslohn Marx, Kapital, erster und dritter Band, wie auch verschiedene größere nationalökonomische Werke. Specielle Formen behandelt auch B. Böhmert, Gemünderbeitung. — **Pöfen.** Handelschule und kaufmännische Fortbildungsanstalt für Mädchen, im Hause der Sophienchule, Weinmeisterstraße. — **W. 2.** 36. Heilmittel für Mädchen, am Bahnhofstraße, Eingang von der Spanbauer Brücke. — **W. 2.** 333. Fleischhauer haben einen Ausbildungskursus durchzumachen und eine Prüfung abzulegen. Für Berlin Werbung beim Kuratorium des Schlachthofes, Eidenstraße, das auch die Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse mitteilt. Ausgabe und Firma ist unbekannt. Sie können aber die angegebenen Werke in braunschweigischen Ausgaben für 34,55 Mark von unserer Particularbuchhandlung, Buchhandlung Bormarts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, erhalten.

Juristische Cell.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt: 7 Uhr.

Pantolo. 1. u. 2. Rein. — **Pantolo 100.** Ja. 2. Rein. 3. Wenn exekutiert wird, entstehen unnütze Rechtskosten. — **H. 100.** 1. Zuzahl. 2. Die Ehefrau kann, falls sie Pflasterin ist, ohne weiteres, sonst auf Grund

einer Vollmacht des Pflegers klagte. Es dürfte sich empfehlen, den Pfleger klagend zu lassen, damit die Ehefrau als Jungfrau vernommen werden kann. — **G. 101.** Die Verletzung entspricht dem Gesetz. Zahlen Sie also zur Vermeidung unnötiger Kosten. — **G. 102.** Am 2. April. — **N. 100.** Sie hoffen nicht für die Schulden Ihres Mannes. Sollten Ihre Sachen gepfändet werden, so können Sie mit Erfolg Interdiktionsklage erheben. — **P. 9. 31.** 1. und 2. Ja. 3. Eine solche ist und nicht bekannt.

— **Z. 10. 6.** Die Witwe soll schleunigst bei der Berufsgenossenschaft beantragen, die Witwen- und Kinderrente und noch einen Vorzuschlag für zu zahlen. Erhält sie dann innerhalb 14 Tagen keinen Bescheid, so ist zu einer Beschwerde an das Reichs-Versicherungsamt zu raten. — **M. 1. 21.** Der Gläubiger und sein Anwalt sind im Recht. — **G. 1. 37.** Die Reichs-Stempelsteuer wird für das Kalenderjahr berechnet. Da Sie zum 1. April gleichen, müssen Sie für die Zeit vom 1./1. bis 1./4. 50 Pf. zahlen.

— **J. 2. 28.** Pensionsberechtigung läge nicht vor. — **Z. 1000.** Reim. — **M. 2. 100.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Das, was in die Ehe eingebracht ist, ist zurückzugeben. — **N. 1. 1.** Dreifachste. Leider ja. — **N. 3. 37.** Ja. — **G. 1.** Sie könnten um Ziviloberbegründung einkommen. 2. Wenn Sie großjährig (21 Jahre alt) sind, ja. — **P. 9.** Die Ehefrau möchte sich auf dem Einwohner-Meldesamt erkundigen. — **Hirsdorf 99.** Senden Sie sich schleunigst an die dortige Gewerkschafts-Kommission.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 25. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Königl. Opern-Theater.
Geflohen.
Schauspielhaus. Hüh von Ver-
schlingen mit der eisernten Hand.
(Anf. 7 Uhr.)
Deutsches. Der einsame Weg.
Verliner. Balletant.
Verflug. Kapellmeister.
Wesien. Der Tempel und die Mädn.
Neues. Schwester Beatrix. Vorher:
Der Schlachtenker.
Residenz. Der feinsche Casimir. Vor-
her: Die Empfehlung.
Central. Das Schwalbennest.
Velle Alliance. Götterweiber.
Thalia. Der Hochtourist.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die Kinder der Exzellenz.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.)
König Lear.
Kleines. Nachtasyl.
Wesien. Eine leichte Person.
Trionon. Madame X.
Karl Weiss. Zwei Frauen.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n
großen Teich.
Gebr. Herrnsfeld. Nur eine Nacht.
Casino. Cirkusfee.
Winter-Garten. Cléo de Mérode.
Specialitäten.
Apollo. Frühlingsluft. Blüten-
hochzeit. Specialitäten.
Metropol. Durchlaucht Radieschen.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Vossage-Theater. Lo Lo. Fred
Edlami. Specialitäten. Anf. 5 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr: Der Erdball als Träger
des Lebens.
Invalidentheater 57/62. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Der Erdball als Träger des Lebens.
Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Ein Naturwunder:
Die bildschönen
Herkules-Brüder
Der Indianer-Riese
Hianko Karoo.

Apollo-Theater.

Abends 8 Uhr:
Frühlingsluft
mit dem Blütenhochzeit.
9 1/2—11 Uhr:
Die erstklassigen Specialitäten.
Robert Steidl mit neuen
Schlagern.
Cronin. X. Joscarys. X. Legays.
Drei Zagas. X. Messlers Kosmograph.
?? Nordini ???
der Mann mit den Wundermuskeln.
Original-Trick: Befreiung aus der
Zwangsjacke.
Sonntag, den 28. Febr., nachm. 3 Uhr:
Ermäßigte Preise: **Lysistrata**
und Specialitäten mit Nordini.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Extra-Elite-Vorstellung:
Lenore oder: Die Grabesbraut.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: Familienball.
Casino-Theater.
Lothringerg. 37. Anf. 8, Sonnt. 7 1/2.
Die heimliche Operette.
9 1/2 Die Cirkusfee.
Vorh.: Das glanz. Februarprogramm.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Wie einst
im Mai.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a—5.
Schwester Beatrix.
Vorher: Der Schlachtenker.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Minna von Barnholm.

Central-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Schwalbennest.
Operette in 3 Akten v. H. Ordonneau.
Musik von Henry Hertz.
Sonntagnachm. 4 Uhr halbe Preise:
Kindervorstellung. Jeder Erwachsene
ein Kind mit Extraplatz frei.
Der gekiehlte Kater.
Abends: Das Schwalbennest.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Eine leichte Person.
Freitag: Benefiz! Billi Krugmünder
zum erstenmal: „Uziel Acosta“.
Sonntagnachm.: Aran.
Sonntagnachmittags: Die goldene
Eva. — Abends: Uziel Acosta.
Montag: Eine leichte Person.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Heute: Köpnickstr. 67.
Zum Ende 10 Uhr 30 Min.
183. GASTSPIEL
Ad. Philipp.
Ueberr grossen
TEICH.
Male:

Residenz-Theater

Direktion G. Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.
Abends 8 Uhr:
Der keusche Casimir.
Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Donnerstag, den 25. Februar:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Lenore
oder: **Die Grabesbraut.**
Baterländisches Schauspiel in 4 Akten
von G. von Helld.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Sanssouci.
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanzkünstler.
Dienstags:
Theaterabend.
Vorzugskarten gültig.

Kathreiners Malzkaffee

ist der beste und nützlichste Hausfreund, der
in unzähligen Familien gern gesehen und hoch
geschätzt ist.

Passage-Theater.

Anfang Sonnt. 3, Wochentags 5 Uhr.
Anfang 6. Abendvorstellung 8 Uhr.
To To
der mysteriöse Zitherspieler.
Fred Edlami
der beste Verwandlungs-
künstler.
Sonntagnachm., den 27. Februar:
Gr. Artisten- und Künstler-Ballett.
„Nach dem Zapfenstreich.“
Eintritt 5, reservierte Terrasse
10 M. Billots bei A. Wert-
heim, Invalidendank, Künstler-
dank und Passage-Theater.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Abends 8 Uhr:
Zwei Frauen.
Schauspiel in 5 Akten von Elsbeth
Borchart.
Morgen: Zwei Frauen. — Sonn-
abendnachm. 4 Uhr: Frau Holle. —
Sonntagnachm.: Der Liebe Gehot.

Trionon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich-
und Universitätsstraße.
Madame X.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachmittags: „Biscotte.“
Gebrüder

Herrnsfeld-Theater.

Sonntags
8 Uhr.
Die anerkannt erfolgreichste Novität
Nur eine Nacht!
2 Akte aus einer Ehe.
Komödie von A. und D. Herrnsfeld
mit den Hauptfiguren
Willy Waldheim... Donat Herrnsfeld.
Tuschek... Anton Herrnsfeld.
Dambitsch... Ferd. Grünecker.
Jerner: Das neue Februar-
Künstler-Programm.
Lyrico-Quartett, Italienisches Opern-
Ensemble, 5 Schwestern Longonelli
in ihren Orig.-Gesängen u. Tänzen.
Marka Freya. — Hilda Stadthagen.

Bendix

als „Monna Vanna“.
Vorverkauf 11—2 Uhr.

WINTERGARTEN

Die letzten
Vorstellungen
von
Cléo de Mérode,
Costantino Bernardi
und das
ausgezeichnete Februar-Programm.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Lustspiel in 4 Aufzügen
von G. v. Holzogen u. H. Schumann.
Freitagabend 8 Uhr:
Die Wildente.
Sonntagnachm. 4 Uhr:
Die Wildente.
Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Anf. IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Joan Kren
zum 177. Male:
Der Hochtourist.
Guido Thielscher in der Titelrolle.
Morgen u. folg. Tage: Der Hochtourist.
Sonntagnachmittags: Charleys Tante.

Belle-Alliance-Theater.

Belle-Alliancestr. 7/8. Anf. VI 283.
und Alfred Schönfeld. Anf. 7 1/2 Uhr.
Täglich:
Götterweiber.
Kassiert. Pöffe mit Gesang und Tanz.
Sonntagnachm. 3 Uhr, keine Preise:
Hofganz.

Cirkus Schumann.

Heute Donnerstag, den 25. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Gala-Fest-Vorstellung:
Anlässlich zum 200. Male:
Aufstellen des berühmten Löwenbändigers
Herrn J. Seeth mit seinen 25 männlichen Löwen in
seinem Director **Albert Schumanns** hervorragenden Dressuren.
Das phänomenale Programm.
Babel. Grösste Ausstattungs-Pantomime
der Gegenwart.

Palast-Theater

Burgstraße 22, früher Feen-Palast.
Heute und folgende Tage 8 1/2 Uhr:
Goldener Boden.
Pöffe mit Gesang in 4 Akten von Elg
und Gerol. Ruhl von Fr. Brandt.
Vorher Konzert
und im Specialitäten:
Los Raffabis, Duo-Variationsmalier.
Lilli Erlston, Gesangs- und Tanz-
Soubrette.
Mr. C. Jørgenson, Mimiker. Die
Familie Humbert.
O. C. Shields, Excentrique-Kongleur.
Grete Walter, Antern, Liebeslärgerin.
Eignora Ernesto mit ihrem mysteriösen
Gleasanten.
Freitag, den 26. Februar, abends
8 Uhr: **Kabale und Liebe.** Trauer-
spiel von Fr. v. Schiller. Hervor-
ragende Gäste, halbe Kassenpreise.

Neue Welt

Hasenheide 108/114.
(Arnold Scholz.)
Jeden Donnerstag:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
20 000 Mark Belohnung.
Pöffe in 4 Akten von Treptow.
Nach der Vorstellung:
Familienkränzchen.
Tanz fest.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugskarten hab. Gültigkeit.

IX. Berliner Saison.
Cirkus Busch.
Nur noch wenige Tage!
Wunderdressur
des Mr. Richard Sawada mit seinen
wilden Königstigern.
Die berühmten 16 Hengste des
Direktor Busch.
Der Burkhardt-Föllit auf „Reabo-
litano Soja“, echt Pflanzenerhengst
von Neapolitaner Trompete a. d.
Soja u. Pluto.
Rita de Holstein auf ihrem be-
rühmten Springpferd „Wilson“.
Wiener Damenkapelle
Grösster Lacherfolg!
höchst komisches Intermezzo von
familiären Clowns.
Zum 64. Male:
Aus den Alpen.
Bemerkenswert:
Der Automobilsturz.

Soweit Vorrat reicht:
**Inventur-
Ausnahmepreis!**
**Reichgestickte
abge-
passte Portieren**
Die komplette Dekoration
(bestehend aus 2 Flügeln und
1 Querbehäng)
in **Pflisch** . . . 9⁹⁵ (Wert
16.00)
in **Wollserge** 8²⁵ (Wert
10.50)
in **Victoriatuch** . 8²⁵ (Wert
13.50)
Eine Partie **Woll-
portieren**, 3 Meter lang, mit
allerbeste Blumenkante per
Shawl 8 Mk. 4235L*

Teppich-Special-Haus
Emil Lefèvre,
Berlin Oranienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme.
Inventur-Extraliste gratis
u. Katalog mit ca. 1000 und
Illustrationen franco.

Steidl-Theater

Linien-
strasse 132
Oranien-
burger Thor.
Gänzlich neues Programm.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. (Vorvert. 40 Pf.)

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Elektra.**

Königstadt-Kasino

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Täglich:
Franz Sobanski.
Neu! **The Byrons.** Film u. Flumm,
Eugen Nighon.
Die Februar-Specialitäten.
Neu! **Der Ehrenpokal.** Neu!
Nach der Vorstellung: **Wittwachs.**
Sonntags u. Sonntags: **Tanz.**

Unserm Genossen
August Dirke
am heutigen Tage die besten Wünsche!
Die Genossen vom 458. u. 466. Bezirk.

Am Dienstag, den 23. Februar,
verstarb nach kurzem, schwerem
Leiden an Herzlähmung unsere
unvergessliche Tochter
Mariha Ludwig
im 30. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, 25. Februar, nachm. 4 Uhr,
vom Leichenhaus Rüttenstr. 12
aus nach dem Friedhof Kirchhof
in Kiedrichshäusern statt.
Um stille Teilnahme bitten
20636 Familie Ludwig.

Englisch. Unterricht

im und außer dem Hause
(Einzeln oder im Circle) erteilt 28112*
G. Swienty geb. Liebknecht,
Schöneberg, Sedanstraße 57, III

EUREKA

ist und bleibt
die Krone aller
WASCHMITTEL!

II. Arbeiter-Sportfest.

Delegierten-Versammlung morgen Freitag, 26. Februar,
abends 7 1/2 Uhr, bei Morkowky, Andreasstr. 26.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonntag, den 28. Februar, vormittags 10 Uhr, in der „Neuen Welt“,
Hasenheide 108/114:

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wahl der Delegierten zum Verbandstage. 2. Stellungnahme zum
Verbandstage (Statutenänderungen, Anträge). 3. Verbandangelegenheiten.
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch. 79/16
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Fliesenleger-Hilfsarbeiter!

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.
Donnerstag, den 25. Februar 1904, abends 7 1/2 Uhr:
Gruppen-Versammlung der Fliesenleger-Hilfsarbeiter
in den Industrie-Gefässen, Beuthstr. 19/20.
Tages-Ordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern und unsere
Stellungnahme zu demselben. 2. Unser weiteres Vorgehen bei den gesperrten
Firmen. 3. Verbandangelegenheiten.
Gesperrt sind die Firmen N. Rosenfeld & Co., E. Ende und Villeroy & Boch.
Die Firma G. Biolski & Co. hat bewilligt, so daß sie nicht mehr zu den
Gesperrten zählt.
Das Erscheinen aller Fliesenleger-Hilfsarbeiter ist erforderlich.
32/16 Die Ortsverwaltung. J. H. R. Seibemann.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Gastspiel der Freien Vereinigung
für Litteratur und Kunst.
Adrienne Lecouvreur.
Drama in 5 Akten.
Nach der Vorstellung: **Freitanz.**
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Gutgeschnittene Bau- stellen in herrlicher Lage, im Wald u. an felsreichen Teichen, an königl. Forst grenzend, Vorort- verkehr nahe Bahnhöfen, billig zu verkaufen. Käufer erhalten **Baugeld u. Hypothek.** Offerten unter G. B. 364 an Rudolf Mossé, Berlin, Leipzigerstr. 103.

Masken-Garderobe

von 39212*
Carl Ernst,
Königsstr. 126, 1. Et.
Grösste Auswahl!
Billigste Preise!
Vorzug dieser Annonce
erhält 10% Preisermäßigung.

Mehrere gut möblierte Zimmer

sind sofort zu vermieten Schönberg,
Götterweiberstr. 21 II rechts.

Zu vermieten

ist eine Wohnung von 4 Zimmern,
Küche, Bad, Schönberg, Götter-
weiberstr. 21 II rechts.

Vergnügen und Gesundheit.

Von Amélie Duplessis.

(Nachdruck verboten.)
Die am Pfingstmontag begonnene Fastenzeit der katholischen Kirche ist zwar in Berlin nicht so merkwürdig, wie in katholischen Gegenden, doch auch bei uns werden nun offizielle Festlichkeiten seltener, und man beschränkt sich mehr auf Diners und Soupers, welche letztere nicht in die Nacht hinein verlängern.
Bei solchen Vergnügungen wird der Körper nicht nur durch vermehrte Nachtruhe angegriffen, sondern leidet fast noch mehr durch die unermessliche Niederladung des Magens.
Als ein vorzüglich ausgleichendes Gesundheitsverfahren für die bei so vielem Vergnügen nur zu leicht geschädigte Gesundheit dient die Fastenzeit, während der nicht ein wirtliches Fasten, sondern nur das Enthalten des Fleisches geboten ist.
Papst Gregor der Große bestimmte im Jahre 598 den Pfingstmontag als den Anfang des 40tägigen Fastens, welches in erster Linie sich überständlich als eine Vorbereitung für das heilige Osterfest gilt. Die letzten Wochen vor dem Fasten nennt man Carnaval (italienisch carno Fleisch, vale lebwohl) während dessen man sich durch lärmende Festlichkeiten für die Entbehrungen der folgenden Fastenzeit gewissermaßen entschuldigen will. Die Bezeichnung carnavales erklärt also deutlich, daß es sich um ein Fest handelt, während der kommenden 40 Tage kein Fleisch zu essen. Das ist in diätetischer Hinsicht sehr praktisch, denn das Fleisch ist zwar nahrhaft, aber auch schwer verdaulich. Hat man nun bei den Winterfestlichkeiten noch mehr Fleisch als sonst gegessen, so ist es sehr weise, sich dessen für einige Zeit ganz zu enthalten und es durch leichter verdaulichere Nahrungsmittel zu ersetzen. Das paßt für alle Menschen, ohne Unterschied der Konfession. Der beste Ersatz für das Fleisch sind die Fische, welche

demgemäß in katholischen Ländern während der Fastenzeit sehr beliebt sind.
In Berlin werden Fische, trotzdem es ein Fischgericht war, verhältnismäßig wenig gegessen, besonders im Winter wegen der dann hohen Preise; darum kommen sie auch bis vor kurzem während der Fastenzeit selbst für gut katholische Familien seltener in Frage. Das ist aber anders geworden, seit wir in Berlin täglich frische und sehr billige Seefische haben können durch den Massenimport der Deutschen Dampfschiff-Gesellschaft „Nordsee“ in Norddeutsche.
Diese Firma hält in ihrem großartigen Stabliement am Bahnhof Borsig (Bogen 8/10) eine imposante Auswahl aller Arten Seefische zu erstaunlich billigen Preisen: so kostet z. B. der besonders nahrhafte Schellfisch und Kabsja pro Pfund nur 30 bis 30 Pfennige. Alle andern Seefische entsprechend ebenfalls billig, darunter auch verschiedene erst neuerdings in entfernteren Fischgründen gefundene, hier noch weniger bekannte Arten, wie Aderslachs, Seelachs, Blausch, Sonnenfisch etc.
Eine solche Reichhaltigkeit der Auswahl ist nur möglich bei einem so ausgedehnten Betriebe, wie ihn die Gesellschaft „Nordsee“ unterhält, welche als größte Hochseefischer Deutschlands über eine Flotte von 32 eignen Fischdampfern verfügt, die ihr täglich eine enorme Menge von Seefischen herbeibringen.
Alle Seefische haben nach wissenschaftlicher Feststellung hohen Nährwert, und enthalten besonders von den in der neueren Diätetik immer mehr zur Geltung gelangenden Nährstoffen mehr als das Fleisch, denn sie auch ein Eiweißgehalt nicht nachstehen. Einzelne Arten, wie z. B. der Stöckfisch (getrockneter Schellfisch oder Kabsja) übersteigen sogar an Proteingehalt fast alle andern menschlichen Nahrungsmittel.
Das die Seefische ferner als Vollnahrungsmittel empfiehlt, das ist ihre leichte Verdaulichkeit,

deren Wichtigkeit für das körperliche Wohlbefinden noch zu wenig beachtet wird. Ganz abgesehen von religiösen Bedenken, sollte man darum auch bei uns aus hygienischen Gründen dem Ragen hin und wieder eine Schonzeit gönnen, das heißt ihm weniger Fleisch und dafür lieber die leichter verdaulichen Seefische zuzuführen, welche außerdem noch den Vorzug der Billigkeit haben.
Für Kliniken, Krankenhäuser und Hospitäler liefert die Gesellschaft „Nordsee“ schon lange ihre Seefische als kräftigende Krankenkost und andererseits für gesunde, kräftige Männer, das sind die Soldaten, liefert sie an die verschiedensten Truppenteile des Gardecorps und des dritten Armee-corps, welche schon lange die Seefischspeisung der Mannschaften in bestimmten Zeitabschnitten eingeführt haben.
Einer interessanten Truppenspeisung mit Seefischen konnte auch das Publikum am 8. Februar in der Kochkunst-Ausstellung beimöhen, bei welcher Gelegenheit circa 800 Pfund von der Gesellschaft „Nordsee“ gelieferten Kabsja mit frischstem Belegen von den Soldaten verzehrt wurden.
In der Kochkunst-Ausstellung hatte die Gesellschaft außerdem in einem sehr geschmackvollen Arrangement allerlei Seefische zur Schau gestellt, wofür sie auch mit dem großen Preise des Gastwirtsverbandes prämiert wurde. Die im allgemeinen nur Exotik und Delikatessen kennenden Berliner, welche schon immer, wenn sie gelegentlich einen großen Abendessen geben, waren überrascht von den wunderlichen Formen und mächtigen Dimensionen mancher Seefische. Man sah dort z. B. Seelachs von fast 3 Meter Länge und 60 Centimeter Dicke, ferner See-Blasen, Aderslachs und andre Kuriositäten aus dem Weltreiche.
Es ist das unbestreitbare Verdienst der Fischerei-Gesellschaft „Nordsee“, solche früher hier unbekanntem Seefische nicht nur zur Ansicht zu bringen, sondern

auch den Bewohnern des Binnenlandes als Nahrungsmittel nutzbar zu machen, wodurch unbedingt vielen tausend Familien eine schmackhafte, nahrhafte Kost geboten wird, deren Billigkeit bei den jetzigen hohen Fleischpreisen um so mehr von Bedeutung ist.
Nur ihrem Hauptgeschäft am Bahnhof Borsig hält die deutsche Dampfschiff-Gesellschaft „Nordsee“ noch zwei Verkaufsstellen in Berlin und zwar Prinzenstr. 30 (Ecke Ritterstraße) und Radfahrer 22 (im Schleifengarten Bahnhof), und wird, wie seitigen Besuchen entsprechend, in nächster Zeit noch einige Niederlagen eröffnen. Interessanten erhalten kostenfrei ein Kochbuch mit 105 Anleitungen für die Zubereitung von Seefischen und allerlei daraus herzustellenden schmackhaften Gerichten.
Als solche empfiehlt sich auch für Frühstück, kalt Bistrot und Abendbrot die von der genannten Firma gleichfalls sehr billig gelieferten, gedünsterten und marinierten Seefische sowie Fisch-Konzerpen, z. B. Fisch-Cotelette, beiläufiger Drahtschiff, Kal und Forellen in Aspik etc. etc.
Nicht nur bei festlichen Gelegenheiten soll man also zur Verköstigung des Kenners Seefische als Delikatessen-Büchergang einhalten, sondern sie dienen auch für den familiären Tisch mindestens zweimal wöchentlich statt des Fleisches zu verwenden, womit in diätetischer Beziehung der Entlassung von Magen- und Darmleiden vorgebeugt wird, wenn solche bereits vorhanden sind, ihre Besserung gefördert wird.
Besonders jetzt, während der noch anhaltenden Kältezeit von Diners und Soupers, bei welchen dem Magen schweres zuzumuten wird, wähle man für die tägliche Kost als Ausgleich leicht verdauliche Nahrungsmittel, wie die Seefische, damit durch das Vergnügen die Gesundheit nicht leidet.

WAS IST EUREKA?

Antwort siehe Rückseite!

Germania-Pracht-Säle

Chausseest. 103. Arnold Scholz. Chausseest. 103.

Jeden Donnerstag:
Grosses Militär-Konzert.
Nach dem Konzert:
Familien-Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Das beste Husten-Mittel

find die oftbesährten, echten **Spilwegerichsft-Bonbons**, vorzüglich im Geschmack, sicher in der Wirkung und billig im Gebrauch, nur allein echt zu haben bei **Gustav Behm, Frankfurter Allee 120; Rixdorf, Hermannstraße 16.**

300 Stück Teppiche und Vorlagen,

darunter hervorragend schöne Exemplare in allen Grössen, bis 5 Meter lang, kommen zu fabelhaft billigen Preisen zum schleunigen Verkauf im

Teppichhaus

28 J. Senft 28

Königstrasse

Adolf Letzel

Kommandantenstr. 14, Laden,
sind wieder die schönsten und billigsten

Masken - Kostime

Vorzüger dieser Annonce 15 Proz. extra.

Koffjäger-Palast

Hasenheide Felsenkeller Hasenheide
52-53. Heute sowie täglich:
Grosser Bockbier - Rummel
bei freiem Entree. 42982
Sonntags: GR. BALL.

Berliner Löwe 1 Mk. 11 St. = 10 Mk. empfiehlt

WUK Bouillon-Kapsel

Einzig in Qualität und Wohlgeschmack. Nur heisses Wasser aufgießen! Das billigste und vollkommene Präparat. Eine Tasse feinste Kraft-Bouillon kostet nur **5 Pfennige**. Jede WUK-Kapsel soll ein Pionier des vorzüglichen WUK-Kraft-Extrakte in Töpfen (1/2 Pfund 65 Pfg.) und Flaschen (für 15 Portionen 50 Pfg.) sein und wird deshalb so billig abgegeben. Man verlange ausdrücklich **WUK-Bouillon-Kapseln**.

Überall erhältlich.
General-Depot für Berlin und Vororte: Berlin N., Fennstr. 43. Fernspr. II, 1235.

Ortskrankenkasse der Gastwirte und verw. Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung.
Das vom Bezirksausschuss unterm 26. Januar cr. genehmigte revidierte Statuten, welches auf Grund der Abänderungen zum Krankenversicherungsgesetz mit dem 1. Januar 1904 an die Stelle des bisherigen Statuten zur Einführung gelangt ist, enthält unter den bereits in unter Bekanntmachung vom 11. Januar cr. mitgeteilten Veränderungen der Statuten-Einleitung und durchschnittlichen Tagelöhne die Erhöhung der Klassenbeiträge auf 3/4, 3/2, 5/2, 7/2, 9/2, 11/2, 13/2, 15/2, 17/2, 19/2, 21/2, 23/2, 25/2, 27/2, 29/2, 31/2, 33/2, 35/2, 37/2, 39/2, 41/2, 43/2, 45/2, 47/2, 49/2, 51/2, 53/2, 55/2, 57/2, 59/2, 61/2, 63/2, 65/2, 67/2, 69/2, 71/2, 73/2, 75/2, 77/2, 79/2, 81/2, 83/2, 85/2, 87/2, 89/2, 91/2, 93/2, 95/2, 97/2, 99/2, 101/2, 103/2, 105/2, 107/2, 109/2, 111/2, 113/2, 115/2, 117/2, 119/2, 121/2, 123/2, 125/2, 127/2, 129/2, 131/2, 133/2, 135/2, 137/2, 139/2, 141/2, 143/2, 145/2, 147/2, 149/2, 151/2, 153/2, 155/2, 157/2, 159/2, 161/2, 163/2, 165/2, 167/2, 169/2, 171/2, 173/2, 175/2, 177/2, 179/2, 181/2, 183/2, 185/2, 187/2, 189/2, 191/2, 193/2, 195/2, 197/2, 199/2, 201/2, 203/2, 205/2, 207/2, 209/2, 211/2, 213/2, 215/2, 217/2, 219/2, 221/2, 223/2, 225/2, 227/2, 229/2, 231/2, 233/2, 235/2, 237/2, 239/2, 241/2, 243/2, 245/2, 247/2, 249/2, 251/2, 253/2, 255/2, 257/2, 259/2, 261/2, 263/2, 265/2, 267/2, 269/2, 271/2, 273/2, 275/2, 277/2, 279/2, 281/2, 283/2, 285/2, 287/2, 289/2, 291/2, 293/2, 295/2, 297/2, 299/2, 301/2, 303/2, 305/2, 307/2, 309/2, 311/2, 313/2, 315/2, 317/2, 319/2, 321/2, 323/2, 325/2, 327/2, 329/2, 331/2, 333/2, 335/2, 337/2, 339/2, 341/2, 343/2, 345/2, 347/2, 349/2, 351/2, 353/2, 355/2, 357/2, 359/2, 361/2, 363/2, 365/2, 367/2, 369/2, 371/2, 373/2, 375/2, 377/2, 379/2, 381/2, 383/2, 385/2, 387/2, 389/2, 391/2, 393/2, 395/2, 397/2, 399/2, 401/2, 403/2, 405/2, 407/2, 409/2, 411/2, 413/2, 415/2, 417/2, 419/2, 421/2, 423/2, 425/2, 427/2, 429/2, 431/2, 433/2, 435/2, 437/2, 439/2, 441/2, 443/2, 445/2, 447/2, 449/2, 451/2, 453/2, 455/2, 457/2, 459/2, 461/2, 463/2, 465/2, 467/2, 469/2, 471/2, 473/2, 475/2, 477/2, 479/2, 481/2, 483/2, 485/2, 487/2, 489/2, 491/2, 493/2, 495/2, 497/2, 499/2, 501/2, 503/2, 505/2, 507/2, 509/2, 511/2, 513/2, 515/2, 517/2, 519/2, 521/2, 523/2, 525/2, 527/2, 529/2, 531/2, 533/2, 535/2, 537/2, 539/2, 541/2, 543/2, 545/2, 547/2, 549/2, 551/2, 553/2, 555/2, 557/2, 559/2, 561/2, 563/2, 565/2, 567/2, 569/2, 571/2, 573/2, 575/2, 577/2, 579/2, 581/2, 583/2, 585/2, 587/2, 589/2, 591/2, 593/2, 595/2, 597/2, 599/2, 601/2, 603/2, 605/2, 607/2, 609/2, 611/2, 613/2, 615/2, 617/2, 619/2, 621/2, 623/2, 625/2, 627/2, 629/2, 631/2, 633/2, 635/2, 637/2, 639/2, 641/2, 643/2, 645/2, 647/2, 649/2, 651/2, 653/2, 655/2, 657/2, 659/2, 661/2, 663/2, 665/2, 667/2, 669/2, 671/2, 673/2, 675/2, 677/2, 679/2, 681/2, 683/2, 685/2, 687/2, 689/2, 691/2, 693/2, 695/2, 697/2, 699/2, 701/2, 703/2, 705/2, 707/2, 709/2, 711/2, 713/2, 715/2, 717/2, 719/2, 721/2, 723/2, 725/2, 727/2, 729/2, 731/2, 733/2, 735/2, 737/2, 739/2, 741/2, 743/2, 745/2, 747/2, 749/2, 751/2, 753/2, 755/2, 757/2, 759/2, 761/2, 763/2, 765/2, 767/2, 769/2, 771/2, 773/2, 775/2, 777/2, 779/2, 781/2, 783/2, 785/2, 787/2, 789/2, 791/2, 793/2, 795/2, 797/2, 799/2, 801/2, 803/2, 805/2, 807/2, 809/2, 811/2, 813/2, 815/2, 817/2, 819/2, 821/2, 823/2, 825/2, 827/2, 829/2, 831/2, 833/2, 835/2, 837/2, 839/2, 841/2, 843/2, 845/2, 847/2, 849/2, 851/2, 853/2, 855/2, 857/2, 859/2, 861/2, 863/2, 865/2, 867/2, 869/2, 871/2, 873/2, 875/2, 877/2, 879/2, 881/2, 883/2, 885/2, 887/2, 889/2, 891/2, 893/2, 895/2, 897/2, 899/2, 901/2, 903/2, 905/2, 907/2, 909/2, 911/2, 913/2, 915/2, 917/2, 919/2, 921/2, 923/2, 925/2, 927/2, 929/2, 931/2, 933/2, 935/2, 937/2, 939/2, 941/2, 943/2, 945/2, 947/2, 949/2, 951/2, 953/2, 955/2, 957/2, 959/2, 961/2, 963/2, 965/2, 967/2, 969/2, 971/2, 973/2, 975/2, 977/2, 979/2, 981/2, 983/2, 985/2, 987/2, 989/2, 991/2, 993/2, 995/2, 997/2, 999/2, 1001/2, 1003/2, 1005/2, 1007/2, 1009/2, 1011/2, 1013/2, 1015/2, 1017/2, 1019/2, 1021/2, 1023/2, 1025/2, 1027/2, 1029/2, 1031/2, 1033/2, 1035/2, 1037/2, 1039/2, 1041/2, 1043/2, 1045/2, 1047/2, 1049/2, 1051/2, 1053/2, 1055/2, 1057/2, 1059/2, 1061/2, 1063/2, 1065/2, 1067/2, 1069/2, 1071/2, 1073/2, 1075/2, 1077/2, 1079/2, 1081/2, 1083/2, 1085/2, 1087/2, 1089/2, 1091/2, 1093/2, 1095/2, 1097/2, 1099/2, 1101/2, 1103/2, 1105/2, 1107/2, 1109/2, 1111/2, 1113/2, 1115/2, 1117/2, 1119/2, 1121/2, 1123/2, 1125/2, 1127/2, 1129/2, 1131/2, 1133/2, 1135/2, 1137/2, 1139/2, 1141/2, 1143/2, 1145/2, 1147/2, 1149/2, 1151/2, 1153/2, 1155/2, 1157/2, 1159/2, 1161/2, 1163/2, 1165/2, 1167/2, 1169/2, 1171/2, 1173/2, 1175/2, 1177/2, 1179/2, 1181/2, 1183/2, 1185/2, 1187/2, 1189/2, 1191/2, 1193/2, 1195/2, 1197/2, 1199/2, 1201/2, 1203/2, 1205/2, 1207/2, 1209/2, 1211/2, 1213/2, 1215/2, 1217/2, 1219/2, 1221/2, 1223/2, 1225/2, 1227/2, 1229/2, 1231/2, 1233/2, 1235/2, 1237/2, 1239/2, 1241/2, 1243/2, 1245/2, 1247/2, 1249/2, 1251/2, 1253/2, 1255/2, 1257/2, 1259/2, 1261/2, 1263/2, 1265/2, 1267/2, 1269/2, 1271/2, 1273/2, 1275/2, 1277/2, 1279/2, 1281/2, 1283/2, 1285/2, 1287/2, 1289/2, 1291/2, 1293/2, 1295/2, 1297/2, 1299/2, 1301/2, 1303/2, 1305/2, 1307/2, 1309/2, 1311/2, 1313/2, 1315/2, 1317/2, 1319/2, 1321/2, 1323/2, 1325/2, 1327/2, 1329/2, 1331/2, 1333/2, 1335/2, 1337/2, 1339/2, 1341/2, 1343/2, 1345/2, 1347/2, 1349/2, 1351/2, 1353/2, 1355/2, 1357/2, 1359/2, 1361/2, 1363/2, 1365/2, 1367/2, 1369/2, 1371/2, 1373/2, 1375/2, 1377/2, 1379/2, 1381/2, 1383/2, 1385/2, 1387/2, 1389/2, 1391/2, 1393/2, 1395/2, 1397/2, 1399/2, 1401/2, 1403/2, 1405/2, 1407/2, 1409/2, 1411/2, 1413/2, 1415/2, 1417/2, 1419/2, 1421/2, 1423/2, 1425/2, 1427/2, 1429/2, 1431/2, 1433/2, 1435/2, 1437/2, 1439/2, 1441/2, 1443/2, 1445/2, 1447/2, 1449/2, 1451/2, 1453/2, 1455/2, 1457/2, 1459/2, 1461/2, 1463/2, 1465/2, 1467/2, 1469/2, 1471/2, 1473/2, 1475/2, 1477/2, 1479/2, 1481/2, 1483/2, 1485/2, 1487/2, 1489/2, 1491/2, 1493/2, 1495/2, 1497/2, 1499/2, 1501/2, 1503/2, 1505/2, 1507/2, 1509/2, 1511/2, 1513/2, 1515/2, 1517/2, 1519/2, 1521/2, 1523/2, 1525/2, 1527/2, 1529/2, 1531/2, 1533/2, 1535/2, 1537/2, 1539/2, 1541/2, 1543/2, 1545/2, 1547/2, 1549/2, 1551/2, 1553/2, 1555/2, 1557/2, 1559/2, 1561/2, 1563/2, 1565/2, 1567/2, 1569/2, 1571/2, 1573/2, 1575/2, 1577/2, 1579/2, 1581/2, 1583/2, 1585/2, 1587/2, 1589/2, 1591/2, 1593/2, 1595/2, 1597/2, 1599/2, 1601/2, 1603/2, 1605/2, 1607/2, 1609/2, 1611/2, 1613/2, 1615/2, 1617/2, 1619/2, 1621/2, 1623/2, 1625/2, 1627/2, 1629/2, 1631/2, 1633/2, 1635/2, 1637/2, 1639/2, 1641/2, 1643/2, 1645/2, 1647/2, 1649/2, 1651/2, 1653/2, 1655/2, 1657/2, 1659/2, 1661/2, 1663/2, 1665/2, 1667/2, 1669/2, 1671/2, 1673/2, 1675/2, 1677/2, 1679/2, 1681/2, 1683/2, 1685/2, 1687/2, 1689/2, 1691/2, 1693/2, 1695/2, 1697/2, 1699/2, 1701/2, 1703/2, 1705/2, 1707/2, 1709/2, 1711/2, 1713/2, 1715/2, 1717/2, 1719/2, 1721/2, 1723/2, 1725/2, 1727/2, 1729/2, 1731/2, 1733/2, 1735/2, 1737/2, 1739/2, 1741/2, 1743/2, 1745/2, 1747/2, 1749/2, 1751/2, 1753/2, 1755/2, 1757/2, 1759/2, 1761/2, 1763/2, 1765/2, 1767/2, 1769/2, 1771/2, 1773/2, 1775/2, 1777/2, 1779/2, 1781/2, 1783/2, 1785/2, 1787/2, 1789/2, 1791/2, 1793/2, 1795/2, 1797/2, 1799/2, 1801/2, 1803/2, 1805/2, 1807/2, 1809/2, 1811/2, 1813/2, 1815/2, 1817/2, 1819/2, 1821/2, 1823/2, 1825/2, 1827/2, 1829/2, 1831/2, 1833/2, 1835/2, 1837/2, 1839/2, 1841/2, 1843/2, 1845/2, 1847/2, 1849/2, 1851/2, 1853/2, 1855/2, 1857/2, 1859/2, 1861/2, 1863/2, 1865/2, 1867/2, 1869/2, 1871/2, 1873/2, 1875/2, 1877/2, 1879/2, 1881/2, 1883/2, 1885/2, 1887/2, 1889/2, 1891/2, 1893/2, 1895/2, 1897/2, 1899/2, 1901/2, 1903/2, 1905/2, 1907/2, 1909/2, 1911/2, 1913/2, 1915/2, 1917/2, 1919/2, 1921/2, 1923/2, 1925/2, 1927/2, 1929/2, 1931/2, 1933/2, 1935/2, 1937/2, 1939/2, 1941/2, 1943/2, 1945/2, 1947/2, 1949/2, 1951/2, 1953/2, 1955/2, 1957/2, 1959/2, 1961/2, 1963/2, 1965/2, 1967/2, 1969/2, 1971/2, 1973/2, 1975/2, 1977/2, 1979/2, 1981/2, 1983/2, 1985/2, 1987/2, 1989/2, 1991/2, 1993/2, 1995/2, 1997/2, 1999/2, 2001/2, 2003/2, 2005/2, 2007/2, 2009/2, 2011/2, 2013/2, 2015/2, 2017/2, 2019/2, 2021/2, 2023/2, 2025/2, 2027/2, 2029/2, 2031/2, 2033/2, 2035/2, 2037/2, 2039/2, 2041/2, 2043/2, 2045/2, 2047/2, 2049/2, 2051/2, 2053/2, 2055/2, 2057/2, 2059/2, 2061/2, 2063/2, 2065/2, 2067/2, 2069/2, 2071/2, 2073/2, 2075/2, 2077/2, 2079/2, 2081/2, 2083/2, 2085/2, 2087/2, 2089/2, 2091/2, 2093/2, 2095/2, 2097/2, 2099/2, 2101/2, 2103/2, 2105/2, 2107/2, 2109/2, 2111/2, 2113/2, 2115/2, 2117/2, 2119/2, 2121/2, 2123/2, 2125/2, 2127/2, 2129/2, 2131/2, 2133/2, 2135/2, 2137/2, 2139/2, 2141/2, 2143/2, 2145/2, 2147/2, 2149/2, 2151/2, 2153/2, 2155/2, 2157/2, 2159/2, 2161/2, 2163/2, 2165/2, 2167/2, 2169/2, 2171/2, 2173/2, 2175/2, 2177/2, 2179/2, 2181/2, 2183/2, 2185/2, 2187/2, 2189/2, 2191/2, 2193/2, 2195/2, 2197/2, 2199/2, 2201/2, 2203/2, 2205/2, 2207/2, 2209/2, 2211/2, 2213/2, 2215/2, 2217/2, 2219/2, 2221/2, 2223/2, 2225/2, 2227/2, 2229/2, 2231/2, 2233/2, 2235/2, 2237/2, 2239/2, 2241/2, 2243/2, 2245/2, 2247/2, 2249/2, 2251/2, 2253/2, 2255/2, 2257/2, 2259/2, 2261/2, 2263/2, 2265/2, 2267/2, 2269/2, 2271/2, 2273/2, 2275/2, 2277/2, 2279/2, 2281/2, 2283/2, 2285/2, 2287/2, 2289/2, 2291/2, 2293/2, 2295/2, 2297/2, 2299/2, 2301/2, 2303/2, 2305/2, 2307/2, 2309/2, 2311/2, 2313/2, 2315/2, 2317/2, 2319/2, 2321/2, 2323/2, 2325/2, 2327/2, 2329/2, 2331/2, 2333/2, 2335/2, 2337/2, 2339/2, 2341/2, 2343/2, 2345/2, 2347/2, 2349/2, 2351/2, 2353/2, 2355/2, 2357/2, 2359/2, 2361/2, 2363/2, 2365/2, 2367/2, 2369/2, 2371/2, 2373/2, 2375/2, 2377/2, 2379/2, 2381/2, 2383/2, 2385/2, 2387/2, 2389/2, 2391/2, 2393/2, 2395/2, 2397/2, 2399/2, 2401/2, 2403/2, 2405/2, 2407/2, 2409/2, 2411/2, 2413/2, 2415/2, 2417/2, 2419/2, 2421/2, 2423/2, 2425/2, 2427/2, 2429/2, 2431/2, 2433/2, 2435/2, 2437/2, 2439/2, 2441/2, 2443/2, 2445/2, 2447/2, 2449/2, 2451/2, 2453/2, 2455/2, 2457/2, 2459/2, 2461/2, 2463/2, 2465/2, 2467/2, 2469/2, 2471/2, 2473/2, 2475/2, 2477/2, 2479/2, 2481/2, 2483/2, 2485/2, 2487/2

Schippel und sein Ende.

Es ist in der That schwer, zu Ende zu kommen in einer Diskussion, bei der die eine Seite nie auf die Fragen und Argumente der andern erwidert, sondern durch Verdröpfung und Aufwerfung neuer Fragen die Nichtbeantwortung der früheren ver-gessen zu machen sucht.

So erwidert Schippel jetzt keine Silbe auf meine Darlegungen über Schutz- und Vereicherungsroll, sondern sucht ein neues Schlupf-loch, indem er erklärt:

„Nichts war seiner Zeit für die Agitation unangenehmer, als die kautskische Darlegung der „Notlage der Landwirtschaft“ (unter dem 3/4, Markt-Zoll) und seine Bereitwilligkeit, ein volles Äquivalent des 5 Mark (11) - Zolles, des späteren Roggen-Minimalzolles (1), nämlich jährlich 500 Millionen Mark der „bedrängten Landwirtschaft“ von Staats wegen zuzuführen, wenn natürlich auch in besonderer Aufbringung und Verwendung der Mittel.“

Dieser Aufwand an Ausrufungszeichen, Fettdruck und sonstigen Ausschmückungen des Textes könnte den Leser in dieser Darstellung glauben machen, ich hätte vorgebracht, den Agrariern 500 Millionen Mark jährlich zu schenken. Da die betreffende Stelle nicht allgemein bekannt und in Erinnerung sein dürfte, sei sie hier wörtlich wieder-gegeben:

„Ein Getreidezoll von 5 M., ganz abgesehen von andern Agrarzöllen, würde allein schon eine Steuer auf die Bevölkerung des Deutschen Reiches im Betrage von rund 500 Millionen Mark darstellen. Daß diese Summe jahrs-aus, jährlich zur Hebung der Landwirtschaft auszugeben würde, dagegen hätten wir nichts einzuwenden. Aber wir müssen uns dagegen erklären, daß dies durch den Zoll ge-schieht; einmal, weil dieser eine Kopfsteuer darstellt, die alle, ob reich oder arm, gleich belastet, ja die Kermeren eher noch mehr als die Reicheren, weil sie mehr Brot, weniger Fleisch essen, dann aber, weil die so aufgebrauchte Summe auf die Dauer nicht der bedrängten Landwirtschaft zu gute kommt, sondern den Hypothekengläubigern, Güterpächtern und Fideikommiß-Besitzern, den reichsten und überschüssigsten Teilen der Nation.“

„Wir hätten aber nichts dagegen, daß die 500 Millionen durch eine progressive Einkommensteuer aufgebracht und zum Vorteil der Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung und der Landwirtschaft verwendet werden, etwa zum Bau von Schulen, zur Vermehrung der Lehrer, Ausdehnung des landwirtschaftlichen Bildungswesens, zum Bau von Arbeiterhäusern, die dem Landarbeiter menschenwürdige Wohnungen bieten, in denen sie frei bleiben von jeder Unternehmerwillkür, zum Ausbau eines ausreichenden Netzes von Kleinbahnen, Straßen und Wegen, zur Verbesserung der Armenpflege und des Heilwesens, zur Vortreibung einer rationellen Wasserwirtschaft, welche die Gefahr von Hochfluten beseitigt und billige Wasserkräfte schafft.“ (Handelspolitik und Socialdemokratie, S. 63, 64.)

Ich sage also, wenn das deutsche Volk schon mit einer Steuer von 500 Millionen für die Landwirtschaft belastet werden soll, dann bringe man sie durch eine progressive Einkommensteuer auf, nicht durch den Zoll, und verwende sie in einer Weise, die nicht bloß den Landwirten, sondern der Gesamtheit zum Vorteil gereicht. Das ist doch etwas andres, als das, was Schippel an-deutet.

Unangenehm konnten diese Darlegungen nur für jene sein, die der Landbevölkerung einreden wollten, außer dem Zoll gebe es kein Mittel, ihrer etwaigen Notlage abzuhelfen. Aber das kann doch nicht für einen so überzeugten Gegner der Agrarzölle wie Schippel gelten!

Damit kommen wir wieder zur Grundfrage zurück, die durch Schippels Vortrag im dritten Wahlkreise aktuell geworden und die noch immer nicht beantwortet worden ist: Wie steht Schippel zu den Agrarzöllen? Seine neueste Enunciation im „Vorwärts“ scheint sie endlich zu beantworten, aber sie scheint bloß so. Sie beginnt mit den Worten:

„Ich erkenne gern an, daß die neueste Parteibelehrung kautskys jede Unterstellung vermeidet, als ob ich gewillt sei, und der Partei summen wollte, für agrarische Zölle, seien sie nun Erhaltungs- oder Vereicherungsrollen, einzutreten.“

Also ist wohl Schippel gegen jeglichen agrarischen Zoll? Aber nicht bloß die Genossen Meinde und Wähle haben ihn anders verstanden, sondern auch die mit seinen „theoretischen Schatz-pollungen“ so vertraute Redaktion der Chemnitzer „Volkstimme“. Sie schreibt: „Natürlich ist auch Schippel nur dann für Zölle, wenn sie wirklich Schutz-, nicht Vereicherungsrollen sind.“

Diese Widersprüche sind bloß dann zu begreifen, wenn wir annehmen, nach Schippels Ansicht seien zwar Schatzpölle für die Landwirtschaft notwendig, aber er sei durchaus nicht „gewillt“, für diese seine Ueberzeugung „einzutreten“.

A. Kautsky.

Partei-Nachrichten.

Aus den Organisationen.

Der socialdemokratische Verein für den ersten hamburgi-schen Wahlkreis steigerte seine Mitgliederzahl im abgelaufenen Jahre von 8156 auf 8892. Die Jahreseinnahme des Vereins betrug 17 430 M., die Ausgabe 11 248 M.

Die Organisation des zweiten hamburgischen Wahl-kreises zählt 4300 Mitglieder gegen 3740 am Beginn des Jahres. Die Einnahme betrug einschließl. des Kassenbestandes von 2097 M. 20 863 M., die Ausgabe 17 177 M., darunter 9500 M. an die Haupt-loffe.

Ein Central-Wahlverein für den fünften schleswig-holsteinischen Reichstags-Wahlkreis wird am 1. April in Tätigkeit treten. Er ist auf dem Föderativsystem aufgebaut. Der einheitliche Mitgliedsbeitrag ist auf 20 Pf. pro Monat fest-gesetzt.

Der Landesvorstand der socialdemokratischen Partei Wadens hat seinen Jahresbericht im Druck erscheinen lassen. Die Stimmenzahl unserer Partei ist in allen Kreisen stark gewachsen. Häufige Erfolge wurden insbesondere auch bei den Gemeindevahlen erzielt. In drei Orten wurden socialdemokratische Bürgermeister ge-wählt. Die Einnahmen und Ausgaben des Landesbundes balancieren in Höhe von 17 508,30 M., darunter sind jedoch 6500 M. vom Hauptvorstande. Der Landesorganisation gehören 93 Vereine mit insgesamt rund 6700 Mitgliedern an. Das Partei-Organ, der „Volkstfreund“, hat solche Fortschritte gemacht, daß es erstmals einen Ueber-schuß in Höhe von 4100 M. abwirft; es zählt jetzt fast 6000 Abonnenten. Der „Volkstfreund“ soll auf 1. Juli d. J. ver-größert und in einer der Partei gehörigen Druckerei hergestellt werden.

Totenliste der Partei. In Forst i. L. verstarb am Dienstag Genosse Gustav Velling, der Leiter des Forster großen Konsum-vereins. Er war von Hause aus Tischlerer und hat viele Jahre wader für die Partei gewirkt, hauptsächlich unter dem Socialisten-gesetz. Das Vertrauen der Genossen übertrug Velling wiederholt Parteiämter, u. a. als Stadtverordneter und als Firmenteilhaber der „Räufischen Volkstimme“. Seine letzten Lebensjahre verlebte er ein schweres Magenleiden, das ihn schließlich bezwang.

Ein alter Parteigenosse, Gustav Levehne, ist in Willkau im 50. Lebensjahre gestorben. Levehne war Cigarrenmacher und schon unter dem Socialistengesetz eifrig in Dresden thätig. Er war

früher Geschäftsführer des Willauer Konsumvereins, konnte aber in den letzten Jahren wegen Kränklichkeit diesen Posten nicht mehr versehen.

Soziales.

Das Verbot der Bleifarbenverwendung, das in einer Petition des Vorstandes der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbänder Deutschlands gefordert wurde, kam am Mittwoch in der Petitions-Kom-mission zur Verhandlung. Genosse Tugauer und Sturm (letzterer als Uebersetzer der Petition) begründeten in eingehender Weise die Forderung. Sie wiesen darauf hin, wie die Blei-erkrankungen gerade im Malergewerbe immer größeren Umfang annehmen und weit häufiger vorkommen als die Krankenlistenstatistik zeige, da in sehr vielen Fällen die Ärzte nicht die Bleivergiftung, sondern eine ihrer Folge-Erscheinungen in den Krankenschein schreiben, mitunter auch die erstere gar nicht erkennen. Im Deutschen Reich bestehen nicht einmal einheitliche und alle Betriebe umfassende hygienische Schutzvorrichtungen bei der Bleifarbenverwendung, sondern nur einige wenige Landes-Vollzeiterordnungen, die aber wie alle Vorbeugungsmaßnahmen dieser Art, unzureichend sind, schon deshalb, weil ihre Durchführung auf Bauten u. ganz unmöglich ist. Deshalb bleibe nur ein Weg zum Schutz der Arbeiter übrig: das Verbot der Blei-farbenverwendung. In Frankreich und der Schweiz sei ein solches Verbot für Staatsbauten bereits erfolgt. Einen Ersatz für Bleiweiß bietet vor allem das Lithopon (Zinkulfat); aber selbst wenn dies weniger dauerhaft und auch teurer als Bleiweiß wäre, müßte die Verwendung des letzteren verboten werden, da Gesundheit und Leben der Arbeiter wichtiger sind.

Als Vertreter der Regierungen war Geheimrat Ober-Regierungs-rat Sprenger erschienen, der folgendes ausführte: Die Regierung beschäftigt sich schon seit längerer Zeit mit der Bleiweißfrage. Die Erwägungen seien aber noch nicht zum Abschluß gelangt. Er glaube, daß in einigen Monaten eine Entscheidung erfolgen werde. Ein Verbot der Bleifarbenverwendung sei eine sehr einschneidende Maßregel, da die Bleiweißfabriken, die Bleifäbriken und auch der Bleierzbergbau z. B. im Harz dadurch sehr geschädigt würden. Deshalb werde man wohl nur hygienische Vorschriften für die Verwendung von Bleiweiß erlassen können. Auch seien ja namentlich für Metalle die Bleifarben-aufträge gar nicht zu entbehren, da sie gegen Rost schützen. Bei der demnächst im Reichstage zur Verhandlung stehenden social-demokratischen Resolution betreffend Bundesratsverordnung für giftige Betriebe werde darüber noch weiter verhandelt werden.

Abg. Erzberger erklärt sich gegen das in der Petition ge-forderte Verbot. Es müßte doch erst versucht werden, ob nicht durch Bundesratsverordnung geholfen werden könne. Selbst Lithopon-fabriken hätten sich gegen ein Bleiweißverbot ausgesprochen.

Wurde wies nochmals darauf hin, daß die hygienischen Vor-schriften höchstens in geschlossenen Betrieben durchzuführen sind. In den preussischen Artilleriewerkstätten seien ganz vortreffliche Schutz-vorschriften vorhanden, auch werde dort den mit Bleiweißarbeiten beschäftigten Arbeitern täglich je ein Liter Vollmilch von der Ver-waltung unjost geliefert, Mundspülen, Händewaschen mit warmem Wasser ermöglicht und kontrolliert, wöchentlich zwei lauwarme Bäder kostenlos geliefert, auch Schwefelbäder — und trotzdem sei es im Bericht für 1901: „Es wird angelehrt, die Verwendung von bleihaltigen Farben thunlichst einzuschränken und sie durch andre geeignete Mittel zu ersetzen.“ Es bleibe, wie bei der Phosphorverwendung nur ein absolutes Verbot der Anwendung von Bleifarben möglich, wenn den schweren Gesundheitsschädigungen der mehr als hundert-tausend Arbeiter, die mit Bleifarben allein im Malergewerbe zu thun haben, Einhalt geboten werden soll.

Nachdem noch die Genossen Tugauer, Fischer (Sachsen) und Thiele sowie Dr. Rugdan (fr. Sp.) für das Verbot ein-getreten waren, kam der Antrag zur Abstimmung, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Dieser Antrag wurde gegen sieben Stimmen abgelehnt und der Antrag Erzberger, die Petition dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen mit dem Erfuchen, sofort dahin zu wirken, daß auf Grund des § 120 der Gewerbe-Ordnung ausreichende Schutz-vorschriften gegen die Gefährdung bei Verwendung von Bleifarben erlassen werden, angenommen. — Im Plenum des Reichstags wird die Petition wohl erst im April zur Verhandlung kommen. —

Ärzte und Krankenkassen.

Ueber den Stand des Konflikts in Leipzig orientiert die nach-folgende amtliche Erklärung:

Leipzig, 22. Februar.

Die königl. Kreisoberhauptmannschaft hatte gehofft, daß durch eine Revision des unterm 4. Mai 1901 von der Orts-Krankenkasse mit den Kassenärzten abgeschlossenen Vertrags zu einer solchen Vereinigung dieser in Meinungsverschiedenheiten geratenen Parteien zu gelangen sein würde, durch welche einerseits die Mit-glieder der Orts-Krankenkasse mit ärztlicher Hilfeleistung dauernd versorgt, andererseits aber berechnete Wünsche der Ärzte in Bezug auf Zulassung zur Kassenpraxis und Erhöhung des von der Kasse zu gewährenden Arzthonorars erfüllt würden. Da die bei der Orts-Krankenkasse praktizierenden Ärzte ihre Stellung für den 1. April dieses Jahres gelündigt hatten und der Vorstand der Orts-Krankenkasse, eingedenk seiner ihm durch das Gesetz auferlegten Verantwortung, so bald als möglich durch Anwerbung auswärtiger Ärzte für den Ersatz der hierdurch in Wegfall gekommenen ärztlichen Hilfskräfte sorgen zu müssen geglaubt hatte, so war das Zustandekommen dieser Einigung von der Voraussetzung abhängig, daß die Kassenärzte sich mit der Ein-rechnung solcher Gehalts- und Entschädigungsbeträge in die Kassen-summe für Arzthonorare einverstanden erklärten, zu welchem sich die Kasse neu angeworbenen Ärzten gegenüber in unauf löslicher Weise verpflichtet hatte. Hierbei war in dem Verhandlungs-termin am 17. Februar als der Höchstbetrag der Zahlungen, mit welchen das Kassenbureau belastet werden dürfte, die Gesamtsumme von 150 000 M. jährlich angenommen worden. Die königl. Kreis-hauptmannschaft hat hierauf von den seitens des Kassenvorstandes mit auswärtigen Ärzten getroffenen Verhandlungen Einsicht ge-nommen. Auf Grund hiervon ist hierdurch festzustellen, daß Ver-handlungen dieser Art bereits in solchem Umfange statt-gefunden und zu solchen Ergebnissen geführt haben, daß eine Sicherstellung der Kassenärzte gegen die künftige Ueberschreitung der angegebenen Maximalsumme von 150 000 M. jährlich in keiner Weise würde übernommen werden können. Unter diesen Um-ständen hat sich ein Zurückkommen auf den eingangs gedachten Vertrag vom 4. Mai 1901 erledigt und ist, nachdem die nachdrück-lichen Bemühungen der königl. Kreisoberhauptmannschaft für Aufrecht-erhaltung des Systems der beschränkt freien Arztwahl durch die eingetretene Sachlage vorläufig aussichtslos geworden sind, der von ihr unternommene Versuch, die bestehenden Differenzen durch gütliche Vereinigung zu beseitigen, für gescheitert zu erachten.

Königliche Kreisoberhauptmannschaft. (gez.) v. Ehrenstein.

Zu den Behauptungen über die hohen Honorare von Kassen-rendanten, die vom Handelsminister Müller aufgestellt worden ist,

teilt die „Leipziger Volkszeitung“ mit, daß das höchste Gehalt bei der dortigen Ortskasse 6000 M. beträgt. Dies bezieht der Ver-waltungsdirektor; der Rendant bekommt erheblich weniger. Und diese Gehälter werden nicht von der Kasse, sondern vom Rate der Stadt Leipzig bezahlt, dessen Ange-stellte diese Beantenn sind. Da die Leipziger Kasse die größte Kasse Deutschlands ist, dürfte wohl schwerlich eine Kasse in Deutschland existieren, die höhere Gehälter zahlt wie diese.

Wie schlecht der preussische Handelsminister orientiert ist und wie er Behauptungen aufstellt, die in keiner Weise begründet sind, beweisen auch seine Angaben über die Verhältnisse in Köln. Sagte er doch, daß die Erhöhung der Arzthonorare in Köln deswegen be-gründet sei, weil die Erhöhung der Unterstützungsdauer von 18 auf 26 Wochen einen Zuwachs an ärztlichen Leistungen von 15 Proz. bedeute. In Wirklichkeit gewährten bereits im Jahre 1902 fast sämtliche Ortskassen Köln für 26 Wochen Unterstützung. Es gewährten von den 17 Orts-Krankenkassen vierzehn 26 Wochen lang, zwei gewährten 30 Wochen lang, nur eine kleinere Ortskasse (Wahenthal mit etwa 1300—1400 Mit-gliedern) gewährte 18 Wochen Unterstützung.

Der Vorstand der Ortskasse für die in Fabriken beschäftigten Personen hat, wie die „Abeinische Zeitung“ mitteilt, sein Amt nieder-gelegt. Folgende Begründung steht im Protokoll der Sitzung vom Montagabend: „Da der Vorstand aus den Verfügungen der Auf-sichtsbehörde seine ihm verbliebenen Befugnisse nicht erkennen kann und auf eine zweimalige Anfrage es die Behörde nicht für wert erachtet hat, eine Antwort zu erteilen, legt der Vorstand hiermit sein Amt nieder.“

Die Maßregeln und das Verhalten des Vorstandes der Orts-kasse Magdeburg sind in einer außerordentlichen zahlreich besuchten Generalversammlung einstimmig gutgeheißen worden.

Bei der Krankenkasse in Bitten, die gleichfalls von den Ärzten zur Einführung der freien Arztwahl gezwungen werden soll, haben sich viermal so viel Bewerber zur festen Anstellung gemeldet, als die Kasse brauchen kann.

Die Hilflosigkeit der Strafsjustiz.

Im Laufe der letzten zehn Jahre wurden in den preussischen Justizämtern 37 697 Gefangene gezählt, die schon mindestens drei Vorstrafen hinter sich hatten. Darunter befanden sich 12 237, die schon mehr als zehnmal bestraft waren, und unter diesen 919, die mehr als dreißigmal bestraft waren. Nach dem Gutachten der Anstaltsbeamten sind von der Gesamtzahl 35 745 als unverbesserlich anzusehen. Und diese Kolonie der „unverbesserlichen“ Justizhäftlinge erhält immer neuen Zuwachs, denn die Zahl der Vorbestraften wird immer größer. Aber man tragt ruhig weiter. Es hilft zwar nichts, schadet vielmehr, macht das Uebel immer schlimmer; zu Reformen hat jedoch die herrschende Klasse keine Kraft mehr.

Im ganzen hält man in preussischen Strafanstalten zur Zeit durchschnittlich rund 60 000 Menschen gefangen, die sich dort zur Un-verbesserlichkeit vorbereiten.

Ueber die Wirkung der bedingten Begnadigung wird mitgeteilt: Seit der Einführung dieser Maßregel ist insgesamt bis zum 31. Dezember vorigen Jahres 66 047 Beurteilte in die Aussetzung der Strafvollstreckung mit Aussicht auf Begnadigung gewährt worden. Für die Zeit bis zum letzten Dezember ergaben sich durchschnittlich 6041 Fälle. Seitdem hat die Zahl stark zu-gewonnen; im letzten Jahre betrug sie 18 778. Der Natur der Sache nach waren es überwiegend Männer, denen die Vergünstigung zu gute kam, nämlich 77 Proz., in erster Reihe aber wurden jugendliche Personen berücksichtigt, es betreffen also vier Fünftel aller Fälle Jugendliche. Nach den bis zum Ende des vorigen Jahres vorliegenden Ermittlungen sind rund 76 Proz. von den bedingt Begnadigten endgültig begnadigt worden, die übrigen haben die angelegte Strafe wegen schlechter Führung nachträglich abblößen müssen.

Hoffentlich führen diese Erfahrungen, die übrigens in andern Ländern längst gemacht worden, zur weiteren Ausdehnung dieser Maß-regel und zu ihrer Ausgestaltung zur bedingten Verurteilung.

Wie man die Konsumvereine socialdemokratisch macht.

Die Kleinrämer in Magdeburg hatten vom Magistrat ge-fordert, daß er den städtischen Angestellten die Mitgliedschaft im Konsumverein verbiete. Der Magistrat hat dies abgelehnt, weil er in die persönliche Freiheit seiner Angestellten nicht eingreifen ge-willt ist. Darauf haben die Krämer den „großen Bruder“ zu Hilfe gerufen und von diesem erlangten sie folgende Anordnung:

Die städtische Magdeburg, den 15. Februar 1904. Schul-Deputation. Nr. 17.

Auf Anordnung des Herrn Ministers der geistlichen u. An-gelegenheiten sind wir von der königl. Regierung hier selbst beauf-tragt worden, Ihr Ausschreiben aus dem Konsumverein Magdeburg-Reustadt herbeizuführen, weil dessen Verwaltung ganz in den Händen von Socialdemokraten liegt und es mit den einem Lehrer obliegenden Pflichten unvereinbar ist, einem solchen Vereine an-zugehören.

Wir fordern Sie daher hierdurch auf, Ihren Austritt aus dem Vereine unverzüglich anzumelden und daß dieses geschehen, uns binnen acht Tagen anzuzeigen.

Die Vorlage dieser Anzeige hat durch Vermittlung Ihres Schulleiters zu erfolgen.

An den Lehrer Herrn Franke.

Auch den dortigen Staats- und Reichsbeamten soll, wie der „Central-Anzeiger“ mitteilt, der Austritt aus dem Verein anbefohlen worden sein.

Wenn diese Kriegervereinsmethode noch weiter um sich greift, dann bleiben am Ende nur noch Socialdemokraten übrig als Mit-glieder für die Konsumvereine. Da darf man sich doch nicht wundern, daß auch die Verwaltungsbeamten der Vereine Socialdemo-kraten sind.

Aus Industrie und Handel.

Rechnungsabluß des A. Schaaffhausenschen Bankvereins.

Im wesentlichen zeigen die bisher von den Großbanken ver-öffentlichten Jahresabrechnungen für 1903 sämtlich daselbe Gesicht: eine nicht unbeträchtliche Ausdehnung des Geschäftes ohne entsprechende Gewinnbeteiligung. Das gilt auch von der soeben veröffentlichten Rechnungsablegung des A. Schaaffhausenschen Bankvereins, der letzten, welche die Bank als selbständiges Institut veröffentlicht, denn mit Beginn des Jahres 1904 ist ihre Interessengemeinschaft mit der Dresdener Bank in Kraft getreten. Wie bei den andern Großbanken hat auch bei dem A. Schaaffhausenschen Bankverein sich im letzten Jahr der Geschäftskreis ziemlich ausgedehnt. Die den Debitoren in laufender Rechnung eingeräumten Kredite haben sich z. B. im Ver-gleich zum vorjährigen Rechnungsabluß um ungefähr 19 Millionen Mark erhöht, während andererseits unter den Passiven die Kreditoren um 10, die Accepte um 8 und die Depositen um über 17 Millionen Mark zugenommen haben, nämlich von 4,97 auf 22,44 Millionen Mark; eine Zunahme der Depostenanlagen, die jedoch, da sich die Depostenzinsen nur von 165 686 auf 350 883 M. erhöht haben, erst in den letzten Monaten erfolgt sein dürfte, zu einem großen Teil wahrscheinlich erst nach dem Bekanntwerden der zwischen dem

Schaaffhausenschen Bankverein und der Dresdner Bank abgehandelten Geschäftsvereinbarung.

Trotz dieser Ausdehnung des Geschäftsgebietes hat der eigentliche Bruttogewinn nur um rund 180 000 Mark zugenommen. Wenn er gleichwohl auf dem Gewinn- und Verlustkonto um ca. 767 000 Mark höher erscheint, so erklärt sich dies daraus, daß das Institut im letzten Jahr eine einmalige Extra-Einnahme aus Steuer-Zurückzahlungen (vom Fiskus zurückgestattete Agiosteuer) in der Höhe von 586 620 Mark gehabt hat. Sonst weist das Gewinn- und Verlustkonto an Provisionsgewinn einen Rückgang von 18 000 Mark und an Zinsen von 263 000 Mark gegenüber der vorjährigen Abrechnung auf: eine Abnahme, die indes durch den höheren Gewinn von 292 000 auf dem Effekten- und Konfortialkonto ausgeglichen wird. Das Resultat ist dadurch erzielt, daß es dem Institut gelang, einen Teil seiner Effektenbestände vorteilhaft abzustufen und zugleich größere Konfortialbeteiligungen profitabel zu Ende zu bringen, wie denn auch das Konfortialkonto eine Abnahme um ungefähr 2 1/2 Millionen Mark aufweist.

Die einzelnen Posten des Bruttogewinns betragen:

Table with 3 columns: Item, 1903, 1902. Rows include Vortrag aus 1902, Provisions-Konto, Zinsen-Konto, Gewinn auf Wechsel-Konto, Diskont-Zinsen, Gewinn auf Effekten-Konto, Konfortial-Gewinne, Immobilien-Revenue-Konto, Steuer-Rückzahlungs-Konto.

Hierbei sind abgezogen die Handlungskosten mit 1 438 600 Mark (i. V. 1 270 437), Steuern mit 633 345 Mark (793 226), Depositionszinsen mit 350 863 Mark (165 637), das sind zusammen 2 422 808 Mark (i. V. 2 229 300). Es bleibt ein Reingewinn von 7 724 424 Mark (1902: 7 151 416 Mark), von dem eine Dividende von 6 Prozent (für 1902: 5 Prozent) verteilt werden soll, während 548 552 Mark (im Vorjahre 816 321 Mark) neu vorgetragen werden.

Die per 31. Dezember 1903 aufgestellte Bilanz weist folgende Ziffern nach:

Table with 3 columns: Aktiva, 1903, 1902. Rows include Kassa- und Wechsel-Vorrat, Guthaben bei Banquiers, Effekten, Debitoren in laufender Rechnung, etc.

Table with 3 columns: Passiva, 1903, 1902. Rows include Aktien-Kapital, Reserve-Konto, Special-Reservefonds, Dividenden-Konto, etc.

Die Flüssigkeit der Mittel der Bank im Vergleich zu ihren Verpflichtungen, die sogenannte Liquidität hat also beträchtlich nachgelassen, besonders wenn man die starke Zunahme der Depositionsgelder in Betracht zieht.

Stahlwerks-Berband. Nachdem der Antrag auf Verlängerung der Schienengemeinschaft abgelehnt worden ist, sind die bis jetzt auf der Grundlage des Vertragsentwurfs für den Stahlwerks-Berband getroffenen 20 Werke der „Aöln. Jg.“ zufolge dahin übereingekommen, der Aktiengesellschaft Friedr. Krupp eine Erhöhung ihrer Beteiligung um 50 000 Tonne und dem Rhönit um 25 000 Tonne über die bisher vorgesehene Ziffer hinaus anzubieten, um sie auf der Grundlage dieser erhöhten Beteiligung zu Beitritt zu veranlassen.

Nachträgliches zur letzten Panik an der Pariser Börse. Der starke Kurssturz der Rentenpapiere am Sonnabend beschäftigt noch immer die Pariser Presse, und, wie immer in solchen Fällen, werden die verschiedenartigsten Erklärungen für den plötzlichen Abfall der Kurse versucht. Eine der wichtigsten Ursachen trifft der „Matin“. Im Jahre 1801, schreibt er, gab es an der Pariser Börse 90 Agents de change, später 60 und heute 70. Seit 100 Jahren ist die Zahl der Agents dieselbe geblieben. Damals wurden ca. 10 Werte umgelegt, heute aber Tausende Papiere, die Milliarden Franken ausmachen. Die Folge ist, daß die Agents gezwungen sind, enorme Geschäfte zu machen, und daß hierbei ihr Risiko in kritischen Zeiten unbegrenzt ist. Um so weit wie möglich die Schwierigkeiten dieser Situation abzufchwächen, sind die Agents gegenseitig untereinander solidarisch haftbar erklärt worden. Sie besitzen eine gemeinschaftliche Kasse (angeblich 100 Millionen), die dazu bestimmt ist, denjenigen Agents zu Hilfe zu kommen, welche solche Verluste erlitten haben, daß sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können. Diese Maßnahme ist eine Garantie für das Publikum. Aber was geschieht? Sobald eine Krise im Anzuge ist, sieht die Chambre syndicale der Agents die gemeinschaftliche Kasse bedroht und revidiert die Engagements der Agents. Um die Kasse zu retten, zwingt sie in aller Eile die Agents, die große Positionen haben, dieselben zu reduzieren. Dies ist immer mit einer gewissen Brutalität verbunden. Die Kundschaft wird aufgefordert, Einflüsse zu machen oder augenblicklich zu liquidieren. Diese Liquidationen treffen dann einen Markt, der bereits großes Mißtrauen zeigt, und das Angebot begegnet dann zunächst keiner Nachfrage. Es muß aber verkauft werden, und die Agents sehen die Preise herab, bis sie einen Käufer gefunden haben. Das sind die Ursachen der letzten Panik.

Stimmungsmache für die russischen Börsenpapiere. Aus Paris wird der „Frankfurter Zeitung“ von ihrem Korrespondenten berichtet: „Die von mir vor einigen Tagen signalisierten Entnahmen russischer Guthaben sind in der Art erfolgt, daß von Berlin aus darüber verfügt wurde. Wie von letzterem Orte hierher gemeldet wurde, scheinen dagegen lange Kräftigungen vorgenommen worden zu sein. Es gilt für nicht sehr wahrscheinlich, daß weitere erhebliche Verfügungen erfolgen werden; von kom-petenter Seite werden die russischen Ausland-Guthaben auf 500 Millionen Frank geschätzt, was für die Couponzahlungen im Laufe eines Jahres nicht zu viel ist. Alle in Umlauf gesetzten Anleihegeräthe sind als unrichtig zu betrachten, obwohl es an Anträgen nicht fehlt. So ist gegenwärtig Herr Direktor Steinthal von der Deutschen Bank hier, um wegen einer durch eine deutsch-französische Gruppe zu vermittelnden Anleihe zu sondieren; andererseits hat man von hier aus bereits Propositionen für eine Anleihe von einer Milliarde in Petersburg gemacht. Rußland hat alle Anträge zurückgewiesen, da es den Augenblick nicht für geeignet erachtet. Da es keine erheblichen Ausgaben im Ausland zu machen hat, so wird es sich mit den Hilfsmitteln im eignen Lande begnügen. Die Statuten der Staatsbank gestatten ihr, noch 400 Millionen Rubel über ihren Goldbestand hinaus in Bank-

noten auszugeben. Außerdem besitzt auch noch die Möglichkeit sich Geld zu beschaffen vermittelt des sehr erheblichen Bestandes an Rententiteln und Eisenbahn-Obligationen, die zur Stützung des Marktes aufgenommen worden waren, und die sich pensionieren lassen könnten.“

Sicherlich werden derartige Gerüchte in Paris kolportiert, aber deshalb scheint es uns keineswegs angebracht, daß solche im Dienste der russischen Regierung betriebene Stimmungsmache über die Pariser Börsenkreise und ihre Presse hinausgetragen wird. Von anderer Seite wird die Reise des Direktors Steinthal mit dem starken Interesse der Deutschen Bank an den in letzter Zeit in Paris beträchtlich gefallenem türkischen Wertpapieren in Verbindung gebracht. Und die Meldung von dem Anwerben einer Milliarden-Anleihe durch die französische Großfinanz ist jedenfalls nichts als ein kuriozes Märchen. Wir sind keineswegs der Ansicht, daß es Rußland, wenn es sich dazu gezwungen sieht, schließlich nicht gelingen würde, eine neue Anleihe aufzunehmen, aber gar so erpicht sind die Pariser Großfinanziers nach den Vorgängen der letzten Zeit denn doch nicht darauf, sich damit zu belasten.

Achte General-Versammlung des Verbandes der Hafenarbeiter etc. Deutschlands in Hamburg.

Hamburg, 23. Februar 1904. (Dienstag-Sitzung.)

Zunächst erstattet in der Vormittags-Sitzung der Redakteur des Fachorgans „Der Hafenarbeiter“, G. Örlig-Hamburg, seinen Bericht. Die Auflage des Fachblattes ist in der letzten Geschäftsperiode um 1500 Exemplare gestiegen und beträgt jetzt 21 500. Die Kosten dafür belaufen sich auf 12 882,43 Mark. Die gegenwärtige dreigliedrige Preiskommission könne vielleicht vom Verbandstage auf fünf oder sieben Personen erhöht werden, denn in ihrer jetzigen Form sei sie weniger im Stande, den Entschcid über Ablehnung von Beiträgen zu treffen. Hähnel als Obmann der Preiskommission verbreitet sich in der Hauptsache über den Streitfall mit den Lübecker Kohlenarbeitern, auf welchen sich auch ein Antrag der Vorlage bezieht, nach welchem die Wahrheitsliebe der Lübecker Kohlenarbeiter nicht bezweifelt wird. Auch das Verhältnis zwischen Preiskommission und Vorstand sei nicht immer ungetrübt gewesen. Die Preiskommission wünscht ein Regulativ, das ihre Rechte genau präzisiert, andernfalls die Auflösung der Institution, die in ihrer gegenwärtigen Form zwecklos sei. In der Diskussion wird laut Antrag Magdeburg das wöchentliche Erscheinen des bisher 14tägig erscheinenden Fachblattes, von Duisburg wird es sogar wöchentlich achteilig gewünscht. Der Vorsitzende sieht sich angesichts der neuerlichen Anfröhlung des Lübecker Streitfalles veranlaßt, die Sache definitiv klarzustellen. Schon auf der vorigen Generalversammlung hat sich der damalige Lübecker Delegierte arg verhalten. Der vom Vorstand den damals leitenden Personen der Lübecker Kohlenarbeiter gemachte Vorwurf der mangelhaften Wahrheitsliebe ist begründet und muß aufrecht erhalten werden. Als Beweis legt er eine Anzahl Quittungen über bezahlte Lokalmiete vor, von welchen es sich später gelegentlich des Besuches eines Ausflugsmitgliedes in Lübeck herausstellte, daß gar keine Lokalmiete gezahlt sei und die fragliche Summe auf das Konto „Zehrungskosten“ hätten gebucht werden müssen. Auch hat man ihm gegenüber Zugeständnisse verschwiegen, die von Seiten der Unternehmer gemacht wurden und ruhig weiter gestreift. Man sagte: Und wenn der ganze Stram zum Teufel geht — streiten thun wir doch. Das Verschweigen der angeführten Thatsachen involviere einen Mangel an Pflichtgefühl und Wahrheitsliebe! Nur auf Grund der erfolgten Anfröhlung habe er diese Thatsachen vorgebracht, mit denen jetzt schon zwei Generalversammlungen behelligt wurden. Man geht von der Lübecker Seite mit einem Rechenfehler von drei Mark kreben. Dieser lumpige Thaler hat uns durch dadurch notwendig gestattete Vorstands-, Ausschuss-, sungen und breiteste Aussprache auf den Generalversammlungen Hunderte von Mark gekostet und kostet immer noch Geld! (Allgemeine Heiterkeit.) Bezüglich des vorgebrachten Verfehles gegenüber der Preiskommission hat der Vorstand dasselbe rückhaltlos als Fehler anerkannt und sich entschuldigt. Mehr könne doch wohl kaum geschehen. Auf die geschäftliche Seite des Blattes eingehend, wünscht er dringend, daß die Delegierten allen Schriftführern künftighin Kürzung ihrer Verdächte zur Pflicht machen, denn über Proze und Rügen der Gewerkschaften kann man in dem einen Orte nichts anderes sagen als im andren. — Nach kurzer Diskussion wird nahezu einstimmig ein Antrag angenommen des Inhalts, daß die Sache der Lübecker Kohlenarbeiter durch die gepflogene Erörterung auf der Generalversammlung als erledigt betrachtet wird. — Der Vertreter der Generalkommission, Döblin-Berlin, giebt der Meinung Ausdruck, daß bei der Organisation zu viel Instanzen vorhanden sind, welche lediglich den Mechanismus der Verwaltung überflüssigertweise erschweren. Man möge bedenken, daß in Fragen der tatsächlichen Haltung des Fachblattes der Vorstand die volle Verantwortung trage und es ist daher nicht mehr wie recht und billig, daß er auch in letzter Linie die Entscheidung zu treffen hat. Nach allem halte er die Preiskommission für eine ziemlich überflüssige Institution, die am besten ganz aufgehoben wird. Die Frage der Erscheinungsweise und inneren Ausgestaltung des Fachblattes füllte den Rest der Vormittags-Sitzung.

Rasmitags-Sitzung.

Die Debatte über die Presse wird fortgesetzt und zeitigt zum Teil auch persönliche Momente bezüglich der Entlassungsgedächte des vorigen Redakteurs. Bei der Abstimmung über die eingelaufenen Anträge kam es in den meisten Fällen zur glatten Ablehnung; besonders bleibt es bezüglich der Erscheinungsweise des Fachorgans beim alten. Es erscheint vierzehntägig je nach Bedarf im Umfange wie bisher, also nur ausnahmsweise achteilig. Dagegen wurde der Antrag, die Preiskommission aufzulösen, mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Die Ueberwachung der tatsächlichen und prinzipiellen Haltung des Fachblattes wird dem Hauptvorstande übertragen.

Die Anträge zur Statutenänderung wurden zur Vorberatung der Randabstimmungs-Kommission überwiesen, nachdem aus derselben Körner-Lübeck ausgetreten und Ripken-Bremerhaven, Braam-Duisburg und Reedel-Steinthal hinzugezogen wurden.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Berichterstattung über die internationale Konferenz der Hafenarbeiter in Stockholm, referierte der Vorstandsvorsitzende Döring. Derselbe geht zunächst kurz auf die Entstehungsgeschichte des internationalen Zusammenschlusses der Hafenarbeiter ein und konstatiert dann, daß die im Juli 1902 in Stockholm stattgefundene Konferenz einen guten Erfolg hatte bezüglich der Konsolidierung der angebahnten Verhältnisse. Die internationale Verständigung ist erst im Entstehen begriffen und um so schwieriger, als, abgesehen von den nordischen Ländern, nur wenige nationale Centralorganisationen existieren, wie bei uns in Deutschland. Sie sind meist lokal bzw. föderativ organisiert. Gegenwärtig sind indessen bereits 126 000 Kollegen der verschiedensten Länder im Bunde zusammengeschlossen. Es gilt jetzt, alle noch fehlenden kontinentalen Organisationen dem Bunde anzugliedern und speziell mußte man dafür sorgen, daß die Organisationen der amerikanischen Kollegen zum Bunde kommen, was speziell für uns hier von größter Wichtigkeit ist. Die Finanzen des Bundes sind in Anbetracht der minimalen Beiträge von 1/2 Pf. pro Kopf und Jahr, sowie der großen Hafenarbeiterstreiks in Marseille, Amsterdam, Stockholm u. s. v. sehr geringe. Die Thätigkeit des internationalen Sekretariats darf nicht unterschätzt werden, hauptsächlich ihr danken wir den inzwischen stattgefundenen Anschluß einer Reihe amerikanischer Berufsorganisationen. Es sind viele Deutsche in denselben thätig und dadurch wurde die Verbindung bedeutend erleichtert. Die Koalition des Großkapitals im Reedereibetriebe zwingt uns die Pflicht auf, uns enger aneinander zu schließen. Als Beispiel wird das Vorgehen der America-Linie und des Lloyd angezogen. Nachdem jetzt die Verbindung mit America hergestellt ist und ausgebaut wird, handelt es sich noch um die andern Erdteile. Wir müssen ein Reg bilden, dessen Aufgaben

die Erde umspannen! Indessen wird es gut sein, das Sekretariat, welches sich jetzt in London befindet, nach Deutschland zu verlegen, wo man an weit intensiver Arbeit gewöhnt sei. Ein diesbezüglicher Antrag wird die nächste internationale Konferenz beschäftigen, welche im Anschluß an den internationalen Kongress bzw. kurz vor demselben stattfinden wird. Die Bewegung im Bunde entwickelt sich kräftig. In Stockholm ist beispielsweise ein Streik noch zehnmonatlicher Dauer gewissermaßen doppelt gewonnen, denn nicht nur wurde von den Kollegen die ihnen zugemutete Lohnreduktion abgeschlagen, sondern auch noch eine Lohnherabsetzung errungen, an die man vorher nicht gedacht. Die Amsterdamer Konferenz ist sehr wichtig, denn die sociale Gesetzgebung soll auch in rückständigeren Ländern vorwärts gedrängt werden, damit auch wir vorwärts kommen! Große wirtschaftliche Kämpfe stehen uns bevor, und wir brauchen nur an Crimmitschau zu denken, um uns einzurichten. Wir müssen auf der Konferenz und dem Parteitage mit zwei Delegierten vertreten sein!

Die Wahl dieser beiden Delegierten erfolgt zusammen mit der Vorstandswahl.

Nach der Berichterstattung über den Stuttgarter Gewerkschaftskongress durch Deiles-Magdeburg, die nur Bekanntes brachte, nimmt Müller-Hamburg als Vertreter des Verbandes der deutschen Seeleute das Wort, um folgende Resolution zu empfehlen: Die Generalversammlung möge beschließen: der Centralvorstand wird beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Centralvorstande des Seemanns-Verbandes sich mit den Verbänden aller sonstigen in und an der Schifffahrt und dem Schiffsbau beschäftigten Arbeitergruppen sobald als thunlich zwecks Einberufung eines allgemeinen Schifffahrtkongresses aller in und an der Schifffahrt und dem Schiffsbau beschäftigten Arbeiter ins Einvernehmen zu setzen. Dieser Kongress würde spätestens für das Frühjahr 1905 nach Berlin einzuberufen sein, und zwar für einen Zeitpunkt, wo der deutsche Reichstag verammelt ist. Redner steht nicht auf dem Standpunkt, den Deibel in Dresden aussprach, der die Dinge an sich herauskommen lassen will, sondern meint, es sei Zeit, die Offensive zu ergreifen, um wirklichen Arbeiterkampf zu schaffen! Das ist speziell bei der Schifffahrt eine dringende Notwendigkeit, und die Entwicklung der Arbeitgeber-Bewegung mahnt dringend zur Eile. Die Konferenz wird auch in rein agitatorischer Hinsicht befruchtend wirken und soll eine Etappe zum festeren Zusammenschluß sein. — Der Verbandstag beschließt einstimmig die Veteiligung.

Sodann entspinnt sich eine längere Debatte über die Wiener Konferenz. Redner stellt den Antrag, daß die wegen der Feiler Bemerkungen auch die Verbandsunterstützung erhalten, was Döblin-Berlin unter Hinweis auf die Konferenz der Verbandsvorstände als überflüssig bezeichnet, welche in Amsterdam einen Antrag auf Abänderung dieser Feiler zu stellen gedenkt. Schließlich wird ein Antrag angenommen, wonach die Erledigung dieser Frage bis nach dem internationalen Arbeiter-Kongress verschoben werden soll. Damit wird diese Rasmitags-Sitzung geschlossen.

Aus der Frauenbewegung.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Dr. Conrad Schmidt über: „Gesichtsauffassungen“. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Gewerkschaftliches.

Internationale Streikstatistik.

Trotz des Druckes, der während des Monats Januar auf dem internationalen Arbeitsmarkt lastete, hat die Streikbewegung im Vergleich zum Vorjahre nach der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ erheblich zugenommen. Allerdings überwoogen die Abwehrstreiks, die insbesondere gegen Lohnherabsetzungen und Verlängerungen der Arbeitszeit unternommen wurden. In Deutschland, Frankreich und England zusammengekommen, begannen im Januar 96 Streiks gegen 52 im Januar 1903. Die Zahl der Beteiligten betrug in England und Frankreich, für welche Länder schon Angaben vorliegen, 21 700 gegen nur 7032 im Vorjahr. Bemerkenswerterweise war die Streikbewegung in Deutschland, wo die gewerbliche Lage weit weniger ungünstig als in England und Frankreich ist, recht geringfügig. In England wurde ein größerer Bergarbeiterstreik wegen einer Lohnherabsetzung von 5 Proz. begonnen, der aber schon nach vier Tagen mit der Niederlage der Arbeiter endete. Von den zahlreichen Ausfällen in Frankreich sind vor allem die häufigen Arbeitseinstellungen der Weingärtner hervorzuheben, nicht weniger als 30 solcher Streiks mit 8 bis 9 Tausend Beteiligten fanden im Laufe des Januars statt. Die Streikenden fordern eine Lohnherabsetzung, die den täglichen Verdienst je nach der Gegend auf 2 1/2 bis 3 Fr. bringen würde. In Belgien hat eine Versammlung von 2000 solcher Landarbeiter folgende Forderungen aufgestellt: minimale Arbeitszeit von sechs Stunden gleich dem in Südrankreich landesüblichen Arbeitstag der Winter, maximale Arbeitszeit von 8 Stunden, Stundenlohn von 50 Cts. Für einzelne Arbeiterkategorien und für die verschiedenen Jahreszeiten wurden noch besonders modifizierte Forderungen erhoben. Ziemlich umfangreich war die Streikbewegung auch im Textilverweben mit elf Ausfällen. In Italien legten die Arbeiter der staatlichen Tabakfabrik in Venedig die Arbeit nieder; in Regalbuto (Catania) streikten 6000 Schwefelarbeiter, um eine Lohnherabsetzung zu verhindern; in den Marmorwerken von Carrara die Säger und in Neapel ca. 1000 Kohlenarbeiter. In Spanien streikten vor allem die Schiffsarbeiter, und zwar in den Häfen von Barcelona, Bilbao, Cadix, Alicante, Sevilla, Santander und Valencia. In Barcelona allein beträgt die Zahl der Streikenden ca. 4000. Ueber 100 Schiffe liegen in den spanischen Häfen nutzlos da. Ein allgemeiner Ausstand ist in der Stadt Valls (Taragona) ausgebrochen. In den Vereinigten Staaten fanden zahlreiche, aber wenig umfangreiche Abwehrstreiks gegen die fortgesetzten Lohnherabsetzungen statt, meist von kurzer Dauer und mit ungünstigem Ausgang für die Arbeiter. In Südamerika dauerte der Streik der Hafenarbeiter in Buenos Aires noch weiter an. Das Geschäftsleben wurde völlig lahmgelegt; die Getreidebörse mußte geschlossen werden.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schuhmacher! In der Filz- und Reifschuhfabrik von Jakobowski, Reichenbergstraße 121, haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit wegen Lohnminderungen niedergelegt. Die Differenzen haben darin ihre Ursache, daß Herr Jakobowski für einen neu eingeführten Artikel einen bedeutend niedrigeren Lohnsatz zahlen will, als es sonst üblich ist.

Wir eruchen den Zugang fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Vereins Deutscher Schuhmacher.

Die Tarifverhandlungen der Einseher sind, wie der Vertrauensmann Böske am Dienstag in einer außerordentlichen Versammlung der organisierten Einseher Berlins und Umgegend berichtete, soweit gegeben, daß über die besonderen Bestimmungen des Tarifs eine Einigung zwischen den Vertretern der Parteien zu stande kam. Was die Hauptpunkte anbetrifft, wurde vereinbart, daß für das Abladen und Hinausschaffen der Arbeit in die Stadwerke der Meister zu sorgen hat; wo das nicht möglich ist, soll durch Vereinbarung mit dem Einseher die Vergütung dafür festgesetzt werden; daß der Meister für den Transport der größeren Werkzeuge von der Werkstätte zum Bau zu sorgen hat; daß, wenn der Einseher ohne eigenes Verschulden nicht weiter arbeiten kann, für die Wartegeld Lohn gezahlt wird, vorausgesetzt, daß der Einseher den

Meister zwei Tage vorher auf den Eintritt der Arbeits-
störung aufmerksam macht. Die Abschlagszahlung hat am
Sonntag gegen 6 Uhr, wenn möglich auf der Arbeits-
stelle zu erfolgen, andernfalls ist das Bargeld nach dem Kontor des
Arbeitgebers zu vergüten. Die Preise des Tarifs sollen für Bauten
einfacher Art in Berlin und seinen Vororten gelten, so weit die
Arbeitsstätte mit 20 Pf. Fahrgehalt zu erreichen ist; bei weiteren Ent-
fernungen finden besondere Vereinbarungen statt. Hinsichtlich der
einzelnen Positionen wurde über die Preise für Fenster und Türen
beraten, doch kam es hierüber zu keiner Einigung; die Verhand-
lungen wurden vorläufig abgesetzt, um die Meinung der Versamm-
lung zu hören. — Nach längerer Debatte erklärte sich die Versammlung
mit den besonderen Bestimmungen einverstanden. Bezüglich der
einzelnen Positionen wurden die Vorschläge der Meister nur teilweise
gebilligt; unter andern wurde verlangt, daß für die am meisten in
Betracht kommenden Tätigkeiten der Preis auf mindestens 2,35 M. fest-
gesetzt wird. — Die Verhandlungen mit den Meistern sollen fort-
gesetzt werden.

Zur Lohnbewegung der Bantischler in Weissenhof ist zu berichten,
daß der Rettotarif bereits am Montag in den drei maßgebendsten
Betrieben ohne Arbeitsniederlegung eingeführt wurde und nur noch
die Arbeiter zweier Betriebe sich im Auslande befinden. In Be-
tracht konnten nur diese fünf Betriebe mit ca. 50 Arbeitern kommen,
da in der Weissenhofer Holzbearbeitungs-Fabrik eine andre Arbeits-
methode vorherrschend ist. Im Auslande befinden sich die Arbeiter
der Bantischlereien von Schippe, Friedrichstr. 40, und von
Reichmuth, König-Charlotten-74 und Straßburgstr. 2. Die Zahl der
Ausständigen ist zur Zeit 10. Zugang von Bantischlern ist deshalb
ferngelassen.

Wegen des Bantischlerstreiks von Steglitz und Umgegend fanden
am Dienstag Verhandlungen zwischen den Parteien statt. Herr
Sebastian, der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes, ver-
weigerte dem Gewerkschaftsvorstand des Holzarbeiter-Verbandes, Si-
jache, die Teilnahme an den Verhandlungen. Die Herren selbst ver-
handelten durch die Vertreter ihrer Organisationen, die Arbeiter aber
wollten sie „einzeln“ haben. Sie würden sie über „Terrorismus“
schreiben, wenn die Arbeiter es zurückweisen wollten, mit den Vor-
ständen ihrer Verbände zu unterhandeln und statt dessen verlangten,
die Unternehmer sollten einzeln mit den Gewerkschaftsvorständen
verhandeln.

Herr Sebastian verhielt sich auch nach Eintritt in die Ver-
handlungen wie ein kleiner Vogel-Gemisch. Er erklärte kurzweg,
daß von einer Einigung nicht die Rede sein könne, wenn die Arbeiter
auf Abschaffung der Maschinengelder beständen. Da dies aber die
Hauptforderung der Streikenden ist, konnte eine Verständigung nicht
erzielt werden. Es wurde der 1. März als Termin für eine neue
Verhandlung angesetzt. Herr Sebastian erklärte noch, daß die Unter-
nehmer ebenfalls bereit wären, früher in Unterhandlungen zu treten,
wenn die Arbeiter den Punkt Maschinengeld von ihren Forderungen
streichen würden.

Zur Aufklärung sei bemerkt, daß das Maschinengeld das Geld
ist, das für die Bearbeitung von Holzstäben durch Maschinen bezahlt
wird, die nicht im Besitz der Tischlermeister, sondern anderer Unter-
nehmer sind. Das Geld für diese Maschinenarbeit wird nun nicht
etwa von den Meistern bezahlt, sondern der Geselle, der ein
Stück Arbeit in Accord hat, muß dasselbe für seinen Meister bezahlen.
Die Gesellen verlangen nun, was jedem Unbefangenen eigentlich
selbstverständlich scheint, daß in Zukunft die Meister die ihnen von den
Maschinenbesitzern gelieferte Arbeit aus eigener Tasche bezahlen, statt
sie sich von den Gesellen bezahlen zu lassen. Diese Forderung
lehnen die Meister ab. — In den zahllosen „Eingekleideten“
an die Lokalpresse hüten sie sich wohl, auf diese Frage einzugehen;
dagegen drücken sie mit angeleglich gezähnten hohen Löhnen, von denen
die Gesellen den Meistern die Maschinenarbeit bezahlen müssen, so
daß ihr eigentlicher Verdienst sich weit geringer stellt, als er in den
Lohnbüchern der Meister verzeichnet steht.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung der Schneidgeräthe in Jena haben die Arbeit-
geber vor einigen Tagen erklärt, daß sie an dem Austrag der
Differenzen kein Interesse mehr hätten, da die Stellen sämtlich be-
setzt wären. Die Aussperrten erwiderten darauf, daß der „Erlaß“
weder quantitativ noch qualitativ ausreichend sei. In der That
sind 45 Aussperrten 21 Arbeitswillige gegenüber. Bei dieser
Sachlage suchen die Aussperrten, um wenigstens ihren Fahren
ein Unterkommen zu sichern, sich selbstständig zu machen; sie wollen
jetzt ein Geschäftsfloß mieten und appellieren an die Unterstützung
der organisierten Arbeiterschaft.

Grimmischau nach dem Streik.

Die Gerichte arbeiten immer noch weiter. Merkwürdigerweise
fängt sich in ihren Schlingen kein Arbeitgeber. Neuerdings wurden
wegen Verleumdung und Bedrohung Arbeitswilliger, Vergehen gegen
die Straßenpolizei-Verordnung und Beamtenverleumdung verurteilt:
der Färber Georg Friedrich Wilhelm Schulte zu einem Tage Ge-
fängnis, der Densinger Max Karl Neubauer zu 10 M. Geldstrafe
eventuell 2 Tagen Haft, der Weber Karl Hermann Rohst, sowie der
Färbereiarbeiter Franz Emil Gröbe zu je einem Tage Gefängnis,
und der Glaser Robert Schönfeld zu sechs Tagen Gefängnis
und drei Tagen Haft.

Der Weber Heinrich Max Schiller, der als Verleger der am
11. Januar 1904 mit der Ueberschrift „An die kämpfende Arbeiter-
schaft von Grimmischau und Umgegend“ verbreiteten Flugblätter sich
eines Vergehens nach § 153 der R.-G.-O. (Streikvergehen) schuldig
gemacht haben soll, wurde deshalb zu drei Tagen Gefängnis
verurteilt.

Ausland.

Die Aussperrung in der Diamantindustrie.

Die langwierigen Verhandlungen, die zwischen dem Vorstand
des Antwerpener Diamantarbeiter-Verbandes und dem Ver-
waltungsrat der Volksdiamantschleiferei geführt wurden, haben zur
Folge gehabt, daß man übereingekommen ist, die Fabrik in der
Van Immersteelstraat mit 650 Mühlen wieder zu öffnen und den
Betrieb fortzusetzen. Bis zum Freitag soll den Antwerpener Innweilern
Gelegenheit gegeben werden, dort die Arbeit zu den Bedingungen
des Verbandes wieder aufnehmen zu lassen. Nach diesem Tage
sollen die noch nicht besetzten Mühlen von Amsterdamer Aussperrten,
die zu diesem Zweck dann vorläufig nach Antwerpen überbelet, be-
setzt werden. Durch dieses Uebereinkommen mit der Volksdiamant-
schleiferei ist die Position der Arbeiterorganisationen bedeutend ver-
stärkt worden. Die Zahl der tätigen Arbeiter wird sich dadurch in
beiden Städten zusammen auf reichlich 1000 erhöhen und damit nicht nur
die zur Unterstützung notwendige Summe bedeutend vermindert
werden, sondern auch die Summe der Extrabeiträge zur Streikkasse
bedeutend steigen.

Die Vorstände des Allgemeinen Niederländischen Diamant-
arbeiter-Verbandes und der religiösen Bruderverbände sind über-
einkommen, vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Mitglieder-
versammlungen die Unterstützung der Aussperrten auf fünf Gulden
wöchentlich und 25 Cent. für jedes Kind bis zum Höchstbetrage von
6,50 Gulden festzusetzen. Von den arbeitenden Mitgliedern soll eine
progressive Extrasteuer erhoben werden.

Am Dienstag erhielt der Allgemeine Niederländische Diamant-
arbeiter-Verband ein Telegramm der amerikanischen
Diamantarbeiter-Organisation, worin den Aussperrten reichliche
finanzielle Unterstützung zugesagt wird; ein beachtens-
wertes Zeichen internationaler Solidarität.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in
den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, eine öffentliche
Versammlung des Wahlvereins statt. Vortrag des Reichstags-
Abgeordneten Georg Schöppin über: „Der Krieg in
Ostasien.“ Diskussion. — Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch
erwartet. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Heute, Donnerstag, hält der Wahlverein
seinen Jahlabend ab. — Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Vierter Wahlkreis (Osten). Nicht am Mittwoch, sondern heute,
Donnerstagabend, wird in den bekannten Lokalen aller Bezirke der
Jahlabend abgehalten. — Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Lokales.

Hilfe bei Unfällen in der Schule.

Daß Schulkinder in der Schule verunglücken, ist nicht so ganz
selten in Berlin. Das ist auch nicht weiter verwunderlich; denn
gegenwärtig haben wir hier über 400 Schulen mit rund 200 000
Schülern und Schülerinnen, wovon rund 218 000 auf die 263 Gemein-
deschulen kommen. Weniger begreiflich ist aber, daß von Seiten der
Schule und ihrer Organe nicht alles getan wird, um auch bei
kleineren Unfällen sofort sachverständige Hilfe zu beschaffen, damit durch
zweckmäßige Behandlung ernstere Folgen verhütet werden.

Unzweifelhaft ist die Schule hierzu verpflichtet. Werden die
Eltern genötigt, ihre Kinder aus der eignen Obhut herauszulassen
und sie der Schule anzuvertrauen, so versteht es sich ganz von selbst,
daß dann die Pflicht der Obhut an die Schule übergeht, und daß
bei Unfällen auch die Beschaffung erster Hilfe zu der Obhutspflicht
der Schule gehört. Diese Verpflichtung ist, soviel wir wissen,
grundsätzlich anerkannt, und bei schlimmeren Unfällen wird danach
verfahren. Aber die erste Entscheidung darüber, ob ein Unfall zu
den leichten gehört oder nicht, steht natürlich dem Lehrpersonal zu,
also Leuten, die in der Regel nichts davon verstehen. Die Lehrer
und Lehrerinnen werden uns das nicht übel nehmen. Ist doch aus
ihren eignen Reihen die Klage laut geworden, daß die Kenntnis der
Samariterhilfe in der Lehrerschaft noch wenig verbreitet ist. Wenn
einmal ein ernstlicher Unfall leicht genommen wird, dann zeigt sich
recht deutlich, wie bedauerlich es ist, daß diesem Mangel nicht längst
durch offizielle Maßnahmen der Schulverwaltung abgeholfen wurde.

Anlaß zur Erörterung dieser Frage giebt uns ein Unfall, der
längst in der 170. Gemeindegemeinschaft am Götlicher Ufer vor-
gekommen ist. In der 10 Uhr-Pause fiel beim Zehrspiel im Klassen-
zimmer eine Schülerin der 5. Klasse von der Bank und erlitt einen
Schlüsselbeinbruch. Das Mädchen klagte über Schmerzen und
bat den eintretenden Lehrer, nach Hause gehen zu dürfen.
Der Lehrer machte nicht den Versuch, die Art des Un-
falls zu ermitteln, und er rief auch keine Lehrerin, um
durch sie das Mädchen untersuchen zu lassen. Er begnügte
sich, die Verunglückte nach Hause zu schicken und zur Be-
gleitung eine andre Schülerin mitzugeben. Zu Hause ergab sich
dann sofort, daß ein ernstlicher Unfall vorlag. Die Mutter führte
das Kind zum nächsten Heilgehilfen, der einen Schlüsselbeinbruch fest-
stellte und vorsichtig genug war, das Kind einer Unfallstation zu-
zuweisen. Dort wurde der erste Verband angelegt und die Ver-
handlung eingeleitet. Gegen Mittag ging der Heilgehilfe zum
Rektor, um Klarstellung und Protokollierung der Angelegenheit
zu veranlassen. Dabei gewann er den Eindruck, daß dem
Rektor noch nicht einmal Mitteilung davon gemacht war.
Der Lehrer scheint also den Unfall wirklich für ganz un-
erheblich gehalten zu haben. Der Rektor dankte dem Heilgehilfen
dafür, daß er sich der Sache so annehme. Aber der Heilgehilfe
lehnte den Dank ab und gab zu verstehen, daß es besser gewesen
wäre, wenn die Schule sich des Kindes mehr angenommen hätte.

Man kann, wie gesagt, dem Lehrer kaum einen Vorwurf machen.
Er hat nach bestem Wissen gehandelt, das in diesem Falle freilich
ein schlechtes war. Die Schuld trifft die Schulverwaltung. Ueberall,
wo ständig größere Menschenmassen verammelt sind, wird darauf
Bedacht genommen, sachmäßig vorgebildete Personen zur Samariter-
hilfe zur Hand zu haben; nur in der Schule nicht. Man steckt
1000 Kinder für einen halben Tag in ein enges Schulhaus und
überläßt sie der Obhut von 20 Erwachsenen, von denen manchmal
nicht ein einziger weiß, wie nur der gewöhnlichste Ohnmachtsanfall
bekämpft wird.

Die städtische Verkehrsdeputation hat gestern unter dem Vorsitz
des Oberbürgermeisters Kirchner dem Antrage der Stadt-
verordneten-Versammlung, die Verkehrsdeputation um zwei Stadt-
verordnete und ein Magistratsmitglied zu verstärken, zugestimmt.
Zuher dem Oberbürgermeister Kirchner gehören der Deputation an
der Stadtbaurat Krause mit den Stadträten Alberti, Bohn und
Kolle sowie die Stadtverordneten Cassel, Dins, Esmann, Heilmann,
Jacobi, Kreiting, Nylmann, Raft, Rosenow und Singer. Der
Stadtverordnete Dins berichtete gestern über die Erfahrungen der
Münchener Tramway-Aktiengesellschaft mit der Personenzugfahr-
Zählung in den Straßenbahnwagen. Einem Antrage der Großen Berliner
Straßenbahn-Gesellschaft auf Beibehaltung der provisorischen Geleise-
verbindung in der Kottbingerstraße am Rosenhauer Thor und der
Verlegung von Haltestellen wurde zugestimmt. Außerdem genehmigte
die Deputation den Antrag der Straßenbahn zur Anlage von Ge-
leisen von der Neuen Königstraße über den Platz am Königsthor
und die Straße Am Friedrichshain bis zur Brauerei Friedrichshain
unter der Bedingung der Mitbenutzung der Geleise durch
die Stadt.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Hochbau-Deputation unter
dem Vorsitz des Stadtrats Ramsau wurde der vom Stadtbaurat
Ludwig Hoffmann vorgelegte Entwurf und Kostenschlag in Höhe
von 27 000 M. für den Neubau für Versuchstiere beim Rudolf
Virchow-Krankenhaus genehmigt; ferner wurde der Kostenschlag
für die Anlage einer Entleerungsleitung vom Schwimmbassin der
Volks-Badeanstalt in der Varnsdorferstraße bis zum Urbanhafen in
Höhe von 10 000 M. genehmigt. Der Entwurf für die Erweiterung
des Trichinenschauamtes auf dem Vieh- und Schlachthofe — Kosten-
punkt: 67 000 M. — wurde gleichfalls angenommen und der Anlage
einer Treppe vom Innern des Rathauses aus nach dem Rathstiller
genehmigt. Jetzt kann der Rathstiller nur noch von der Königstraße
aus betreten werden. Die neue Treppe soll nicht weit vom Eingang
des Hauptportals angelegt werden.

Die mächtige Entwicklung des Berliner Verkehrs in dem letzten
Jahrzehnt zeigt am deutlichsten der Ausweis der Straßenbahn,
welcher auch der Löwenanteil zufällt. Während im Jahre 1894 die
Große Berliner Straßenbahn noch nicht 132 Millionen beförderte,
brachte das Jahr 1903 312 1/2 Millionen Fahrgäste. Fast verdreifacht
hat sich die Zahl der gefahrenen Kilometer: von 27 auf 70 Millionen.
Es waren denn auch 2287 Wagen an Stelle von 1079 notwendig,
die fast 7 an Stelle von 4 Millionen Fahrten ausführen. Die
Länge der in Benutzung befindlichen Geleise ist von 273 auf 489
Kilometer gestiegen. Betriebseinheiten, Anschläge und Ueberschuh
haben sich verdoppelt. An Stelle von 14,9 Millionen wurden 29 1/2
eingenommen, während die Ausgaben von 8 auf nahezu 16 Millionen
gestiegen sind und somit der Ueberschuh von 6,8 auf 13,6 Millionen
Rath sich erhöht hat.

Die Trichinenschau für das von außerhalb hier eingeführte Fleisch ist
infolge des Gesetzes vom 28. Juni 1903 fast gänzlich weggelassen.
Der Gehrentarif bedarf der Genehmigung des Oberpräsidenten.
Zur Berechnung der Gebühren für 1904 fehlt es zur Zeit noch an
einer sicheren gesetzlichen Grundlage. Bei den bevor-
stehenden Beratungen zur Abänderung des preussischen Schlach-
tengesetzes wird zwar voraussichtlich versucht werden, die
unzulänglichen Bestimmungen aufzugeben oder doch wesentlich einzu-
schränken, jedoch kann jetzt nur mit den bestehenden Bestimmungen
gerechnet werden. Treten sie am 1. Oktober d. J. in Kraft, so
bleiben etwa zwei Drittel des eingeführten Fleisches gebührenfrei.
Es sollen nun die Preise für die Trichinenschau — mit Ausnahme

für Schafe — erhöht werden und zwar für ein Rinderquartel
von 0,40 M. auf 0,50 M., für ein Kalb von 0,25 M. auf 0,30 M.,
für ein Schwein von 0,40 M. auf 0,55 M., einschließlich der Trichin-
schaugebühr von 1 auf 1,15 M.

Das Liebesdrama in einem Gasthof der Breslauer Straße hat
jezt seine volle Aufklärung gefunden. Der junge Mann ist der am
25. Februar 1882 in Königsberg i. Pr. geborene Kaufmann Gustav
Marlgraf, Sohn eines im Ruhestand lebenden Lehrers, der Weihen-
burgerstr. 34 eine Schlafstelle inne hatte. Seit 2 1/2 Jahren hielt er
sich in Berlin auf und war anfangs Buchhalter in einem Verbands-
haus in der Hirtensstraße. Dort lernte er die am 2. März 1882 in
Berlin geborene Verkäuferin Margarete Mittelstädt, die Tochter eines
Goldschmiedes aus der Hirtensstr. 42 kennen und verlobte sich mit
ihr. Beide gaben nach einem halben Jahre ihre Stellen frei-
willig auf. Marlgraf war seitdem nur vorübergehend hier und da
beschäftigt.

In der Badestelle erschossen hat sich gestern nachmittag um 2 Uhr
der 51jährige Buchbinder Julius Vier aus der Weigerstr. 25. Er
hatte mit seiner Ehefrau sorgelosesten Streit, so daß sie mit einem
13 Jahre alten Sohne den Mann am 15. d. M. verließ. Aus Rerger
darüber erschoss er sich in einer Bade-Anstalt mit einer Pistole, die
er mit Wasser gefüllt hatte.

Südtische Verkehrsfragen. Die Ausdehnung des Zehn-
pfennigtarifs auf Adlershof will die dortige Gemein-
devertretung bei der Eisenbahndirektion erwirken. Der Bahnhof des
Ortes liegt nur 200 Meter hinter der Zehnpfennigzone und der
größte Teil des eingemeindeten forstwirtschaftlichen Terrains fällt noch
in diese Zone. Wenn daher der Fahrpreis von 20 Pfennig für
eine Fahrt vom Silesischen oder Götlicher Bahnhof nach Station
Adlershof bestehen bleibt, so ist zu erwarten, daß der Ort sich noch
mehr nach dem benachbarten Nieder-Schöneweide hin entwickelt.
Das bedeutet aber, daß Adlershof sich in zwei Laun miteinander in
Zusammenhang stehende Hälften teilt, ein Zustand, der für die
Gemeinde finanziell höchst unerwünscht ist. Es soll daher an die
Eisenbahndirektion ein Gesuch gerichtet werden, worin befürwortet
wird, daß entweder der jetzige Bahnhof verlegt oder der Zehnpfennig-
tarif auf Adlershof ausgedehnt werde.

Der sozialdemokratische Gemeindevertreter Laube regte in der
Gemeindevertretung an, wegen Fortführung der elektrischen Bahn
über Adlershof bis Alt-Glienide mit der Stadt Köpenick in
Verbindung zu treten.

Durch besondere Kennzeichen verraten wurde nach beinahe vier
Jahren der Schweizer Matrosch, der bei seiner Ankunft in Berlin
einen Bekannten traf und mit ihm in die Wohnung ging. Als der
freundliche Gastgeber am nächsten Morgen auf Arbeit ging, benutzte
Matrosch die Zeit des Alleinseins zur Ausführung von Diebstählen
und stahl auch noch anderweit. Er war aber nicht aufzufinden, ob-
gleich der Stedorf stets erneuert wurde. Jetzt gelang der Polizei
die Ermittlung einer Milchschweizer des Geschlechtes, bei der er
längst zu Besuch gewesen war, und diese wußte, daß er Totos-
wecungen auf den Armen hatte. Bei den Nachforschungen in den
Wollereien kam ein Beamter nach Brigg, wo die angestellten Schweizer
erst auf Anordnung ihres Inspektors sich herbeiließen, die Arme zu
zeigen. Dort war ein Tatomierter, der aber Jänler hieß und auch
ausreichende Papiere besaß. Trotzdem wurden weitere Feststellungen
durch den polizeilichen Erkennungsdienst vorgenommen, die zu dem
überraschenden Ergebnis führten, daß Jänler und Matrosch ein
und dieselbe Person sind. M. hatte sich damals Papiere auf Z.
verschafft und war ruhig in Berlin geblieben, während er überall
gesucht wurde.

Arbeiter-Riots im Eisenbahn-Betriebe. Beim Rangieren tödlich
verunglückt ist in der vergangenen Nacht auf dem Anhalter Güter-
bahnhof der Bahnarbeiter Otto Weichenborn aus der Königgräber-
straße 68. Er hatte einen von der Rangiermaschine abgestoßen
Güterwagen an einen Zug festzulockern und geriet durch einen un-
glücklichen Zufall zwischen die Räder der zusammenfahrenden Wagen,
wobei er schwere Brustquetschungen und mehrere Rippenbrüche erlitt.
Der Bedauerndste, welcher nach dem Elisabeth-Krankenhaus ge-
bracht wurde, erlag bereits auf dem Transport den qualvollen Ver-
letzungen. Weichenborn stand zehn Jahre im Dienste der königlichen
Staatsbahn und hinterläßt Frau und Kinder.

Die Opfer der Explosion in der Dextrinfabrik von Otto Kuhner
zu Potsdam, die Arbeiter Gustav Hagedorn, Ernst Kuhlisch, Ludwig
Schäppler und Leopold Topel, haben im städtischen Krankenhaus,
wohin sie nach der Katastrophe, die durch Selbstentzündung von
Dextrinstaubgasen entstanden sein soll, gebracht wurden, ganz un-
geheuerliche Schmerzen zu erdulden und befinden sich noch immer
teilweise in Lebensgefahr. Am schwersten ist Hagedorn verletzt
worden, denn ihm wurde durch die Gewalt der Explosion der
Unterleib aufgerissen, so daß er schon auf dem Transport
nach dem Krankenhaus das Bewußtsein verlor. Die andern
drei Arbeiter erlitten im Gesicht und an den Händen schwere
Verwundungen, so daß sich die Haut völlig ablösen ließ. Drei von
den Verletzten sind verheiratet und Familienväter. Ein fünfter
Arbeiter, Namens August Richter, wurde nur leicht verletzt. Die
erste Hilfe erhielten die Verletzten durch einige im Samariterdienst
ausgebildete Arbeiter der Sauschen Holzschneidemühle, von wo
aus auch die Feuerwehr telephonisch herbeigerufen wurde, da durch
die Explosion in der Kuhnerischen Fabrik die dortige Leitung zerstört
war. Der Schaden, der durch die Explosion angerichtet wurde, ist
groß; Türen und Fenster wurden herausgedrückt, die Wände er-
hielten klaffende Risse und die eisernen Deckplatten der Abzugskanäle
wurden hochgehoben.

Die Centralkommission der Krankenkassen macht hierdurch be-
kannt, daß sie vom 23. Februar bis 25. März 1904 mit Unter-
stützung der Herren Kerze und Professoren hygienische Vor-
tragskurse in den städtischen und Vororts-Gemeindegemeinschaften ab-
halten läßt. Es werden im ganzen sieben solcher Kurse in
verschiedenen Stadtbezirken Berlins abgehalten werden. Jeder
Kursus wird fünf Vorträge umfassen. Da nicht in allen Schulen
dieselben Vorträge gehalten werden, findet ein Teil derselben an den
Donnerstagen, der andre Teil an den Freitagen statt, damit jedem
die Gelegenheit geboten ist, jedes Thema hören zu können. Die Vor-
träge beginnen präzis 8 Uhr. Im Anschluß an den etwa ein-
stündigen Vortrag kann eine kurze Diskussion bzw. Fragestellung
stattfinden. Die Vorträge resp. Diskussionen oder Fragestellungen
müssen um 10 Uhr beendet sein. Die Teilnahme an diesen Kursen
steht allen Krankenkassenmitgliedern von Berlin und Umgegend so-
wie deren Angehörigen unentgeltlich frei. Heute finden Vorträge
statt in folgenden Schul-Klassen: 80. Gemeindegemeinschaft, Wangenstr. 128;
84. Gemeindegemeinschaft, Heibelstr. 31/32; 108./182./189. Gemeindegemeinschaft,
Luthowstr. 115; 110./174. Gemeindegemeinschaft, Schönhauser Allee 166.
Vortragschema ist in allen Schulen: „Das Kind im ersten Lebens-
jahr“.

Der Bund der Kaninchenzüchter für die Provinz Brandenburg
veranstaltet vom 1. bis 5. April 1904 im Stabshaus Buzenburger-
Berlin, S. Moritzplatz, seine II. Bundesversammlung. Zweck der
Ausstellung soll sein, dem Publikum vor Augen zu führen, wie weit
sich die Kaninchenzucht in den letzten Jahren in der Provinz Branden-
burg entwickelt hat.

Dem hier eingegangenen Schimpansen Consul widmen Pariser
Blätter ausführliche Berichte und erklären feierlich, daß er ein
„echter Pariser“ gewesen sei. Einige Blätter versteinen sich in ihrem
Schmerz zu den kühnsten Phantasien. Ein Voulevarblatt ist bei
der Todesnachricht so konfus geworden, daß es Consul nach einem
Besuche beim Kaiser von Oestreich in Wien sterben läßt. Ein
andres Blatt behauptet, daß der Affe in Berlin von den be-
deutendsten Professoren der medizinischen Fakultät behandelt worden
sei. Und ist doch nicht gerettet worden! Die besonders gut unter-
richteten Blätter wollen wissen, daß Consul, der nach ihnen dem
Cirkusbesitzer Vostok gehörte, monatlich 20 000 bis 30 000 Fr. Be-
dienste und bereits bis 1906 Engagements abgeschlossen hatte. Sein
Wert wird ziemlich allgemein auf 625 000 Fr. geschätzt. Natürlich

war er auch in einer Lebensversicherung, aber „nur“ mit 500 000 Fr. Also sprach Vostok, der bereits an die Zukunft denkt und einen Consul II. in die Welt hinauszuwerfen will. Zum Schluss sei aus einem Retrolog des „Gaulois“ folgende Stelle wiedergegeben: „... Consul ist in Berlin gestorben. Ohne Zweifel wird ein „Herr Doktor“ voll Ernst und Würde dekretieren, daß Consul gerade in dem Augenblicke sterben mußte, in dem er starb, und zwar infolge eines organischen Leidens. Glaubt das nicht! Consul trank ein Seimweid; es gefiel ihm nicht im Vaterlande Goethes, im Lande des Sauertrauns und der Philosophie. Die Kant-Feier gab ihm den Rest...“

Circus Busch. In wenigen Tagen wird Richard Sawade mit seiner dreifachen Haupttruppe Berlin und den Circus Busch verlassen. Volle drei Monate hindurch bildeten seine Löwen, Kraken- und Eisbären eine Zugkraft des Circus.

Herr Dr. Gager, der ärztliche Begleiter der deutschen Südpolar-Expedition der „Gauß“, hat sich bereit erklärt, seine interessanten Schilderungen über das Leben der Expeditionsmitglieder im ewigen Polareis, welche mit vielen neuen Abbildungen begleitet sind, am Montagabend 8 Uhr im großen Theateraal der „Urania“ in der Taubenstraße noch einmal zu wiederholen. Der Vortrag „Radium“ wird von Herrn Dr. Donath im Hofaal der Urania-Stierwarte in der Invalidenstraße am Sonntagabend 8 Uhr gehalten werden. Bildnis zu beiden Vorträgen sind im Vorverkauf an der Kasse der „Urania“, Taubenstraße, bereits von heute an erhältlich.

Aus den Nachbarorten.

Zum Bürgermeister von Köpenick ist an Stelle des Herrn Vorgem. am 1. April in den Ruhestand tritt, der bisherige Stadtrat Herr Dr. Langerhans gewählt worden. Er ist ein Sohn des verstorbenen Reichsgerichtsrats Dr. Langerhans und ein Neffe des Berliner Stadtverordneten-Vorsitzers. Vom 1. Mai 1900 bis zum Herbst 1902 war er in der Berliner Verwaltung tätig und wurde dann zum befristeten Stadtrat in Köpenick gewählt.

Ueber die Armen- und Waisenpflege in Niddorf entnehmen wir dem Verwaltungsbericht des Magistrats: Die im vergangenen Jahre eingeführten Waisenpflegerinnen haben sich bewährt. Nach den von den Waisenräten eingezogenen Berichten waren die hiesigen hauptsächlich bei der Beaufsichtigung der im Kindesalter stehenden Minderen und bei der Ueberwachung weiblicher Minderen befristet. Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen und den Waisenräten sind nicht vorgekommen und es haben sich auch den Pflegerinnen bei Ausübung ihres Amtes besondere Schwierigkeiten nicht entgegengezeigt. Von den Waisenräten wird die Beibehaltung der Errichtung warm empfohlen. — Die Armenkommissionen hatten eine umfangreiche Tätigkeit zu entfalten. Sie arbeiteten in gutem Einvernehmen mit der Armenverwaltung. — Die Einnahmen betrugen im Rechnungsjahre 1903 bis Ende Dezember 55 541 M., die in dieser Zeit geleisteten Ausgaben 202 757 M. Laufende Unterstellungen bezogen am 1. April 1903 700 Personen, am 31. Dezember desselben Jahres 721 Personen. Die Ausgaben hierfür betrugen bis zum 31. Dezember 1903 56 842 M. An einmaligen Unterstellungen wurden vom 1. April 1903 bis Ende Dezember 4037 M. ausgegeben, während für denselben Zeitraum des Vorjahres die Summe 5392 M. betrug. — Die Zahl der Pflegeeltern betrug am 1. April 1903 in Niddorf 152, in auswärtigen 80, zusammen 231, während es am 1. April 1902 242 waren. Am 31. Dezember 1903 waren 165 Pflegeeltern in Niddorf Pflegenstellen und 74 in auswärtigen Stellen untergebracht, zusammen also 239 Kinder, während die Zahl ein Jahr vorher 259 betrug. Die verausgabten Pflegegelder betrugen vom 1. April bis zum 31. Dezember 1903 rund 17 800 M., für den gleichen Zeitraum des Vorjahres dagegen 18 800 M. In Krankenanstalten mußten im Wege der Armenpflege in der Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1903 zusammen 615 Personen untergebracht werden, in Provinzialanstalten 126 Personen (Tiere, Epileptische, Idioten, Sieche, Taubstumme, Blinde). Der Pflegegelderbeitrag für die letzteren betrug vom 1. April bis zum 31. Dezember 1903 zusammen 21 290 M. — Obdachlose Personen, die nicht dauernder Anstaltspflege bedürftig sind im verflochtenen Berichtsjahre 1903 nur im Obdach Strafstraße 132 untergebracht worden. Es waren dort Anfang April 80 Personen gegen 88 im Vorjahre, Anfang Juli 68 Personen gegen 100 im Vorjahre, Anfang Oktober 29 Personen gegen 63 im Vorjahre, Anfang Januar 1904 nur 22 Personen gegen 76 im Vorjahre. — Im Siechenhause befanden sich im April 21, im Juli 23, im Oktober 24 und Anfang Januar 23 Personen; im Armenhause Anfang April 16, Juli 17, Oktober 16, Januar 19 Personen; in der dazu gehörigen Krankenabteilung Anfang April 12, Juli 9, Oktober 16, Januar 25 Personen; im Wöchnerinnenheim Anfang April 1, Juli 0, Oktober 3, Januar 2 Wöchnerinnen.

Keine Gemeindesteuern erhebt das märkische Städtchen Mühlberg im kommenden Verwaltungsjahre. Die Einnahmen aus den Forsten betragen 40 000 M. Außerdem hat die städtische Sparkasse erhebliche Ueberschüsse, so daß von einer Erziehung der Einwohner zu den Gemeindelasten Abstand genommen werden kann. Die günstige Lage der Finanzen der Stadt hatte die städtische Verwaltung veranlaßt, die Errichtung einer höheren Schulanstalt beim Kultusministerium zu beantragen, aber ohne Erfolg.

Ueber die höhere Lehranstalt in Niddorf teilt der Verwaltungsbericht des Magistrats mit: Die höhere Lehranstalt ist seit dem 1. Oktober 1902 ein Realgymnasium, verbunden mit einer Realschule. Für beide Anstalten besteht eine gemeinsame Vorschule. Die Anstalt führt den Namen Kaiser Friedrich-Realgymnasium und Realschule. Die Verwaltung unterliegt einer besonderen Deputation (dieser gehört auch ein Mitglied der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion an). Am 1. Februar 1904 betrug die Schülerzahl: an der Vorschule 220, an dem Realgymnasium 186, an der Realschule 273, zusammen 688. An Klassen waren vorhanden: sechs Vorschulklassen, sechs Realgymnasialklassen (Septa bis Obertertia) und neun Realschulklassen (Septa bis Untersekunda.) Die Obertertia des Realgymnasiums wurde zu Ostern 1903 der Anstalt angegliedert. Zu Ostern 1904 wird die Untersekunda des Realgymnasiums eingerichtet. — Wegen Ueberfüllung der Sexta gymnasiales mußte Michaelis 1903 diese Klasse in zwei parallele Coeten geteilt werden, ebenso im Mai vorigen Jahres die dritte Vorschulklassen. — An Lehrkräften hatte die Anstalt neben dem Direktor 12 Oberlehrer, 2 wissenschaftliche Hilfslehrer, einen Zeichenlehrer und 9 Vorschullehrer. An Schülern werden für jeden Schüler des Realgymnasiums und der Realschule 100 Mark erhoben, während das Schulgeld für die Vorschule 80 Mark beträgt. Freistellen wurden 88 gewährt.

Beig. Die Liste zu den Gemeindevahlen umfaßt 1630 Wahlberechtigte mit einer Steuersumme von 216 501,60 M. Die erste Abteilung zählt neun Wähler, die zweite 118 und die dritte 1603 Wähler. Durch die Anlage des Tellow-Kanals ist eine solche Steigerung des Grundwerts eingetreten, daß vier der größten Terrainspekulanten in der ersten Abteilung eine bedeutend höhere Steuersumme als früher abführen müssen. Dadurch ist bewirkt worden, daß fünf Steuerzahler von der ersten in die zweite Abteilung hinunterstiegen, und diese Degradation hatte wieder zur Folge, daß 80 Wähler aus der zweiten Abteilung zum Plebs der dritten Abteilung geschlagen wurden. Der höchste Steuerbetrag in der ersten Wählerklasse 25 300,77 M., in der zweiten Klasse 1978 M. und in der dritten Klasse 271,84 M.

Friedrichshagen. Die Gemeinde-Wählerliste weist 2020 Wähler mit einer Gesamt-Steuersumme von 303 182,68 M. Hiervon entfallen auf die erste Klasse, welche nur 79 Wähler zählt, 121 048,98 M., auf die zweite Klasse mit 510 Wählern 121 019,82 M., und auf die dritte Klasse mit 2029 Wählern 61 064,47 M. Der Steuerbetrag des höchstbesteuerten Wählers beträgt in der ersten Klasse 45 235,80 M., in der zweiten Klasse 629,60 M. und in der dritten Klasse 119,20 M.

Wilmersdorf. Das neu zu erbauende Reform-Realgymnasium soll nach dem Beschluß der Gemeindevertretung Berantio, Redakteur: Julius Kallist, Berlin. Für den

auf dem Grundstück an der Ecke der Westfälischen- und Mühlentorstraße errichtet werden. Damit wird den Wünschen dieser Rechnung getragen, die auch den Ortsteil Halensee bei den Schulneubauten bedacht wissen wollen. Für die Gemeindefachschullehrer ist das Grundgehalt um 100 M. erhöht worden, die Alterszulagen steigen bei den Direktoren fortan um 250 M., bei den Lehrern um 225 M., bei den wissenschaftlichen Lehrkräften um 125 M. und bei den technischen Lehrkräften um 100 M. Die Schulleiter belohnen derart, daß an Zuschüssen zu leisten ist für das Wismar-Gymnasium 39 885,84 M., für das Reform-Gymnasium 38 250 M., für die höhere Mädchenschule 12 090 M. und für die Volksschulen 272 777,10 M.

Die Gemeinde Adershof hat beschlossen, die Rudower Chaussee und den Gliener Weg von 12 auf 15 Meter zu verbreitern und die Kosten hierfür durch eine Anleihe von 5000 M. zu decken. Das Oppenhe Terrain wird durch den neuen Bebauungsplan in sechs Straßen zerlegt; außerdem bleibt dem Bahnhof gegenüber ein freier Platz für Anlagen reserviert. Der betreffende Bauunternehmer soll sich auf Wunsch der Gemeinde zur sofortigen Pflasterung der Straßen verpflichten; die Kosten der Pflasterung stellen sich auf 123 988 M.

Der Etat stellt sich in Einnahme und Ausgabe auf 173 810 M., das bedeutet gegen das Vorjahr eine Steigerung um 8410 M. Der Gemeindesteuer-Zuschlag beträgt wie im Vorjahre 150 Proz.; man hofft hieraus eine Einnahme von 66 000 M. zu erzielen. Dazu kommen 1200 M. Lustbarkeitssteuern und 4500 M. Biersteuer; unter den Ausgaben stellen sich Verzinsung und Amortisation auf 32 184 M., Schul- und Kirchenverwaltung auf 74 411 M., Gemeindeverwaltung auf 28 297 M., Armenverwaltung auf 12 825 M. Hier betragen die Einnahmen 2770 M.

Gerichts-Zeitung.

Wozu Gendarmen in den Vororten da sind. Radfahrers Magedler über sogenannte „Fangbeamte“ in den einzelnen Vororten Berlins ertönten gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I bei der Verhandlung einer Anklage wegen Beleidigung durch die Presse. Diese richtete sich gegen den Schriftsteller Adolf Schulz und den Rechtsanwalt Dr. Kemling. Schulz ist Redakteur der „Rad-Welt“, Kemling bearbeitet den in dem Jahrbuch enthaltenen juristischen Briefkasten. Der Fahrer eines Motorrades war in Wasser wegen nicht genügender Beleuchtung seines Rades von einem Fußgänger angezeigt und mit der dort örtlichen Strafe von 6 M. belegt worden, die dann auf erhobenen Einspruch auf 2 M. vom Gericht ermäßigt wurde. Er machte der „Rad-Welt“ Mitteilung über dieses Vorwissen und erhielt im juristischen Briefkasten eine Antwort, in der u. a. gesagt wurde: „Sie haben sich über den Gendarm beschwert? Der Mann bekommt natürlich seinen Rüssel, sondern eine Belobigung und 300 M. Weihnachts-Gratifikation!“ In diesem Satz fand der Staatsanwalt eine Beleidigung des Fußgänger Hoffchild und der königl. 3. Gendarmrie-Brigade. Der Staatsanwalt hielt sogar die Anwendung des Ausdrucks „der Mann“ für beleidigend, da der Gendarm zweifellos Anspruch auf die Bezeichnung „der Herr“ habe, die ihm aber nicht gewährt worden sei, um ihn herabzusetzen. Die Notiz deute deutlich aus, daß der Beamte eigentlich einen Rüssel verdiente und die vorgesezte Behörde ihn statt dessen noch belobige. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Schulz 50 Mark Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis, gegen Dr. Kemling 300 Mark event. 60 Tage Gefängnis. Beide Angeklagte bestritten eine beleidigende Absicht und sprachen ihr Entsetzen darüber aus, daß der Ausdruck „der Mann“ schon eine Beleidigung enthalten solle. Im Gegenteil würde die Anwendung des Ausdrucks „der Herr“ in jener Notiz weit eher einen häßlichen und kränkenden Beizeichnung gehabt haben. Ferner entwarfen die Angeklagten ein Bild von den vielen Unannehmlichkeiten und Verdrießlichkeiten, denen die Radfahrer in einzelnen Vororten Berlins ausgesetzt seien. Während die Berliner Polizei sich außerordentlich entgegenkommend zeige, entwickelten einzelne Polizeiorganen in den Vororten einen Ueber-Pflichteifer, der die Radfahrer oft in berechtigter Erregung bringe. In den Vororten würden oft Strafmanöver gegen Radfahrer erlassen, die in ihrer Adjustierung allen Anforderungen der Berliner Polizeibehörde entsprächen, ja, in einigen in der Radfahrwelt wohlbelannten Bezirken komme es vor, daß die Polizeibeamten sich hinter Bäumen versteckt halten und dort auspassen, ob nicht ein Radfahrer irgend eine unbedeutende Uebertretung begeht. Je mehr Radfahrer abgefangen würden, desto mehr bereicherten sich die betreffenden Gemeindefassen. Die an die „Rad-Welt“ in dieser Beziehung einlaufenden Klagen seien Legion und das Jahrbuch habe die Pflicht, diese Mißstände öffentlich zu beschreiben. — Der Gerichtshof kam zur Verurteilung der beiden Angeklagten. In dem Ausdruck „der Mann“ wurde zwar keine Beleidigung erblickt, dagegen die Briefkastennotiz selbst als beleidigend erachtet. Der Gerichtshof verurteilte Herrn Schulz zu 10 Mark Geldstrafe event. zwei Tagen Gefängnis, Herrn Dr. Kemling zu 100 Mark Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängnis. Den Beleidigten wurde die Befugnis zur Veröffentlichung des Urteils auf Kosten der Angeklagten zugesprochen.

Ein Ehedrama. Eine That des Jähzorns und der Verzweiflung lag einer Anklage zu Grunde, die gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II verhandelt wurde. Aus der Untersuchungshaft wurde der 38jährige Arbeiter Albert Fiedler aus Niddorf vorgeführt, welcher beschuldigt war, seine Ehefrau mit dem Verbrechen des Totschlages bedroht zu haben. Die Anklage hatte urprünglich auf verführten Totschlag gelautet. Der Angeklagte, ein bisher völlig unbescholtener Mann, erfreut sich allseitig des besten Rufes. Der Vorsitzende stellte fest, daß man ihm nachrühme, ein braver, fleißiger Arbeiter und ein guter Familienvater zu sein. Fiedler hat sich in höchster Erregung eine Revolverkugel in die linke Schläfe gejagt, seine Absicht, sich zu töten, aber nicht erreicht, er hat sich nur das eine Auge ausgeschossen. Das Geschick steht noch in seinem Klopfe. Es war ein trübes Bild aus dem Ehedleben, welches der Angeklagte dem Gerichtshofe vortrug. Im Jahre 1893 habe er die Emilie Kaltweit, seine jetzige Ehefrau, geheiratet. Seine Ehe, der zwei Mädchen entprossen seien, sei im Anfang eine glückliche gewesen. Dies habe sich aber geändert, als er im vorigen Jahre zwei Schlafburden bei sich aufgenommen habe. Seine Ehefrau habe ihm gegenüber bald ein gänzlich verändertes Benehmen gezeigt. Er habe begründeten Verdacht schöpfen müssen, daß sie zu einem der Schlafburden in einem unerlaubten Verhältnis stand. Als er seiner Frau einmal Vorhaltungen machte, habe sie sich durch die Gegenäußerung vertaten: „Wenn Du mich nicht so vernachlässigt hättest, wäre es nicht so weit gekommen!“ Von diesem Zeitpunkt ab sei der Frieden aus dem Hause gewesen. Schließlich habe seine Frau darauf bestanden, daß er sich von ihr und den Kindern trennen solle. Er habe sich von ihr überreden lassen, ihr fast sämtliche Mobilien mitzugeben und sie habe sich dann eine andere Wohnung genommen. Zwei Monate lang habe er es ohne seine Familie ausgehalten, dann, am 18. Dezember, habe ihn die Sehnsucht übermannt. Es sei der Geburtstag seiner jüngsten Tochter gewesen. Mit einem kleinen Gefährt für das Geburtskind versehen, habe er sich nach der Wohnung seiner Frau begeben. Er habe sie gebeten, die Kinder abzugeben, die er mit ihnen ausziehen wolle. Die Frau habe sich geweigert, seinen Wunsch zu erfüllen, es sei zu einem Wortwechsel gekommen und schließlich habe sie sich so weit veressen, ihm den Inhalt einer Schüssel mit Koffinwasser ins Gesicht zu gießen. Jetzt sei ihm jede Ueberlegung geraubt worden. Er habe den Revolver, den er seit längerer Zeit bei sich trug, weil er beachtliche, sich das Leben zu nehmen, aus der Tasche gezogen und einen Schuß in der Richtung, wo seine Frau stand, abgegeben. Da er sie aber nicht treffen wollte, habe er die Waffe so hoch gehalten, daß die Kugel oberhalb ihres Kopfes in die Wand einschlug. Dann sei er zur Küche hinausgestürzt und habe sich auf dem Flur eine Kugel in die linke Schläfe gejagt. In betäubtem Zustande sei er nach dem Krankenhaus gebracht worden.

Die Vernehmung vereinfachte sich dadurch erheblich, daß die Ehefrau des Angeklagten sowie deren Verwandte vom Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch machten und auf die Leumundsbegründung verzichteten. Der Staatsanwalt hielt auch jetzt nur noch

die Anklage wegen Bedrohung aufrecht, erkannte an, daß der Angeklagte schwer gereizt worden sei und beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Der Verteidiger, Rechtsanwält Ronge, schloß sich diesem Antrage an und bat noch, die Strafe so niedrig zu bemessen, daß sie durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet werden könne. Der Angeklagte sei ja ohnehin schwer genug bestraft.

Der Gerichtshof kam nach längerer Beratung zu der Ansicht, daß die Frage, ob nicht doch verführte Tötung vorliege, nicht genügend klargestellt sei, es sei deshalb beschlossen worden, die Sache dem Schwurgericht zu überweisen. Der Angeklagte wurde aus der Untersuchungshaft entlassen.

In Chemnitz hat die Strafkammer den 23jährigen noch unbetrauten Posthilfsboten Schubert, der am Weihnachtstagsabend mittags zwischen Stolberg und Chemnitz verkehrenden Postzug betraubt hat, zu 2 Jahren 9 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Vermischtes.

Der Anflug der Schiffsahrt. Bei der gestrigen Vorstellung im Wallhalla-Theater zu Magdeburg stürzte bei der Motorsahrt in der rotierenden Trommel der Führer Risselt aus seinem Wagen und kam unter das Automobil zu liegen. Er zog sich eine Schädel- und Hüftgelenksverletzung, sowie einige Rippenbrüche zu, doch soll der Zustand nicht hoffnungslos sein. Wann wird der Sentationshunger des Circuspublikums sich endlich andern Objekten zuwenden?

Ein Rasthornstelet. In unmittelbarer Nähe von Gera wurde, der „Magdeb. Zeitung“ zufolge, dieser Tage bei Erdarbeiten ein vollständiges Stelet vom wolhaarigen Rasthorn (Rhinoceros tichorhinus) aufgefunden. Das Tier ist in der Disubialzeit jedenfalls an die Hundstelle hingeschwennt worden. Der Ausgrabung der Knochen wohnte Gymnasialoberlehrer Dr. Köpfer bei. Es wurde festgestellt, daß das Gewicht des Hundes mehr denn zwei Centner betrug. Das Stelet ist der von Dr. Köpfer verwalteten Landes-Sammlung zugewiesen worden.

In München erregt gegenwärtig die Schiffsängerin Frau Madeleine G. Aufsehen, eine Sonnambule, die im Zustande des magnetischen Schlafwachsens die Fähigkeit erhält, musikalische Einbrüche und dramatische oder andre Suggestionen in erstaunlich lebensvolle und reiche Gebärdenprache umzusetzen. In ihrer streng rhythmischen Tanzinterpretation der Musik tritt sie in unmittelbarer Konkurrenz mit der Duncan. Frau G. ist eine aus Tiflis gebürtige Russin, die mit Mann und Kindern in guten Verhältnissen lebt und mit ihren Darstellungen — wenigstens vorläufig — kein Geld verdient, sondern nur künstlerisch erfreuen und anregen will. Ihre merkwürdige Veranlagung wurde von dem Pariser Magnetopaten Magnin anlässlich einer Behandlung entdeckt; derselbe Magnetiseur hat sie auch nach München begleitet, wo es der Psychologischen Gesellschaft gelang, sie für wiederholte Demonstrationen zu gewinnen.

Eine wichtige Telephon-Verbesserung. Das kaiserliche Patentamt hat (wie wir bereits in Kürze meldeten) dem Prof. Michael J. Pupin in New York das von ihm nachgeachtete, vielbesprochene Patent in vollem Umfange erteilt. Wie noch erinnerlich sein dürfte, handelt es sich bei diesem Patent um eine Methode, die Telephon-Fernleitungen durch Einschalten von Selbstinduktionspulen im längeren, regelmäßigen Abständen in einer früher nie für möglich gehaltenen Weise zu verbessern. Sowohl bei langen Kabeln, wie bei ausgedehnten Freileitungsverbindungen läßt sich mit Hilfe dieser verhältnismäßig sehr einfachen Methode die Güte der Verbindungen und die Sprachlautheit um ein Vielfaches verbessern, so daß ein bestimmter Grad von Deutlichkeit der Sprache künftig auf die ca. vier- bis fünffache Entfernung gegenüber der bisher möglichen Uebersmittlung übertragen werden kann. Außerdem ermöglichen es aber die „Pupin-Spulen“ auch, bei Neuanlagen zur Erzielung einer bestimmten Sprachgüte erheblich dünnere Leitungen als bisher zu benutzen und dadurch bedeutende Ersparnisse zu erzielen; unter Umständen ist es möglich, eine längere Fernsprecheinrichtung von bestimmter Güte etwa für zwei Drittel oder die Hälfte der früheren Kosten und womöglich für noch billigeres Geld herzustellen, und da die Kosten der Telephon-Fernleitungen nach Hunderttausenden beziffert zu werden pflegen, kann man sich eine Vorstellung davon machen, welche Bedeutung der Erfindung Pupins beizumessen ist. Die Erfindung ist auf theoretischem Wege gemacht worden. Daß aber die Anwendung der wissenschaftlich-theoretischen Resultate in der Praxis die Erwartungen, die man daran knüpfen durfte, in jeder Beziehung vollumfänglich erfüllt, wurde vor allem durch Siemens u. Halske bewiesen, welche vom Erfinder schon im Jahre 1901 die außer-amerikanischen Patentrechte zur Verwertung des „Pupin-Systems“ erworben hatten und die technische Seite der Erfindung in der glücklichsten Weise weiter ausgehalten haben. Zunächst an dem Fernspreckel Berlin-Potsdam, dann an der Fernspreckel-Freileitung Berlin-Magdeburg und darauf an einer Reihe von andern noch erheblich längeren Freileitungen und Kabeln, im Inlande wie im Auslande, zeigten Siemens u. Halske, daß das Pupin-System gegenüber den gewöhnlichen Fernspreckelverbindungen in technischer wie in ökonomischer Hinsicht so weit überlegen ist, daß es von vornherein für alle Neuanlagen von größerem Umfange fortan ausschließlich noch in Frage kommen kann. Natürlich war der Kampf um Erteilung oder Nichterteilung eines Patentes von so außerordentlicher Bedeutung ein ungewöhnlich lebhafter, wenn auch niemand das große Verdienst Pupins leugnete, und die Originalität des technischen Gedankens vollste Anerkennung erfuhr. Im Wesen zahlreicher technischer wie juristischer Sachverständiger, u. a. auch des Erfinders selbst, der die Reihe von New York nach Berlin nicht geseht hatte, um der entscheidenden Sitzung persönlich beizuwohnen, hat nun das Patentamt am 5. Februar endgültig entschieden, daß die Ansprüche des Erfinders in vollem Umfange anzuerkennen seien, und daß demnach das Patent zu erteilen sei.

Münchener Polizeiverhältnisse werden scharf durch eine Zuschrift illustriert, die der „Münchener Post“ zugeht. Ein junges, unbekanntes Mädchen schreibt dem Centralbahnhof, als mich ein großer, blonder Herr auffallend scharf ansah. In der Verfürung, er werde mich anreden, beschleunigte ich meine Schritte und verließ den Bahnhof durch den Mittelbau. Doch kaum auf dem Bahnhofplatz angelangt, wurde ich von einem andern Herrn direkt angehalten. Er stellte sich als Kriminalassistenten vor und erklärte mir, daß ich ihm auf die Wache folgen müsse, weil ich vor dem Herrn Polizeikommissar Jöbel habangelaufen sei. Der Kriminalassistenten fühlte mich zu meinem nicht geringen Schrecken auf die Wache-Polizeiwache, wo ich zunächst warten mußte, bis Herr Kommissar Jöbel kommt. Schließlich kam er auch und sagte mir grob an: „Warum laufen Sie vor mir davon, was haben Sie sich vor mich zu fürchten?“ Herr Jöbel fragte weiter, was ich im Bahnhof zu schaffen habe. Sodann mußte ich meine Personalien angeben, worauf es hieß: „So, jetzt können Sie wieder gehen.“ Natürlich hielt niemand es für nötig, sich bei der Arrestierten wegen dieser unerhörten Verhöhnung zu entschuldigen. Die junge Dame kann ohnehin von Glück sagen; in andern Städten wäre es ihr vielleicht noch schlimmer ergangen.

Witterungsüberblick vom 24. Februar 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C
Swinemünde	767	SW	2	3	Saparanda	770	SW	1	-1
Dammsburg	768	SW	2	3	Petersburg	770	SW	1	-1
Berlin	766	R	3	3	Corf	763	S	4	8
Krausn. a. R.	766	R	2	3	Wersbeu	—	—	—	—
München	762	SW	1	3	Varis	765	SW	3	-2
Wien	761	SW	3	3	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 25. Februar 1904. Kühl und vorherrschend wolkig mit leichten Schneefällen und mäßigen nordöstlichen Winden.